

Abonnements-Bedingungen:

Abonnement Preis pränumerando: Vierteljahr 3,50 M., monatlich 1,10 M., wöchentlich 28 Pf. frei ins Haus. Einzelne Nummer 6 Pf. Sonntags-Nummer mit Illustrierter Sonntags-Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-Abonnement: 1,10 Mark pro Monat, eingetragen in der Post-Zeitungs-Preisliste für 1901 unter Nr. 7671. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Erscheint täglich außer Montags.

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Centralorgan der Socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Die Insertions-Gebühren betragen für die sechsgepaltene Kolonettseite oder deren Raum 40 Pf., für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Veranlassungs-Anzeigen 20 Pf., „kleine Anzeigen“ jedes Wort 5 Pf. (nur das erste Wort fett). Inserate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen bis 4 Uhr vormittags geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Socialdemokrat Berlin“

Redaktion: SW. 19, Benth-Straße 2. Fernsprecher: Amt I. Nr. 1508.

Freitag, den 15. November 1901.

Expedition: SW. 19, Benth-Straße 3. Fernsprecher: Amt I. Nr. 5121.

#### Kohlenimport und Kohlsyndikatswirtschaft.

In den letzten Tagen brachten verschiedene Blätter telegraphische Nachrichten aus New York und Philadelphia, denen zufolge dort deutsche Firmen größere Kohleneinfäufe vorgenommen haben. Derartige Meldungen sind schon im Laufe des Oktober mehrfach aufgetaucht; wie sich aber nachträglich herausstellte, handelte es sich stets um tendenziöse Uebertreibungen. Allerdings haben vielfach größere Abschlüsse in amerikanischen Kohlen stattgefunden; aber die Verschiffung nach deutschen Häfen war gering und bestand zudem aus Anthracit-Kohlen, die nicht mit der besseren rheinisch-westfälischen Anthracitkohle (Ruß Corn II), sondern der englischen in Konkurrenz trat. Zumeist ging die aus den Vereinigten Staaten nach Europa ausgeführte Kohle, begünstigt durch die niedrigen Frachtsätze von 9 bis 10 Mark pro Tonne, nach den Mittelmeer-Häfen, wo sie gegen die durch den Ausfuhrzoll in ihrer Exportfähigkeit beeinträchtigte englische Kohle mehr und mehr an Terrain gewinnt. Besonders nach Süd-Frankreich, Spanien, Italien ist die Ausfuhr amerikanischer Kohle in diesem Nachen begriffen. Für die letzten beiden Monate, die in dieser Hinsicht ganz besonders in Betracht kommen, liegen statistische Nachweise leider noch nicht vor; aber schon die ersten 8 Monate lassen in jenen Gebieten ein beträchtliches Zurückweichen der englischen Kohle vor der amerikanischen Konkurrenz erkennen. So haben z. B. die Kohlenverschiffungen von englischen nach französischen Häfen von Januar bis September gegenüber demselben Zeitraum des Vorjahres um 352 160 Tonnen abgenommen, während von den Vereinigten Staaten in den ersten sieben Monaten dieses Jahres 30 572 Tonnen mehr nach Frankreich exportiert wurden, als in denselben Monaten des Jahres 1900.

Ob jetzt tatsächlich der Versuch gemacht werden soll, auch Deutschland mit amerikanischen Kohlen zu versorgen, wird die nächste Zukunft lehren. Bisher stellen sich die Preise hüben und drüben noch immer so, daß der Versuch nur wenig Erfolg verspricht. Bessere Anthracitkohle kostet in Philadelphia bei Abnahme großer Quanten etwa 19-20 Mark pro Tonne, die Fracht nach den Nordseehäfen beträgt, billigst angenommen, 7 1/2-8 Mark pro Tonne; rechnet man hierzu die Spesen und einen ganz mäßigen Gewinn des Importeurs, dann kommt die Tonne in Hamburg oder Bremen immerhin auf 31 Mark. Zu diesem Preis ist aber auch die englische Anthracit-Kohle in Hamburg frei ab Bord zu haben, und ungefähr dasselbe kostet in Bremen die westfälische Anthracit-Kohle Nr. 2 frachtfrei Bahnhof. Vorläufig droht also die Gefahr einer Uebersflutung Deutschlands mit amerikanischer Anthracitkohle noch nicht, und die „Köln. Ztg.“ hatte neulich durchaus recht, als sie berechnete, daß sich bei Abnahme von mindestens 300 Tonnen in einer Ladung die Tonne amerikanischer Anthracitkohlen frei Rheinschiff Rotterdam auf 20 M. stellt, während der Preis für die gleichwertige deutsche Sorte loco Beche nur 23 Mark beträgt. Jedenfalls ist im Innern Deutschlands und vor allem im rheinisch-westfälischen Industrie-Revier unter den heutigen Verhältnissen an eine ernsthafte Konkurrenz amerikanischer Kohle nicht zu denken. Die Gebiete, wo sie der deutschen und englischen Kohle allenfalls Abbruch zu thun vermag, sind einige Nordseehäfen, vornehmlich Hamburg, und die von diesen leicht auf dem Wasserwege zu erreichenden Plätze des Inlandes, z. B. die nördlichen Gebiete an der Elbe. Damit soll natürlich nicht behauptet sein, daß auch in Zukunft der amerikanische Wettbewerb nicht zu fürchten sei. Geht die Frachtrate weiter zurück, tritt ferner — was noch wichtiger ist — auch in den Vereinigten Staaten, die bisher noch nichts von einer Krise verspüren, eine Erschlaffung der industriellen Tätigkeit ein, so gewinnt natürlich auch der Import amerikanischer Kohle in Deutschland an Chancen.

Für die Lage in Deutschland könnte es nur vorteilhaft sein, wenn eine solche verstärkte Konkurrenz der amerikanischen Kohle baldigt eintreten wollte; denn ehe nicht den beiden brüderlichen Interessenten-Verbänden, dem rheinisch-westfälischen Kohlen- und dem Coakssyndikat ernstlich am eigenen Leibe die Widersinnigkeit ihrer wucherischen Preispolitik demonstriert wird, werden sie sich nicht zu Herabsetzungen ihrer hochgeschraubten Preise verstehen. Seit Monaten heißt es, beide Syndikate wollten zu Preisermäßigungen schreiten; statt dessen haben sie ihre Förderungseinschränkung erhöht, unbekümmert darum, daß durch diese Maßregel die Feierschichten noch vermehrt, der Arbeitslohn der Bechearbeiter weiter verringert wird, unbekümmert auch darum, daß in der gegenwärtigen Zeit der Krise nicht nur dem kleinen Mann einer seiner unentbehrlichsten Bedarfsartikel unerschwinglich verteuert, sondern auch der Industrie durch Auferlegung erhöhter Lasten der harte Kampf noch mehr erschwert wird, den sie gegenwärtig, nachdem die stotten Prosperitätsjahre nur zu bald einem desto tieferen Absturz gewichen sind, zu führen hat. Was gilt den Herren, daß sie die Scharen der Notleidenden vermehren, was, daß ihre Politik die Einfuhr englischer, böhmischer, belgischer Kohlen begünstigt, daß sie die industrielle Tätigkeit noch mehr herabdrückt. Ihnen gilt nur eins, die Rücksicht auf den Profit, und zwar lediglich den Augenblicksprofit; denn handelten sie nach weiteren Gesichtspunkten, sie würden versucht haben, die verminderte Exportfähigkeit der englischen Kohlenindustrie zu benutzen und ihr durch Preisherabsetzungen ihr bisheriges Absatzgebiet in Deutschland abzugraben.

Wie stark die jetzigen Kohlen- und Coakspreise die Industrie belasten, zeigt ein beliebiges Beispiel aus der Eisenindustrie. Zur Erblaugung von einer Tonne Roheisen gehört bei modernen Hochofen-Anlagen ungefähr 0,9 bis 1 Tonne Coaks. Nehmen wir den ersten niedrigsten Satz und legen den Preis, den Hochofencoaks in den letzten Monaten an der Düsseldorfer und Essener Börse gefordert hat, nämlich 22 Mark, zu Grunde, so ergibt sich für eine Tonne Roheisen eine Coaksausgabe von ungefähr 20 M., während der Arbeitslohn pro Tonne Roheisen noch nicht 1 Mark beträgt. Der Preis für rheinisch-westfälisches und Siegerländer Puddelroheisen stellte sich an der Düsseldorfer Börse in der letzten Zeit auf ca. 60 M., deutsches Gießereieisen Nr. III auf 61 M. pro Tonne. Es beträgt also die Ausgabe für Coaks ungefähr ein Drittel des Verkaufspreises; und da auch diese Notierungen künstlich hochgehalten sind, so läßt sich sagen, daß von den Produktionskosten des Roheisens über zwei Fünftel auf die Ausgabe für Coaks entfallen. Von welchem Einfluß unter diesen Umständen die heutigen übermäßigen Kohlen- und Coakspreise auf die Gestaltung der Eisenindustrie sind, braucht nicht erst bewiesen zu werden; schon ein Rückgang der Coakpreise von nur 10 oder 15 Prozent würde eine wesentliche Verminderung der Produktionskosten bedeuten, eine Verminderung, die den gesamten Arbeitslohn um das Doppelte übertrifft. Allerdings tragen auch die Hochofen-Besitzer die künstliche Verteuerung der Roheisen-Produktion nicht; das Roheisen-Syndikat hält wieder seinerseits die Preise hoch, und ebenso der Halzeugverband. Jene, die schließlich die Kosten dieser Syndikatswirtschaft zu zahlen haben, das sind die Maschinen- und die Kleinisen-Industrie und besonders das liebe Publikum, das sogar auch noch die Ausfälle decken muß, die der Export nach auswärts bringt.

Um mit diesen Preistreibern und ihrer Hauptgrundlage, der famosen Profitpolitik des Kohlen- und Coakssyndikats anzuräumen, wäre eine zunehmende Konkurrenz der amerikanischen Kohle in Deutschland noch keineswegs das schlechteste Mittel; sie würde besser als aller Appell an Anstand, Patriotismus und sogenannte Arbeitgeberpflichten den profitstüchtigen Herren Raifon einpauken. An eine dauernde ernsthafte Gefährdung des deutschen Kohlenbergbaues durch den amerikanischen Wettbewerb ist nicht zu denken, und noch weniger an eine Herabdrückung der Arbeitslöhne. Es ist nichts als eine elende Klunkererei, wenn behauptet wird, die hohen Arbeitslöhne nötigten die deutschen Grubenbesitzer zu ihren Preisfestsetzungen. Tatsächlich stellt sich in dem Hauptgebiet der amerikanischen Kohlenproduktion, in Pennsylvania, der Arbeitslohn pro Tonne bituminöser Kohle nur um 20 bis 30 Pf. billiger als im Ruhrgebiet, und zwar nicht infolge größerer körperlicher Leistungsfähigkeit der amerikanischen Arbeiter (die zum großen Teil aus Deutschen, Czechen, Irländern, Italienern bestehen), sondern im wesentlichen infolge ausgebehrter Anwendung moderner Maschinen und besserer Anlagen. Wenn in Amerika die Kohle sich im Verkauf bedeutend billiger stellt, als in Deutschland, so deshalb, weil dort die hohen Grundrenten, Unkosten, Abgaben, und vor allem der Wust von alten feudalen Bergwerksprivilegien fehlt, und weil ferner die Profitrate der Grubenbesitzer niedriger steht. Vermöchte eine verstärkte Konkurrenz amerikanischer Kohle dahin zu wirken, daß auch in Deutschland mit diesen Anhängseln des Bergwerkesbetriebes etwas ausgeräumt würde, könnte sie zu einem Produktionshebel des ganzen Betriebes werden.

Am mit diesen Preistreibern und ihrer Hauptgrundlage, der famosen Profitpolitik des Kohlen- und Coakssyndikats anzuräumen, wäre eine zunehmende Konkurrenz der amerikanischen Kohle in Deutschland noch keineswegs das schlechteste Mittel; sie würde besser als aller Appell an Anstand, Patriotismus und sogenannte Arbeitgeberpflichten den profitstüchtigen Herren Raifon einpauken. An eine dauernde ernsthafte Gefährdung des deutschen Kohlenbergbaues durch den amerikanischen Wettbewerb ist nicht zu denken, und noch weniger an eine Herabdrückung der Arbeitslöhne. Es ist nichts als eine elende Klunkererei, wenn behauptet wird, die hohen Arbeitslöhne nötigten die deutschen Grubenbesitzer zu ihren Preisfestsetzungen. Tatsächlich stellt sich in dem Hauptgebiet der amerikanischen Kohlenproduktion, in Pennsylvania, der Arbeitslohn pro Tonne bituminöser Kohle nur um 20 bis 30 Pf. billiger als im Ruhrgebiet, und zwar nicht infolge größerer körperlicher Leistungsfähigkeit der amerikanischen Arbeiter (die zum großen Teil aus Deutschen, Czechen, Irländern, Italienern bestehen), sondern im wesentlichen infolge ausgebehrter Anwendung moderner Maschinen und besserer Anlagen. Wenn in Amerika die Kohle sich im Verkauf bedeutend billiger stellt, als in Deutschland, so deshalb, weil dort die hohen Grundrenten, Unkosten, Abgaben, und vor allem der Wust von alten feudalen Bergwerksprivilegien fehlt, und weil ferner die Profitrate der Grubenbesitzer niedriger steht. Vermöchte eine verstärkte Konkurrenz amerikanischer Kohle dahin zu wirken, daß auch in Deutschland mit diesen Anhängseln des Bergwerkesbetriebes etwas ausgeräumt würde, könnte sie zu einem Produktionshebel des ganzen Betriebes werden.

#### Politische Uebersicht.

Berlin, den 14. November.

##### Der Zolltarif des Bundesrats.

Die Optimisten, die bis in die letzten Tage noch auf einen zollpolitischen Umschwung im Bundesrat gekostet haben, müssen nun endgültig ihrem Wahne entsagen. Der „Meißner Anzeiger“ und die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ veröffentlichen soeben die „wesentlichen Änderungen“, die der Ende Juli veröffentlichte Zolltarif-Entwurf im Bundesrat gefunden hat. Das Wesentliche an diesen wesentlichen Veränderungen ist, daß sie sehr unwesentlich sind. In keinem Fall wird an dem hochschütznerischen Charakter des Entwurfs das mindeste geändert, ja einzelne Zollsätze sind sogar noch erhöht worden. Keine Rede davon, daß etwa der Minimaltarif aufgegeben oder die Agrarzölle ermäßigt sind. Der Entwurf des maßlosen Zollwuchers hat vielmehr im vollen Umfang die bundesrätliche Sanction erhalten.

Das Zolltarif-Gesetz hat nur unbedeutliche Änderungen erfahren. Im Zolltarif-Entwurf sind u. a. folgende Zollsätze erhöht worden: Hopfen von 40 auf 60 M., Hopfenmehl von 60 auf 60 M. Der gegenwärtige Generaltarif sieht für beide Artikel nur 20 M. vor, der geltende Vertragstarif ermäßigt den Zoll auf 14 M. Gegen den heutigen Vertragstarif ist mithin der Zoll auf Hopfen mehr als verdreifacht, auf Hopfenmehl mehr als verdreifacht. Diese ungeheuerliche Erhöhung noch über den ursprünglichen Entwurf hinaus bedeutet eine Konzession an das bayerische Centrum, das die Hopfenbauern vertritt.

Gebrauchter Kaffee ist von 50 auf 60 M. Zoll erhöht worden (bisher 50 M.), rohe baumwollene Gewebe der ersten Staffel

von 50 auf 60 M., leinene Taschentücher der zweiten Staffel von 140 auf 145 M., Steinrückhüfte von 30 auf 150 M. (I), Meer-schaum-Waren (in Verbindung mit Bernstein) von 200 auf 400 M.

Von den gelinden Zollermäßigungen seien genannt: Quebrachsholz von 2 auf 1 M. (im bestehenden Vertragstarife frei), Reis, poliert zur Herstellung von Stärke von 6 auf 4 M. (wie jetzt), Buchdruck-Schwärze von 10 auf 5 M., für zugerichteten ungenusserten Baumwollentüll zum Versetzen aus Erlaubnißschein von 120 auf 80 M. (die amtliche Veröffentlichung giebt den im ersten Entwurf vorgeschlagenen Satz fälschlich auf 250 statt 120 M. an). Herabsetzungen haben ferner erfahren rohe Taschentücher der zweiten Staffel, Kautschukfäden, rohe Holzschuhe, Albums etc., Mikroskope, Goldwaren, rohe Ketten zur Ketten-Schleppschiffahrt, Kupferdruckwalzen, Metalltuch.

Zollfrei sollen bleiben u. a.: Blumenzwiebeln, die auch heute zollfrei sind (zuerst vorgeschlagener Satz 10 M.), andre Treber als Weintreber, Colofasern, Schieferkiste.

Endlich sind einige Erleichterungen für Zuchtstiere und im Grenzverkehr von Vieh und Fleisch vorgesehen: Pferde sollten nach dem ersten Entwurf für ein Stück je nach dem Wert von 30 bis 300 M. verzollt werden. Der definitive Entwurf fügt folgende Anmerkung hinzu:

Nach näherer Bestimmung des Bundesrats dürfen Pferde, welche zu Zuchtzwecken vom Staate oder mit staatlicher Genehmigung eingeführt werden, im Alter bis zu zwei Jahren zum Zollsatz von 10 M., im Alter von mehr als zwei Jahren zum Zollsatz von 20 M. für ein Stück abgelassen werden.

Die durch bundesrätliche Bestimmung zu verfügende Einlassung von Bullen von Höhengewicht zu Zuchtzwecken zum ermäßigten Zollsatz von 9 M. für 1 Stück soll nicht mehr, wie im ersten Entwurf, auf die ersten 8 Jahre der Geltung des Tarifs beschränkt sein; also auch nur für staatliche oder staatlich genehmigte Zuchtzwecke.

Für Bewohner des Grenzbezirks dürfen während der ersten sechs Jahre der Geltung dieses Tarifs nach näherer Bestimmung des Bundesrats Zugochsen im Alter von 2 1/2 bis 5 Jahren zum Zollsatz von 30 M. für 1 Stück eingelassen werden, sofern sie zum eigenen Wirtschaftsbetriebe nachweislich notwendig sind. — Diese Ermäßigung für den Grenzverkehr und Selbstgebrauch ist immer noch höher als der gegenwärtige Vertragstarif für Ochsen überhaupt, der 25,50 M. beträgt.

Endlich ist in neuen Anmerkungen die Bestimmung vorgesehen, daß der Bundesrat befugt sein soll, für bestimmte Grenzfreuden im Fall eines örtlichen Bedürfnisses die zollfreie Einfuhr einzelner Stücke von frischem oder einfach zubereitetem Fleisch in Mengen von mehr als 2 Kilogramm, von Mälerei-Erzeugnissen (mit Ausnahme von Reisgrütze und gewaltem Reis) in Mengen von nicht mehr als 3 Kilogramm und von gewöhnlichem Backwerk in Mengen von nicht mehr als 3 Kilogramm, soweit diese Gegenstände nicht mit der Post eingehen, für Bewohner des Grenzbezirks nachzulassen.

Wir kennen also jetzt den endgültigen Zollentwurf, wie er dem Reichstage vorgelegt werden wird. Er enthält sogar noch Steigerungen des schütznerischen Charakters, die durch die Herabsetzungen einzelner Positionen keineswegs ausgeglichen werden.

Es ist Sache des deutschen Volkes, in erster Linie des socialdemokratischen Proletariats, Sorge zu tragen, daß dieser Entwurf der schrankenlosen Ausbeutung der besitzlosen Massen, des Wuchers und der gefährlichsten Zollkriege unter keinen Umständen Geheh werde.

##### Kriegsminister Brodrick über den Krieg.

Die Mitglieder des englischen Kabinetts sind unermüdlich im Halten öffentlicher Reden. Auch dem Kolonialminister Chamberlain hielt Salisbury selbst seine Guldhal-Rede, um den zunehmenden Pessimismus, die Kriegsmüdigkeit und die wachsende Unzufriedenheit mit dem gegenwärtigen Kabinett zu beschwören. Den besten Beweis dafür, daß Salisbury's Rede der ersehnte Erfolg ausgeblieben, liefert die Rede, die nunmehr der Abwechslung wegen der Kriegsminister Brodrick am Mittwoch im Londoner konservativen Klub gehalten hat. Salisbury hatte mit großen politischen Mühen und Anstrengungen gearbeitet und zu beweisen versucht, daß Englands Prestige durch den südafrikanischen Krieg nicht im mindesten gelitten habe. Daneben hatte er auch behauptet, daß die Lage Englands in Südafrika durchaus nicht so trübe sei, wie Schwarzseher annähmen. Die Lage habe sich im Gegenteil gebessert, und wenn auch für die endgültige Beendigung des Krieges kein bestimmter Termin anzusetzen sei, so unterliege es doch keinem Zweifel, daß die englischen Truppen mit dem Rest der Boeren in nicht allzu ferner Zeit fertig werden würden.

Da nun die Presse dieser Darlegung keine unbedingte Beweiskraft beilegen zu können erklärte und meinte, es sei besser gewesen, Salisbury hätte statt der allgemeinen Wendungen überzeugende Beweise im einzelnen gebracht, scheint nun der Kriegsminister die Verpflichtung gefühlt zu haben, seinerseits diese Beweise für die günstige Situation Englands in Südafrika zu erbringen. Ob diese Beweisführung Brodricks auf die Deffektivität einen größeren Eindruck machen wird, als die Aufmunterungsrede des Premier, erscheint allerdings sehr zweifelhaft.

Brodrick behauptete, daß von den Boeren nur noch 10 000 Mann im Felde ständen, da 42 000 Boeren sich teils in den Konzentrationslagern, teils auf den verschiedenen Inseln befänden und 11 000 Mann teils gefallen, teils gegen Erewort entlassen seien. Eine Rechnung, die deshalb gänzlich unzuverlässig ist, weil sie die Zahl der aufständischen Kapvölker ganz außer Betracht läßt. Nach den geringsten Schätzungen sollen sich 10 000 Kapvölker den Boeren angeschlossen haben, eine Zahl, die durch fortwährenden Zugang wohl mindestens auf der alten Höhe gehalten würde. Ständen



wirklich nur noch 10 000 Gegner im Felde, so wäre es auch unverständlich, warum, wie Brodrid ankündigt, jetzt noch beträchtliche Verstärkungen nach dem Kriegsschauplatz geschickt werden sollen: zwei Regimenter Kavallerie, 2000 Mann berittene Infanterie und zwei Bataillone reguläre Infanterie. Freilich, da die Engländer allein im Oktober 4600 Mann verloren und die Boeren in fünfjähriger Zeit eine ganze Reihe von Siegen erfochten haben, ist das Bedürfnis nach frischen Truppen nur zu erklärlich.

Den zahl- und verlustreichen Mißerfolgen gegenüber, die die Engländer in den letzten Wochen erlitten haben, besagt es auch nicht allzuviel, daß, wie Brodrid besonders hervorhob, im Oktober in Folge des Blockhaus-Systems die Boerenangriffe auf die Eisenbahnlinien eingestellt werden mußten. Durch die Einführung dieses Blockhaus-Systems sei es den Engländern gelungen, den Aufenthalt der Boeren in einem Gebiet von 14 000 (englischen) Quadratmeilen in Transvaal und 17 000 Quadratmeilen im Orangegebiet unmöglich zu machen. Das übrige Gebiet werde durch leicht bewegliche englische Truppenkolonnen geläubert.

Siebzehntausend resp. siebzehntausend Quadratmeilen, das läßt ja sehr imponierend, allem dieser Flächenraum bedeutet nur den zehnten Teil Transvaals und knapp den dritten Teil des Orangegebietes. Das hier eingeblühte Operationsterrain haben sich die Boeren in vielfacher Ausdehnung im Kapgebiet und Natal erobert!

Brodrid beschönigte natürlich auch das Ausrottungssystem der Konzentrationslager. Wenn dort nichts zu verheimlichen ist, warum hat man denn vor einigen Tagen die Witj-Hobhouse wieder schleunigst per Schaub auf das Schiff gebracht, die seiner Zeit die Schenkschleichen dieser Menschenpyramide geschübelt hatte und jetzt von England zurückgekommen war, um sich von dem Erfolg ihrer Anlagungen zu überzeugen?

Das Erkelternbste oder auch Empörendste an der Rede Brodrids war aber die Behauptung, daß die Verlängerung des Krieges lediglich der allzu wohlwollenden Behandlung der Rebellen zuzuschreiben sei. Mehr als erschießen, hängen und anderspeisen kann man doch schließlich niemand lassen!

Die Rede Brodrids wick die Stimmung in England schwerlich verbessern, da jeder halbwegs Denkende die Unsichtbarkeit dieser Beweisführung sofort erkennen muß. Aber selbst neue Enttäuschungen werden so bald nicht vermögen, die Masse der Nation einem für die Boeren acceptablen Friedensschluß geneigt zu machen. Alles was neue Katastrophen herbeiführen würde, wäre eine Veränderung des Kabinetts, nicht des Rufes.

**Liverpool, 14. November.** Sir Grey hielt gestern Abend eine Rede, in welcher er die Umbildung des Kabinetts mit Elementen der Regierungspartei verlangte. Er drückte sich äußerst befriedigt über die Haltung Rosebergs in das politische Leben aus. Ferner erklärte er, daß nach Beendigung des Krieges die Autonomie in Südafrika eingeführt werde. Es sei widersinnig, daß die Einführung dieser Reform mehrere Generationen hindurch aufgeschoben werden solle.

## Deutsches Reich.

### Die Finanzen des Reichs und der Einzelstaaten.

In zwei der größten Bundesstaaten wurden am Donnerstag die Klagen über die Finanzlage im Reich sowie in den Einzelstaaten erneuert. In Sachsen wurde der Landtag mit einer Thronrede eröffnet, in der die Ungunst der sächsischen Finanzen lebhaft beklagt und die Notwendigkeit neuer Reichssteuern betont wurde. In Bayern begann in der Kammer der Abgeordneten die Debatte über die allgemeine Finanzlage, in der gleichfalls die Schwere der Lage hervorgehoben wurden, die der Staatskasse aus den gewachsenen Anforderungen des Reichs drohen.

In der sächsischen Thronrede wurde zunächst auf die wenig glückliche Gestaltung der Volkswirtschaft hingewiesen und Abhilfe durch den — Wuchertarif in Aussicht gestellt. Ferner wurde die lästige Haltung der sächsischen Truppenteile in China verurteilt und sodann besahnte sich die Thronrede mit dem Staat, der außer durch andere militärische Forderungen gerade auch durch die Kosten des Reichs für den herrlichen Chinazug auf schwerste erschwert ist. Die Thronrede schließt hier aus:

Die Lage des Staats bietet nicht das erfreuliche Bild früherer Perioden; das rühre namentlich von den geringeren Erträgen der Eisenbahnen her. Angesichts der steigenden Ausgaben werde man daher auf eine Vermehrung der Staatseinnahmen bedacht sein müssen. Für die bevorstehende Finanzperiode habe die Herstellung des Gleichgewichts im Etat zunächst mit Hilfe von Zuschlägen zur Einkommensteuer gesucht werden müssen. Doch enthält die diesbezügliche Vorlage, da der Landtag auch die Frage der Mittelbeschaffung für die Zukunft mit der Regierung zu regeln habe zugleich für den Fall der Entscheidung zu Gunsten einer organischen Steuerreform die Gelegenheit, durch welche die Einkommensteuer — Zuschläge auf besondere Fälle beschränkt werden.

Das finanzielle Verhältnis der Bundesstaaten zum Reich lasse bedauerlicherweise nach wie vor die lang ersehnte Neuregelung vermissen, ohne welche eine geordnete Finanzwirtschaft der Einzelstaaten unerschwinglich sei. Der außerordentliche Druck, den die zunehmend ungünstigere Gestaltung der Finanzlage des Reichs auf die Staats der Bundesstaaten ausübe, werde, wie zu erwarten stehe, zur Erschließung neuer eigener Einnahmen des Reichs zwingen und die auf das Zustandekommen einer Reichs-Finanzreform gerichteten Bestrebungen der sächsischen Regierung unterstützen.

Die Heillosigkeit der sächsischen Finanzen hat ihren Grund keineswegs allein in den geringeren Eisenbahn-Erträgen, sondern vor allem in der fortwährenden Welgerung der im Landtag allein herrschenden konservativen Partei, eine Vermögenssteuer auf die höheren Vermögen zu bewilligen, die in den letzten Sessionen wiederholt durch die Regierung vorgeschlagen war. Diese konservative Abneigung gegen eine gerechte Steuer verschuldet, daß jetzt die Einkommensteuer auch für die kleinen Einkommen, insbesondere für die Einkommen des von den Konservativen angeblich eifrig geschützten „Mittelstandes“, durch erhebliche Zuschläge erhöht werden muß.

Der beachtenswerteste Hinweis der Thronrede betrifft die Reichs-Finanzreform. Die Bundesregierungen wünschen das Reich auf seine eigenen Einnahmen anzuvveisen, um jeder Störung ihrer Finanzen durch die Steigerung des Reichsetats zu entgehen. Die Erfüllung dieses Wunsches würde die letzte Forderung des militärisch-wirtschaftlichen Reichsdranges beseitigen. Und die Reichsregierung wird neue Steuern fordern müssen, keine Kleinigkeiten, gewaltige Summen! Zunächst werden Tabak und Bier abgeben sollen!

In der bayerischen Kammer der Abgeordneten erhob sich aber sogleich der Widerstand gegen derartige Pläne. Der Bericht aus München meldet:

Heute begann die Debatte über die allgemeine Finanzlage. Böhler (C.) schildert die gegenwärtige ungünstige wirtschaftliche Lage sowie den Rückgang wesentlicher Staatseinnahmen, und

meint, im neuen bayerischen Budget seien die Einnahmen teilweise zu künstlich veranlagt. Den dunkelsten Punkt des Etats bilde das Steigen der Matrikularbeiträge angesichts des Rückgangs der Reichseinnahmen. Seine Freunde hier und im Reichstage wünschten eine allseitige Reichs-Finanzreform, allerdings eine solche, welche das System der Matrikularbeiträge und die dadurch gegebene Einwirkung der Einzelstaaten auf das Reich beibehalte. Das Reich solle nicht unabhängig werden von der finanziellen Einwirkung der Einzelstaaten. Schließlich ermahnt der Redner die bayerische Regierung zur Festigkeit gegenüber zu weit gehenden Forderungen der Reichsregierung.

v. Bollmar (Soc.) betont, daß die einzig erfolgreiche Reichs-Finanzreform in der Einführung einer Reichs-Einkommensteuer liege. Die Reichsfinanzen wüchsen insbesondere durch den Militarismus an. Die jetzige mißliche Finanzlage des Reichs sei nur durch den Mangel jeglicher Voraussetzungen bei den verbündeten Regierungen entstanden, da sie der Veranschlagung der Reichsmittel unwillig zugeföhren hätten. Bayerns Finanzlage sei verhältnismäßig noch günstig. Man müsse zwar sparen, solle aber bei notwendigen Ausgaben und Befolgungen nicht knausern.

Die Weiterberatung erfolgt am Freitag. Es ist zweifellos, daß eine reaktionäre Reichs-Finanzreform durch die Regierungen verweigert werden wird, sobald der Protest der Bevölkerung gegen die neue Steuerbelastung, die Verteuerung der „Zugabebeträge“ des Volkes, des Tabaks und des Bieres, folgen. In diesen bevorstehenden Kämpfen wird die Sozialdemokratie alles einsetzen, um keine andre Steuer zuzulassen, als eine Reichs-Einkommen- und Reichs-Vermögenssteuer auf die Einkommen und Vermögen der wohlhabenden und reichen Ruynier des Reichs.

### Der Frankfurter Hummerprozeß.

Wir haben gestern mitgeteilt, daß das Landgericht in Frankfurt a.M. gegen Dr. Quard eine Strafe von drei Wochen Gefängnis verhängt und eine Verurteilung wegen Verleumdung abgelehnt hat.

Zu der heute vorliegenden Begründung führt das Gericht aus: Das Gericht habe nicht zu untersuchen gehabt, ob der Brief echt ist, sondern sich nur die Frage vorgelegt, ob der Angeklagte diesen Brief für echt gehalten hat. Die Verhandlung habe nicht dargethan, daß Quard den Brief für gefälscht angesehen hat. In dem Briefe sei vielerlei zu unterscheiden: die Thesen, die der Briefschreiber von sich behauptet und diejenigen, die er von andern mitteilt. Dadurch, daß der Angeklagte generalisierte und von andern nicht erweisbare Thatsachen behauptete, was auch die Ueberschrift: „Deutsche Bestien“ darthue, und einen Kommentar daran knüpfte, hat er sich der öffentlichen Verleumdung durch die Presse schuldig gemacht und war zu bestrafen. Die Wahrung berechtigter Interessen wurde vom Gerichtshofe verneint; denn hätte der Angeklagte in Wahrnehmung solcher handeln wollen, so hätte er den Briefschreiber nennen müssen, damit die Behörde Ermittlungen über denselben hätte anstellen können. Strafverschärfend kamen die Vorwürfe des Angeklagten in Betracht, deshalb wurde auch von der Verhängung einer Geldstrafe abgesehen. Der Antrag des Staatsanwalts auf Verurteilung wegen Zeugnisverweigerung mit 200 M. wurde abgelehnt, weil das Gericht in der Vernehmung des Abgeordneten Bedel eine unbedingte Zeugnisverweigerung nicht erblicken kann.

Wir stellen gerne fest, daß das Frankfurter Gericht die Erbarmlichkeit der Kampfpresse, als habe die Sozialdemokratie Hummerbriefe erfunden oder gefälscht, ablehnt. Vielmehr zeigt die Begründung, daß das Gericht zu der Ueberzeugung von der Echtheit des in diesem Prozeß verhandelten Hummerbriefs, der zu den abschaulichsten Feindschriften zählt, gelangt ist.

Wenn das Gericht dennoch zu einer Verurteilung gelangt ist, so nur durch die Rummung, daß die Entrüstung des Angeklagten über die im Briefe gemeldeten Schenkschleichen sich ausschließlich gegen den Briefschreiber allein hätte wenden dürfen. Nur die Meinung des Angeklagten, daß die Unthat, deren sich der Einzelne rühmte, charakteristisch sei für die China-Ereignisse, hat eine Verurteilung ermöglicht.

Eine Verurteilung unter solchen Umständen ist ein moralischer Sieg!

Am nächsten fährt bei diesem Ausgang des Prozesses der preussische Kriegsminister. Er hat den Prozeß angestrengt, um entweder die Unrechtheit der Hummerbriefe zu erweisen oder des Briefschreibers habhaft zu werden. Beides ist ihm mißlungen. Er hätte seinen Zielen näher kommen können, wenn er die ihm gewiß weit gefälligeren Redactionen der Amtsblattpresse, die zahlreiche Hummerbriefe veröffentlicht haben, befragt oder mit einer Anklage bedacht hätte. Da, wo er etwas erfahren konnte, hat der Kriegsminister aber seltsamerweise durchaus unterlassen, sich zu bemühen!

Aus Syd in Ostpr. wird der „Post. Ntz.“ gemeldet: Die Strafkammer verurteilt den Redacteur des polnischen Blattes „Gazeta Ludowa“, Stanislaus Wolczynski, wegen Verleumdung der deutschen Streitkräfte in China durch einen Artikel mit der Ueberschrift „Europa civilisiert China“ zu einem Monat Gefängnis.

Reichsgerichtsrat a. D. Dr. Stenglein hat sich in einem Vortrage in Leipzig nochmals über den Kroszig-Prozeß ausgesprochen. In seiner sehr scharfen Kritik sagt er u. a.:

Die Behandlung Hiddels sei ein Schand auf die ganze Rechtsprechung. Die Inhaftierung eines Freigeisprohenten sei nur gerechtfertigt, wenn thatsächlich neue Gründe vorliegen. Hiddel habe man nicht freigelassen, weil man nach neuen Gründen erst gesucht habe. Dann habe man ihn entlassen und dann abermals verhaftet, und dies damit begründet: „Man werde schon neue Gründe finden.“ Gott möge uns in Zukunft vor solcher Rechtsprechung bewahren! Man habe gesagt, der Schuldige müsse im Interesse der Disziplin gefunden und gerichtet werden. Das sei sehr bedenklich. Im Interesse der Disziplin müsse also auch ein möglicherweise Unschuldiger für schuldig erklärt werden, wenn sich nur einige Verdachtsmomente ergäben. Das heiße im Interesse der Disziplin die deutsche Armee für vogelfrei erklären! Beschlüsse können bei allen Gerichten vor, aber daß man hier bei offenkundig falscher Rechtsprechung noch behauptet, im Recht zu sein, das sei traurig. Die Befehle des Militärgerichts sei noch sehr reformbedürftig. Die militärischen Besitztümer seien zu leicht voreingenommen, die ihnen anhaftende Gewohnheit des Befehls nehme ihnen den Untergebenen gegenüber die unbefangene Objektivität. Man wolle die Rechtsprechung der Disziplinargewalt, die eine völlig heterogene Gewalt sei, unterordnen. Ein Herrscher sei kein Richter!

Wie doch ein Reichsgerichtsrat tapfer zu sprechen vermag, wenn er — a. D. ist!

Die Wiesbadener Kommunalwahlen.

Ueber den sozialdemokratischen Erfolg in Wiesbaden wird uns noch geschrieben:

Ein ebenso interessantes wie sehrreiches Beispiel für die Reichstags- und Provinzialwahlen fand am Montag und Dienstag in Wiesbaden statt. Bei den Stadtverordneten-Wahlen errang unsere Partei einen ungeahnten Erfolg. In der dritten Wählerklasse, die bisher von den freisinnigen vollkommen beherrscht wurde, erhielt die sozialdemokratische Kandidatenliste noch bisheriger vorläufiger Zählung mehr als 1700 Stimmen. Die Kandidatenliste des reaktionär-regierungsfremden Ordnungsmißmaßes erhielt 1800 Stimmen, während der Freisinn mit 700 Stimmen im Hinter-

treffen blieb. Dieses Wahlergebnis hat allgemein überrascht; die Freisinnigen, die fast an ihren Sieg glaubten, sind einfach „baff“. Es hätte wenig gefehlt, so wäre die sozialdemokratische Kandidatenliste gleich im ersten Wahlgange durchgegangen. Nur dem Umstande, daß von rund 12 000 Wahlberechtigten nur ein Drittel zur Wahl gegangen sind, haben es die Gegner zu danken, daß eine Stichwahl stattfand. Der Freisinn hat dabei zu zeigen, wie weit er wirklich noch freisinnig ist. Schlägt er sich auf die Seite des konservativ-gemäßigten Mißmaßes, so ist es um sein letztes bißchen Renommee gekommen.

Auf alle Fälle zeigt dieser Wahlerfolg, wie die Macht und das Ansehen des Freisinn im Schwanden begriffen ist. Wie in Berlin und andern Städten, so war auch hier in Wiesbaden der Freisinn in der Kommunalverwaltung allmächtig und er hat diese seine Macht in der rücksichtslosesten Weise geltend gemacht, indem er freisinnige Interessenpolitik trieb. Für große sozialpolitische Fragen hatte er fast gar kein Verständnis, so daß für die breiten Massen des arbeitenden Volkes in den letzten Jahren fast gar nichts getan worden ist. Noch nicht einmal eine billige Volks-Badanstalt haben wir in dem an Kurorten so reichen Wiesbaden. Diese Kurzsichtigkeit und Interessenverfälschung hat dem Freisinn von rechts und links viel Feindschaft eingetragen und es bildeten sich zwei große Koalitionen gegen ihn. Rechts eine konservativ-national-liberal-handwerkerliche Vereinigung mit dem ganzen Beamtenhof und links die Arbeiter, denen sich viele unzufriedene Kleinbürgerliche Elemente angeschlossen. In letzter Stunde kam zwischen den sozialdemokratischen Kandidaten und denen der radikal-demokratischen Partei, an deren Spitze der freireligiöse Prediger Weiler steht, eine Verständigung zu stande und es wurde eine gemeinsame Kandidatenliste aufzustellen; mit welchem Erfolge, zeigt das obige Wahlergebnis.

Aber auch in der zweiten Wählerklasse ist die Position des Freisinn sehr gefährdet. Auch hier arbeitet die konservativ-national-liberale Koalition mit allem Hochdruck, um einen Sieg zu erringen, und alle Anzeichen deuten darauf hin, daß ihr dies gelingt. Daß diese Vorgänge von nicht zu unterschätzender Bedeutung für die Reichstags- und Provinzialwahlen sind, liegt auf der Hand.

Welche Bedeutung man in bürgerlichen Kreisen dem Wahlerfolg der Sozialdemokratie beilegt, geht aus nachstehender Auszählung des konservativen „Mein. Kur.“ hervor: „Eine derartige starke Beteiligung bei städtischen Wahlen hat Wiesbaden seit der Einführung der neuen Städte-Ordnung noch nicht erlebt. Das Bedeutensame dabei ist das Eindringen der Sozialdemokratie in das Gebiet der städtischen Angelegenheiten. Die Sozialdemokraten haben sich allerdings schon vor zwei Jahren beteiligt, aber nur in kleinem Maßstabe. Daß sie es dieses Mal auf eine so bedeutende Stimmzahl bringen würden, ist die größte Ueberraschung der letzten Wahlen. Eine weitere Ueberraschung ist die Niederlage der freisinnigen Parteien, die von den Gegenparteiern mit einem Vorsprung geschlagen wurden, der von niemand erwartet wurde.“

**Altenburg, 18. November.** (Fig. Ver.) Mit dem ständigen Gepränge ist am Mittwoch der altenburgische Landtag, dessen Mehrheit sich aus Bürgermeistern und Amtsvorstehern zusammensetzt, eröffnet worden. — Die aus drei Köpfen bestehende sozialdemokratische Fraktion hat eine Verstärkung erfahren. Ein ländlicher Wahlkreis, der aus 151 Dörfern besteht und der sich sechs Jahre in unserem Besitze befand, ist bei den Hauptwahlen an den Bund der Landwirte verloren gegangen. Der neugewählte Abgeordnete starb aber bald nach der Wahl, so daß sich eine Nachwahl erforderlich machte. Diese fand am Dienstag statt und endete mit einem glänzenden Siege unseres Genossen Max Schäfer-Romeburg. Er erhielt 752 Stimmen, der bürgerliche Gegner nur 685. In bekannter Bescheidenheit hatte der Bund der Landwirte diesen Kreis bereits seinem festen Besitzstand zugezählt. Dieser Wahlausfall in einem rein ländlichen Wahlkreis bedeutet zugleich den schärfsten Protest gegen den Protivucher.

## Ausland.

### Dazhnyk über die galizische Korruption.

Aus der zweifelhafte Rede, mit der unser Genosse Dazhnyk am Dienstag mit der schändlichen Schlagschmiedewirtschaft in Galizien abrechnete, geben wir folgenden Auszug, der allerdings von der von innerster Empörung durchglühenden, mit hinreichender Verehrtheit vorgetragenen Philippika des gefährdeten Parlamentarieres nur ein mattes Bild giebt, das aber immerhin genügt, die in Galizien verübten, fast ungläubigen Wahlschwindel zu charakterisieren:

Abg. Dazhnyk: Früher war der Wahlkrieg in Galizien sehr leicht; früher wurde mit Schnaps und Wurst gekämpft. (Heiterkeit.) Schnaps und Wurst sind die Grundpfeiler der Schlagschmiedewirtschaft. Im letzten Jahrzehnte konnte man aber mit Schnaps und Wurst nicht mehr vorwärts kommen, und so sahen wir die Badenischen Wahlen mit Bajonetten, mit Toten, mit Hunderten von Eingesperrten und Verurteilten usw. Das Central-Wahlkomitee, oder, wie es im Volke genannt wird, das Central-Wahlkomitee und Wahlrechts-raub-Komitee, ist vergleichbar mit der Tammany Hall in New York oder der jüdischen Mafia oder irgend welcher Räuberbande, die aber gut organisiert ist und überal ihre Vertreter hat, hier in diesem hohen Grade genau so, wie in dem hohen galizischen Landtage und in den Bureaus der L. L. Beamten. Diese Mafia, diese Tammany Hall, kurz, dieses Central-Wahlkomitee (Heiterkeit) hat den größten Einfluß, nicht nur was die Wahlagitatorien anbelangt, sondern auch auf die Beamtenschaft. Die Schlagschmiedewirtschaften den polnischen Patriotismus. Gerade diese Leute liegen immer am Bause vor jedem Hofe und sind keine nationale, sondern eine Spartei, eine dynastische Clique. Das Mächtyerbum der Vergangenheit wird dazu mißbraucht, das Volk auszubuten, zu unterdrücken und der jeweiligen Regierung mit Haut und Haar zu verkaufen. Gerade der Patriotismus muß sich dagegen stemmen, daß eine wohlorganisierte Mafia, daß diese glatte Bande von Wahlgaunern einen solchen Einfluß hat. Die Schlagschmiedewirtschaft für das Volk nur die Hungerpeitsche und die Polizei. Damit sie siegen, benötigen sie die Hilfe der Geistlichkeit, der jüdischen Agitatoren und der Beamtenschaft. Jeder Bischof erklärt Currende auf Currende, in welchen in der gefälligsten Weise die Volksbewegung verleumdet und geschmäht wird. Die Folge davon ist eine Erpressung an den Seelen der Gläubigen. Die Geistlichen haben als Spender des Sakramentes dieses Sakrament als Revolver, als Erpressung gegen die Frauen angewendet. Niemand in der Welt hat dem religiösen Gefühle des Volkes so schwere Wunden geschlagen, wie gerade die polstifizierenden Pfaffen. Das zweite Gegen der Wahlkampagne, das für die Schlagschmiedewirtschaft ist, sind die jüdischen Agitatoren. Ohne diese wäre der Polenkubule zu stande gekommen. Der Hauptanführer der jüdischen Korruption, der Abg. Dr. Vhl, ist derjenige, welcher den Taktik für die ganze korrupte Masse der jüdischen Agitatoren schwingt. Der Statthalter hat den Dr. Vhl als Juden, Dofrat Kostowski in Krakau den verruchten Hirsch-Kandau, in Ken-Sandec ist ein gewisser Herrmann Vach der Leibjude, ein Haupt-Wahlwindler. In Stanislaw hat der Bezirkshauptmann zwei Juden, einen gewissen Kubinski und einen Meudel Lebensart. (Heiterkeit.) Dieser letztere hat eine Wahlurne mit doppeltem Boden. (Stürmische Heiterkeit.) In Buczacj spielt die Rolle der Jude Moriz Stern, ein vielfach abgestuftes Individuum, der als Bürgermeister der Stadt Buczacj Gelder eines Inhaftierten unterschlagen hatte und dafür in die Untersuchungshaft wandern mußte.



# Der Boeren-Krieg.

## Ein Convoi von den Boeren erbeutet.

Die Boeren bemächtigten sich bei Dordrecht eines englischen Wagenparks, sie nahmen sechs mit Proviant und Munition beladene Wagen mit sich und verbrannten die übrigen. Die Engländer verloren zwei Offiziere und 12 Mann.

Also eine neue englische Schlappe!

## Ungeklärte Vermittlungsbemühungen Krügers.

Aus Brüssel wird gemeldet, wenn das Haager Schiedsgericht sich weigern sollte, den Boeren-Antrag, betreffend Einsetzung eines Schiedsgerichts, zu erwägen, werde Krüger ein Schreiben an den deutschen Kaiser, den Jaren und den Kaiser von Oesterreich richten und dieselben um ihre Intervention ersuchen. Nach dem „Daily Telegraph“ beabsichtigt Krüger, falls das Schiedsgericht den Boerenantrag ablehnt, einen Aufruf an die Großmächte zu richten, um einen Waffenstillstand zu erlangen, der es ihm möglich machen würde, mit England wegen der Friedensbedingungen zu unterhandeln.

Klingt nicht gerade wahrscheinlich!

# Aus Industrie und Handel.

## Trübe Ausichten.

Die Lage der Industrie gestaltet sich fortgesetzt trostloser, so daß auch in den Kreisen, die bisher noch die stille Hoffnung hegten, es handle sich nur um eine vorübergehende Depression, immer mehr die Erkenntnis durchdringt, daß wir noch nicht auf dem tiefsten Stand angelangt sind, sondern daß es weiter abwärts geht. Auf dem Weltmarkt ist selbst den gewagtesten Speculanten der Mut verloren gegangen und die Börse zeigt eine Debe, wie sie selbst in dem Bereich der Gründerperiode unbekannt war. Die Gründungen, die in wilder Hast emporschossen, deren Aktien mit vielem Lärm von unternehmenden Banken auf den Markt geworfen wurden, tragen in der Zeit der Krise den Todeskeim in sich, und nicht unbedeutende Mengen befinden sich in den Händen ihrer Gründer, die mit Bangen jeden Augenblick die Katastrophe über sich hereinbrechen sehen. Diese unwahrscheinliche Speculation trägt mit einem Teil der Schuld, daß wir heute um so tiefer herabsinken in den geschäftlichen Abgang, zahlreiche Existenzen aus dem Kleinbürgertum und der Arbeiterschaft der Vernichtung anheimfallen.

Auch in der Industrie sind die Stimmen verschwunden, die mit Sicherheit bald wieder ein Aufwärts erwarteten. Wir haben vor kurzem Notiz genommen von der Keuerung des Herrn Daurie, der als Leiter eines großen Eisenerwerkes in Bochum für die Industrie ein weiteres Zurückgehen der Konjunktur für den kommenden Winter als sicher bevorstehend erachtete. Dem hat sich ein anderer Vertreter der Großindustrie angeschlossen, der Leiter des Vereins Berliner Metallindustriellen, **Fritz Kühnemann**, hat sich gegenüber einem Vertreter der Zeitschrift „Der Großbetrieb“ wie folgt geäußert:

„Eine Umfrage bei den Vertretern der Maschinenbranche hat ergeben, daß annähernd 14 Prozent von den bisher in den Berliner Fabriken Beschäftigten arbeitslos geworden sind. Sicherlich wird diese Zahl noch steigen, nach Ansicht der Beteiligten voraussichtlich bis zu 25 Prozent. Ich kenne die Ermittlungen von ungefähr 130 bis 150 Betrieben. Es sind in der Hauptsache die größten. Es sieht nicht in allen gleich trübe aus. Es giebt sogar darunter 5 Betriebe, die augenblicklich mit einer größeren Zahl arbeiten, einer von ihnen hat mit 600 jetzt mit 800 Arbeitern. Doch das ist eine große Ausnahme. Im großen und ganzen muß man sagen, daß ein ganz bedeutender Rückgang in der Metallbranche zu verzeichnen ist. Dieser dürfte leider noch keineswegs seinen Höhepunkt erreicht haben. Ich gehöre ja selbst zu den Schwärzern; aber auch diejenigen Herren, die sonst viel optimistischer dachten als ich, erwarten kein so baldiges Ende der ungünstigen Konjunktur.“

Sie fragen nach den Gründen des Rückganges. Nun, da muß man einmal die alte Weisheit anrufen, daß stets den Zeiten einer Hochkonjunktur die eines Rückganges folgt, sie wechseln eben wie Ebbe und Flut. Und gerade in den Zeiten des Aufschwunges hat sich mancher von der Hoffnung leiten lassen, als ob es immer so fern müßte. Sehr viele Werke sind zu Erweiterungen übergegangen, sie wurden selbst zu Bauwerken, indem sie Baumaterial, Eisenkonstruktion usw. brauchten. Nun haben sie sich aus Annehmern zu Produzenten umgewandelt, die jetzt in der Lage und sogar gezwungen sind, weit mehr zu produzieren als zuvor. Was sollten sie sonst mit ihren erweiterten Betrieben anfangen. Endlich ist die Finanzwelt auch nicht ganz von der Schuld freizusprechen, den Industriellen gegenüber zu gerade mit der Hergabe von Geld gewesen zu sein. Ramentlich in der Electricitäts- und Schiffbauindustrie hat sich das gezeigt. Rummere ist naturgemäß der Rückgang gekommen. Er ist vorerst in denjenigen Zweigen wahrgenommen, die die Fertigfabrikate vorbereiten. Daher sieht's in der Eisenindustrie, in den Baukonstruktionswerkstätten, in den Werkzeugmaschinen-Fabriken, Ressel schmieden usw. sehr traurig aus. Die andern Zweige, die die fertigen Maschinen auf den Markt bringen, werden erst später in Mitleidenschaft gezogen werden. Vorläufig haben sie noch ihre alten Aufträge auszuführen; aber was dann? Neue Aufträge laufen so gut wie gar nicht oder doch nur sehr spärlich ein. So dürfte denn meiner Ansicht nach im Laufe des nächsten Quartals wohl die ungünstige Lage in der Metallbranche ihren Höhepunkt erreicht haben.

Wenn nun aber in hiesigen Arbeitslosen-Versammlungen behauptet worden ist, in der Metallbranche seien 35 000 drocklos, so erscheint mir das als eine Heberhebung. Ich will vielleicht zugeben, daß es überhaupt so viel Arbeitslose in Berlin giebt; dazu rechnen aber Leute, die im Winter alljährlich arbeitslos werden, wie Bauhandwerker, Zimmerleute, Kellner, die aus den Wärdern nach der Reichshauptstadt zurückkehren. In der Maschinenbaubranche müßten hier nach zuverlässigen Ermittlungen angeblich 5000 feiern. Davon wird ein Teil in die Heimat zurückgehen, ein Teil als Gelegenheitsarbeiter — ich erinnere nur an die sogenannten Weihnachtsarbeiten — beschäftigt.

Die Rundfragen, die wir vom Verein Berliner Metallindustrieller unternehmen hatten, wirken zum Glück ja etwas beruhigend. Vor allem ist anzuerkennen, daß in den meisten Berliner Betrieben der Eisenbranche kaum Ermäßigungen der Stunden- und Accordlöhne eingetreten sind. Man war nach Kräften bemüht, den eigentlichen Arbeiterstamm zu erhalten und schränkte lieber die tägliche Arbeitszeit ein.

Gewiß haben auch die anderen politischen Verhältnisse, wie Sie in Ihrer früheren Rundfrage hervorhoben, die Lage in der Metallbranche ungünstig beeinflusst. Das reiche Transval war vor dem unglückseligen Kriege, den das goldlästige England nimmere seit 2 Jahren gegen die heldenmütigen Boerepublikaner führt, ein sehr guter Abnehmer für uns. Die dortige Weinindustrie braucht viele unserer Maschinen, Lokomotiven, Lowries usw. Alles das hat natürlich zur Zeit fast aufgehört. Ebenso haben die Birren in China ihren Export nach diesem ostasiatischen Reich bedenklich geschädigt. Das auch die Zolltarifvorlage bereits ungünstige Schatten für unsere Maschinenexport vorauswirft, läßt sich leider nicht abtugeln.

Was soll geschehen, um Abhilfe zu schaffen. Selbst diejenigen, die noch so rosig in die Zukunft zu blicken pflegen, können sich die mögliche Lage unserer Industrie nicht verkellen. Stetig und konstant haben ein Interesse daran, schnell für Abhilfe zu sorgen. Es harren bei uns noch zahlreiche wirklich kulturelle Aufgaben — ich erinnere nur an die Kanalkfrage, die der Industrie ein reichliche Beschäftigung geben könnte, — der Erledigung. Im Interesse der zahlreichen Arbeitnehmer, deren Lage sich ja im Winter keineswegs bessert, dürfte auch noch zu erwägen sein, ob man nicht die Pflanz hat, für billigeres Fleisch zu sorgen, vielleicht durch Aufheben der Hülle auf amerikanisches Fleisch usw. Es würde sich auch empfehlen, schon jetzt die Bereitstellung reichlicher Mittel für große kulturelle

Land steht Ihnen noch offen.“ Der Bericht verzeichnet: „Große Heiterkeit.“ Die Kommission erneuerte die Konzeption ohne jede weitere Frage.

England ist nie so anfrichtig, als wenn es im Jorne ist. Wirkliche Internationalität herrscht nur in der „Socialdemokratischen Föderation“, sie und da in der „Unabhängigen Arbeiterpartei“, sowie in der Gewerkschaft der Engineers. Leider bilden diese nur einen ganz kleinen Bruchteil der Nation.

## Schweiz.

### Großratswahlen in Genf.

Genf, 13. Novbr. (Fig. Ver.) Die Einigung und die kräftigen Anstrengungen unserer Genossen zur Erreichung eines befriedigenden Erfolges sind leider nicht genügend belohnt worden und sie können nur allenthalben darin einen Trost erblicken, daß es der liberal-konservativen Millionärpartei, die mit allen Mitteln den Sturz des radikal-socialistischen Regimes erstrebt, nicht besser ergangen ist. Es ist nämlich alles beim alten geblieben, so daß der neue Große Rat wiederum wie der verflorenen besteht aus 45 Radikalen, 7 Socialdemokraten (nicht 10, wie irrthümlich berichtet worden), aus 29 (28) „Demokraten“, daß heißt Liberal-konservativen, 4 (5) „Nationalen“, 13 (14) „Unabhängigen“, d. h. Ultramontanen, und 2 (1) „Liberals“, eine unbestimmte Partei, deren „Haupt“ ein Sohn Karl Vogts, nämlich William Vogt, und deren „Parteiprogramm“ die Bekämpfung der Freimaurerei ist. Die radikal-socialistische Mehrheit, die der sozialistischer, großkapitalistischer „R. Jhr. Jg.“ bedenklich schwer im Wege liegt, beträgt also wiederum nur zwei Stimmen, wie in der verflorenen Legislaturperiode, aber sie vermag doch die Herrschaft der liberal-konservativen Plutokratie und Reaction, die vor mehreren Jahren eine wahre Ausweitungsucht mit unheimlichem Eifer entfaltet, hintanzuhalten und sie wird bei der ungewissen Weiterentwicklung der Socialdemokratie in wenigen Jahren eine weitere Stärkung erfahren.

## Dänemark.

Der socialdemokratische Fiskalings-Abgeordnete Harald Jensen wurde in den Finanzaußschuß, dem bereits der Genosse A. M. Klausen angehört, gewählt. Die Socialdemokratie hat also jetzt zwei Vertreter in dieser wichtigsten Kommission des Reichstages, während sich dagegen die Konservativen mit einem begnügen müssen. Der Ausfall dieser Wahl ist wieder einmal ein erfreuliches Zeichen von der wachsenden Macht der socialdemokratischen Partei, die in den achtziger Jahren nur über ein paar Stimmen im Fiskalings verfügte, in den neunziger Jahren so viel Mandate erhielt, daß sie einen Mann in den Finanzaußschuß senden konnte und nun beim Beginn des neuen Jahres gleich den zweiten Vertreter in den Finanzaußschuß schickt.

## Schweden.

Die schwedischen Eisenbahn-Angestellten und der Generalstreik. Die Eisenbahn-Angestellten Stockholms haben am Sonntag eine sehr zahlreiche besuchte Versammlung abgehalten, in der über die eventuelle Anwendung des Generalstreiks zwecks Lösung der Wahlrechtsfrage diskutiert wurde. Nach einem einleitenden Vortrage des Reichstags-Abgeordneten Branting fand eine längere Debatte statt, in der sich sämtliche Redner dafür aussprachen, daß sich die Eisenbahn-Angestellten dem Gedanken des Generalstreiks anschließen sollten. Mit kräftigen Ja-Rufen wurde eine Resolution angenommen, worin der Generalstreik als das letzte Mittel zur Erreichung des allgemeinen Wahlrechts aufgeführt wird.

## Frankreich.

### Zum Generalstreik der Vergarbeiter.

Bezüglich der Verhandlungen der Arbeiterkommission der Kammer mit den Vertretern des Vergarbeiter-Verbandes verlautet, die letzteren hätten erklärt, daß sie alles aufbieten würden, um eine friedliche Lösung des Konfliktes herbeizuführen und den allgemeinen Zustand hintanzuhalten. Die Kommission habe versprochen, die Wünsche der Vergarbeiter mit größtem Wohlwollen zu prüfen. Ferner wird behauptet, daß die Delegierten sich gegeben falls mit der Festlegung des Reinstundenlohnes begnügen würden, daß sie aber den Vorschlag des Arbeitsministers bezüglich der Ruhegehälter ablehnen.

Die Pariser Blätter melden, fand am Mittwoch in Dover eine Zusammenkunft des englischen Unterhausmitgliedes Piddart mit den französischen socialistischen Deputierten Lamendin und Badly statt. Es handelte sich um die Einberufung einer Konferenz, um im Fall des Vergarbeiterstreiks die Einfuhr englischer Kohlen nach Frankreich zu verhindern.

## Belgien.

### Die neue Session.

Brüssel, 12. November. (Fig. Ver.) Die neue Session des Parlaments wurde ohne Thronrede eröffnet (seit 1894 erscheint der König im Parlament nicht mehr wegen der Anwesenheit der Socialdemokraten). Die Majorität ernannte zum Präsidenten den Erzherzoglichen Altkanzler Schollaert, der ein „président de combat“ (des Kampfes) sein wird. Am Mittwoch beginnt wiederum die Verhandlung der Militärvorlage der Regierung, deren Annahme noch nicht sicher ist, weil einige antimilitärische Alerikale sich der Stimme enthalten oder gegen die Vorlage stimmen werden, weil diese die militärischen Kosten des Landes erhöht.

Quarantäne gegen Paraguay. Das Brüsseler „Amtsblatt“ veröffentlicht einen Beschluß, welcher für aus Paraguay eingeführte Waren Vorsichtsregeln vorschreibt, weil dort die Pest amtlich festgestellt worden sei.

## Rußland.

### Die Zustände in Sachalin.

Es wird uns geschrieben: Sibirische Blätter bringen über die Zustände in Sachalin, wozu bekanntlich auch mit Vorliebe zu Zwangsarbeiten politische „Berbrecher“ verschickt werden, Enthaltungen, die alles bereits darüber Verlautbarte in den Schatten stellen. Da es sich um unter Präventivcensur stehende Blätter handelt, so entsprechen die Angaben zweifellos den Tatsachen. Hiernach hatten kürzlich die staatlich an den Zwangs-Bergwerken in Sachalin angestellten Ärzte eine Liste kranker und schwer Zwangsarbeiter den Verwaltungsbehörden mit dem Hinweis überreicht, daß die Leidenden von den Zwangsarbeiten in den Quarantänen und Wei-Vergewerken befreit und im Hospital untergebracht werden müßten. Das Resultat war verblüffend! Alle auf der Liste figurierenden wurden, weil sie sich unterstanden, ihre Leiden zu sagen, zu je dreißig scharfen Knutenhieben verurteilt. Als sich die Ärzte hierauf klageführend unmittelbar an den Gouverneur wandten, bedeutete ihnen dieser, daß sie sich mit den Entscheidungen der Verwaltungsbehörden befriedigen und in allen Fällen ohne Weiteres zu bescheiden hätten. Andererseits ist festgestellt worden, daß besonders kräftige und ausdauernde Arbeiter, denen es gelingt, einen Tageslohn von 20 Kopelen (42 Pennig) zu erwerben, gegen einen aus dem Oberamtlicher zu entrichtenden Nachschuß von dreieinhalb bis zehn Kopelen täglich für einen ganzen Tag von der Zwangsarbeit befreit werden! Klingt das nicht wie ein Sohn auf den Parosus, dessen Manische der Welt den Frieden und dem russischen Volke die Befreiung von der „Katorga“ (Zwangsarbeit) verschändeten?

## Amerika.

Konflikt mit Bulgarien. New York, 14. November. Wie mit Bestimmtheit verlautet, wird die Union eine energische Aktion gegen Bulgarien ins Werk setzen, falls die Unterhandlungen wegen der Freilassung der Missionarin Ellen Stone zu keinem Ergebnis führen sollten.

Durch seine Vermittelung fand bei den letzten Wahlen in Bucara und Kolomena die während der Cholera 1878 Geüborenen neuerlich als Wähler erschienen. (Sibirische Heiterkeit.) Den jüdischen Massen gegenüber wird eine furchtbare Politik getrieben. Sie wurden jahrelang von der herrschenden Clique jedem Demagogen, jedem Merkmalen, jedem Antisemiten preisgegeben, der sich an den Juden vergreifen wollte. Diese Juden werden durch Steuerinspektoren bis auf Blut ausgefangt, sie werden politisch und gesellschaftlich unterdrückt, kein Jude darf Gymnasiallehrer, Auskultant bei Gericht oder Beamter der Bezirks-Hauptmannschaft werden. Dadurch hat man die Juden zu Servilisten und zum Werkzeug der Schlächzigen gemacht.

Ich begrüße die Beschlässe aus vollem Herzen, daß sich die Juden in Lemberg und Krasau von diesem unwürdigen Druck zu emanzipieren suchen. Ich gratuliere den galizischen Wählern, die den Namen des Dr. Jaf aus allen ihren Listen gestrichen und an seine Stelle den Namen eines schlichten Bauern, des Abg. Woplo, gesetzt haben. In Krasau haben die Juden den Christen Votler gewählt, welcher einem jüdischen Kandidaten gegenüber gestanden war. Juden waren es, die für den Christen stimmten, die Pfaffen aber stimmten für den Juden. Den dritten Galoz bildete die Beamtenchaft. Unter dem verruchten Hofrath Pastowitsch in Krasau wurden die Wählenden, die Urwahlen und die Wahlen selbst gefälscht, er hat den strikten Auftrag gegeben, Socialdemokraten in die Wählerlisten nicht aufzunehmen. Zum Wahlkommissar wurde der berühmte Steuer-Administrations-Chef Habinski ernannt, ein Mann, der ärger gefürchtet wird, als ein Räuber im Walde; auch zwei gerichtliche Beamte wurden zu Wahlkommissaren nominiert. Das, was der wahnsinnige Graf Michalowski in der Wahlbewegung sich zu leisten erlaubte, übersteigt alle Grenzen. Er hat den Bürgermeister von Gorlice, einen langjährigen Landtags-Abgeordneten, so beschwänbelt und betrogen, wie den dümmsten Bauer. Er schloß und öffnete den Wahllokal nach Bedarf. Er hat sogar Gymnasialisten zur Wahl herbeigeschleppt. (Zehnfache Heiterkeit.) Er hat die Listen gefälscht, wie ein elender, gemeiner Betrüger. Trotzdem wagte die Demokraten des Polenclubs nicht, darüber eine Interpellation einzubringen. In einem Dorfe des Bezirks Bucara entfielen bei den Urwahlen auf den Ortsvorsteher zwei Stimmen, auf den radikalen Gegenkandidaten Tabaczuk vierzehn Stimmen. Trotzdem verlor der Bezirkskommissar feierlich, der Ortsvorsteher sei gewählt worden. Auf Befragen der Bauern erklärte er dies damit, daß es im Dorfe zwei Tabaczuks gebe, so daß er nicht wisse, welcher gemeint gewesen sei. Die Bauern erwiderten: Ja, aber der eine Tabaczuk ist schon vor einem halben Jahre gestorben; der Bezirkskommissar aber blieb dabei, er müsse den Willen der Wähler hochhalten, und da er nicht wisse, ob sie den verstorbenen oder den lebenden Tabaczuk wählen wollten (Zehnfache Heiterkeit), so proklamirte er den Ortsvorsteher mit den 2 Stimmen als gewählt. Der Bezirkskommissar in Husiatin war von dem Kandidaten, den er schwer beleidigt hatte, verklagt worden. Zur Verhandlung erschien der Kandidat am Abend vorher am Orte des Gerichts, um dort zu übernachten. Als er am nächsten Morgen sich anstellen wollte, um zu Gericht zu gehen, waren seine Kleider und Schuhe verschwunden. (Zehnfache Heiterkeit.) Die jüdischen Agitatoren hatten sie beseitigt. Der Mann läuft in Soden, im Paletot zu Gericht, wird aber von den Juden überfallen, zu Boden geworfen und in einen Streifen verwickelt. Zu seinem Glück war er schon zu nahe dem Gerichte, so daß er gerettet wurde und vor Gericht erscheinen konnte. Jeder feiner Zeuge aber wurde zum Bezirkskommissar als beschuldigt erklärt und auf Grund des Präjudicats bestraft, oder wenigstens mit Strafe bedroht. In Neu-Sander wurde der Soldatminister ein Vortrag über Kopernikus und sein Sonnensystem vorgetragen. In der vorletzten Woche wurde eine Versammlung dieser Volksuniversität in Borezlaw verboten, deren Tagesordnung lautete: „Sonne, Mond und Sterne.“ (Heiterkeit.) Vorträge „Ueber die Kometen“, über „Das Wasser und seine Verwandlungen“ wurden verboten.

In seinem Landtage, sagte Abrahamowicz, wird das Gesetz geachtet, wie in Galizien. Will das mich bezüglich der Steuer-gesetze? Weis man denn nicht, daß der jetzige Landmarschall ein Defraudant ist, daß der Millioner und Millionäre reiche Herr sich Jahre hindurch die Lohse einer Witwe und von Baissen angeeignet hat und daß ihm dieser geraubte Weissen in drei Zuständen entziehen werden müßte? Ist es denn ein Geheimnis, daß dieser Mann, der über eine Million Kronen Einkünfte hat, als Steuerdefraudant zuerst 90 000 Gulden Reineinkünfte deklarirte, um sich dann auf Juchum des Grafen Korytowski auf 200 000 Gulden zu einigen? Er hat die Steuern von mehr als 800 000 Gulden dem Staate entzogen, und dieser Defraudant, Graf Andreas Potocki, ist jetzt der Führer des galizischen Landtages.

## Wachsende englische Mißstimmung gegen Deutschland.

London, 11. Novbr. (Fig. Ver.)

Aus den verschiedenen Richtungen kommen nicht zu unterdrückende Stimmen, die von der tiefen Mißstimmung des englischen Volkes gegen Deutschland zeugen. Die erste Stimme ist die des bekannten Dichters Charles Swinburne, der in einem Sonett auf den Tod Oberst Deffons gar bittere und häßliche Töne ausstößt. Wir übergeben sie in ungebundener Sprache: „Allein steht England erhaben da, wie Milton und Wordsworth; es lauden, umgeben von seinen Hais neidischer Juden. Erstakt im Lärm wird jede Lüge deutscher Lämmer und Sklaven, die wie Schmutztropfen auf die rollenden Wasser fällt.“ Das Sonett erschien am 9. d. M. in der „Saturday Review“, dem Organ der Tories.

Die zweite Stimme ist die des vielbeachteten und einflussreichen Jingo-Schriftstellers Arnold White: „Die Nation ist des ununterbrochenen Stromes deutscher Beleidigungen müde. Deutschland hat uns zahlreiche Weissen übergeben. Jehntausende von Deutschen finden ein gutes Leben unter der Gastfreundschaft englischer Gesezte. Die englischen Kolonien gewähren den deutschen Kaufleuten profitbringenden Handel. Aber die deutsche Presse und das deutsche Volk sind mit Haß und Verachtung gegen uns entbrannt. Es zient sich nicht für eine große Nation und eine alte Monarchie, wie wir es sind, ruhig eine Heilscheide systematischer Beleidigungen zu bleiben. Ist Großbritannien in den deutschen Augen so verabschwendwert, so muß es die logische Konsequenz der unter uns wohnenden zahlreichen Deutschen sein, das abscheuliche Land zu verlassen. Diese Frage ist von Lord Salisbury bis jetzt ignoriert worden.“

Dieser Artikel ist gestern in der liberal-imperialistischen „Sunday Sun“ erschienen.

Die dritte Stimme ist die besinnlichste. Sie kommt vom Londoner Großhändler und wurde einem deutschen Arbeiter gegenüber gebraucht. Anlässlich der jährlichen Erneuerung der Konzessionen an die Theater, Musikhallen und Restaurationen durch eine hierzu bestimmte Kommission des Großhändlers haben es hier zu Londoner Arbeiter zur Aufgabe gemacht, vor der Kommission zu erscheinen und gegen die Erneuerung der Konzession an solche Wessler zu opponieren, die ihren Arbeitern schlechte Löhne zahlen oder sonst eine unwürdige Behandlung angedeihen lassen. Man hat den Arbeitern sofort vom Municipal-socialismus des Londoner Großhändlers gesprochen, daß sie sich berechtigt glaubten, eine Verabsichtigung ihrer Interessen zu fordern. Bei der Verhandlung über die sogenannten Canterbury Musikhallen, in der den Kellnern und Wärmädchen schlechte Löhne gezahlt werden, erschien auch Genosse Paul Vogel, der Sekretär und Organisator der Londoner Kellner, und bat um die Einziehung der Konzession, worauf ihm geantwortet wurde: „Deutsch



Aufgaben, die für später geplant sind, zu betreiben, damit diese jetzt schon der Ausführung zugeführt werden. Ich habe das Vertrauen, daß sowohl Staat wie Stadt zur Linderung der Not thun werden, was in ihren Kräften steht. Aber schließlich dürfte auch der einzelne Industrielle in der Zeit der guten Konjunktur nicht vergessen, daß einem großen Aufschwunge auch stets ein Rückgang folgt.

Das Urteil des Herrn Kommerzienrats Kühnemann kann in vielem von uns unterschrieben werden, besonders sind auch die angegebenen Anregungen zur Linderung der Arbeitslosigkeit solche, die von der Socialdemokratie aus erstigste vertreten werden. Es wäre nur zu wünschen, daß Herr Kühnemann auch seinen Kollegen in der Großindustrie, besonders dem Centralverband deutscher Industrieller, dem er ja sehr nahe steht, klar machen würde, wie schädlich für die Arbeiterklasse und schließlich auch für die Industrie die Erhöhung der Agrarzölle wirken muß. Hier sind diese Ansichten bisher auf wenig fruchtbareren Boden gefallen; vielleicht bringt die Krise die Herren jetzt zur Erkenntnis. Das Vertrauen, daß Staat und Stadt alles zur Linderung der Not thun wird, ist bei uns etwas niedriger gestimmt, die Lösung ist uns aus früheren Zeiten bekannt.

**Straßenbahn Hannover.** (Eig. Ber.) Die hohe Bank hat diesmal das Terrain besser sondiert und bearbeitet und wird höchstwahrscheinlich ihr Ziel erreichen. Mit dieser Aussicht rechnet auch die Opposition, und diese selbst hat dazu beigetragen, jene zu vertwickeln. Herr Dahl, der aus der Kommission ausgeschiedene Vertreter der Opposition, hat ein Separatgutachten erstattet, das zu 50 Pfennig am Eingang zur Versammlung verkauft wurde; darin teilt er selbst in kapitalistischer Gemüthsart mit, daß er seine Aktien neuerdings unter 30 Proz. verkauft und nur einige davon behalten hat, um mitreden zu können.

Aus dem Bericht geht hervor, daß Herr Dahl, dem die Revisionskommission in ihrem Bericht vorwarf, er habe sich nur wenig an ihren Arbeiten beteiligt, erklärt, daß er es für zwecklos gehalten habe, sich an Fahrten und dergleichen zu beteiligen, und daß auch im übrigen ihm die totale Verkennung der Aufgabe der Kommission nicht gepaßt habe. Er hat sich dafür lieber an die Prüfung der Bücher und Protokolle des Aufsichtsrats gemacht und dabei entdeckt, daß die Anträge des Direktors kritisch genehmigt sind, daß keine Spur einer Prüfung oder sonstiger Thätigkeit des Aufsichtsrates zu finden war. Für gewisse Verschleierungen in der Bilanz in Höhe von Millionen hat sich die Direktion dadurch gewissermaßen salviert, daß sie in den Aufsichtsratsitzungen erklärte, die Kleinigkeiten seien vergessen. Herr Dahl erklärt, daß er jede Nachzahlung ebenfalls für verloren ansehen müsse und daß für die Aktionäre nur eine Hoffnung bleibe, die Regreßpflicht der Aufsichtsräte. Ein Teil der letzteren ist bereits schwer erkrankt. Baron Königswarter ist in einer Reconvaleszenz.

Hatte man nach diesen vorher bekannten Thatsachen schon ein ganz ausreichendes Bild von der Arbeit dieser ausgezeichneten Revisionskommission, so wurde dies Bild in der Generalversammlung vollkommen bestätigt. Der Vorsitzende der Kommission Gebeliner Reg. v. Rat Oberbürgermeister A. D. Ludowieg erklärte geradezu, es sei nicht die Aufgabe der Revisionskommission, die Geschäftsführung zu revidieren, sondern zunächst die Lage der Gesellschaft zu prüfen. Ein Aktionär nannte denn auch sofort die Dinge beim rechten Namen, indem er erklärte, aus der Revisionskommission habe sich eine Schenkungskommission für den Aufsichtsrat entwickelt. Herr Ludowieg erwiderte auf diese Vorwürfe in einer Weise, daß der Vorsitzende — der Aufsichtsrat hatte dazu wieder Herrn Justizrat Kempner ernannt — es für nötig hielt, von der Kommission abzutreten und auf diese Weise den ihm anvertrauten Interessen der hohen Bank besser zu dienen. Mit lebhaftem Eifer forcierte Herr Kempner besonders den allerdings rollenwidrigen Seitenhieb des Herrn Ludowieg, der die Zahlungsfähigkeit der Straßenbahn an die Wand gemalt hatte.

Diese Einzelheiten genügen, um die Trostkomödie zu beleuchten, in der man wahrscheinlich über den Widerstand der Kleinaktionäre zur Tagesordnung übergehen wird.

**Unter amerikanischem Einfluß.** Die Meinung, daß zwei unserer bedeutendsten Schiffsahrtsgesellschaften dem Einfluß amerikanischer Kapitalisten ausgeliefert werden könnten, gewinnt immer mehr an Boden. Herr Ballin von der Hamburg-Amerika-Linie hat zwar vor einigen Tagen beruhigend erklärt, daß dem amerikanischen Geldkönig Morgan solche Schicksaligkeiten nicht zuzutrauen seien, aber daß derartige Absichten sich bemerkbar machen, konnte nicht bestritten werden. Jetzt wird bekannt, daß der Norddeutsche Lloyd an die amerikanische Lebensversicherungs-Gesellschaft Mutual in New York 5 Millionen Obligationen verkauft hat. Der Vorgang läßt sich nur dahin erklären, daß von der im Jahre 1899 aufgelegten Anleihe von 20 Millionen noch ein erheblicher Rest in den Bankirens lag. Im März d. J. hat man bereits die Ausgabe einer neuen Anleihe im Betrage von 10 Millionen beabsichtigt, die aber bisher nicht aufgelegt wurde. Die neuen Schiffsbanken, die der Lloyd in Aussicht gegeben hat, erfordern neue Mittel, weshalb man die alten Bestände abzugeben versucht. Bei der geringen Kaufkraft des deutschen Marktes wundert man sich nach Amerika.

Au sich will die Aktion nicht viel besorgen, denn 5 Millionen sind bei dem Aktienkapital des Lloyd in Höhe von 80 Millionen ein kleiner Rest, der auf die Leitung der Gesellschaft nicht von Einfluß sein kann. Allerdings ist unklar, wie weit sonst noch Aktien in den Besitz amerikanischer Spekulanten übergegangen sind. Bedenklich ist der Vorgang immerhin, denn zu solchen Mitteln konnte nur in einer Zwangsversteigerung kommen und heute sehen wir unsere großen Schiffsahrtsgesellschaften, den Lloyd, für den die deutschen Steuerzahler 5 500 000 M. Subventionen aufbringen müssen, der Gefahr ausgesetzt, daß die Amerikaner die Gewinne einstreichen und schließlich auch Einfluß in der Verwaltung gewinnen.

## Kommunales.

### Stadtverordneten-Versammlung.

85. Sitzung vom Donnerstag, den 14. November, nachmittags 5 Uhr.

Der Vorsitzende Dr. Langerhans eröffnet die Sitzung um 1/2 12 Uhr.

Der Magistratsantrag wegen **Anlegung eines Steindepot-Platzes** auf dem städtischen Gelände zwischen Seestraße, Nordufer und Birchow-Krankenhaus hat der betr. Ausschuss abgelehnt. Er will nur 15 000 M. zur teilweisen Ausräumung des Steindepot-Platzes bewilligen; der Magistrat soll anderweitige Vorschläge event. für die Errichtung zweier kleinerer Plätze, je einer für alte und neue Steine, machen.

Der Ausschussantrag ist nur mit Stimmengleichheit zur Annahme gelangt.

Stadtbaumeister Krause tritt lebhaft für die Magistratsvorlage ein. Der Ausschussantrag genüge dem Bedürfnis nicht entfernt; die vorgeschlagene Trennung der zu lagernden Steine sei praktisch nicht durchführbar, die Notwendigkeit, daß der Lagerplatz direkt am Wasser liege, bestehe in dieser strittigen Form nicht. Wegen dem Platz zwischen Ammer- und Müllerstraße habe sich die Krankenhaus-Verwaltung ganz energisch ausgesprochen. Der Einwand, die Nähe des Steindepot-Platzes sei für das Birchow-Krankenhaus zu geräuschvoll, sei hinfällig, ein Steinplatz sei im Gegenteil eine sehr stille Nachbarschaft, denn die Steine reden nicht. (Geht über.)

Um 6 Uhr wird diese Verhandlung unterbrochen und der **neugewählte Stadtschulrat Gymnasialdirektor Professor Dr. Voigt** in sein Amt eingeführt.

Oberbürgermeister Kirschner verpflichtet den Gewählten und Bestätigt durch Handschlag am Eidesstatt auf sein städtisches Amt und trägt den neuen Magistratskollegen mit einer Ansprache, an

deren Schluß er die Hoffnung und den Wunsch ausdrückt, daß es ihm vergönnt sein möge, das Amt zur eigenen Befriedigung, zum Besten der Jugend und zum Segen der Stadt zu führen. (Beifall.)

Stadtver. **Langerhans** bewillkommt den neuen Stadtschulrat namens der Versammlung und hebt hervor, daß die jugendliche Thätigkeit und das umfangreiche Wissen des Gewählten gleichmäßig wirksam gewesen sind, die Wahl auf ihn zu lenken. Weiter weist der Vorsitzende darauf hin, daß auch manche traurige und erste Stunde des Gewählten harren werde, namentlich wo jetzt die Kirche ihren Einfluß auf die Schule gern ausdehnen und bei der Schulaufsicht mehr als bisher mitzureden haben möchte, während doch die Schulaufsicht und die gesamte Schulpflege nur durch Fachkräfte zweckentsprechend ausgeübt werden könnten. Sie aber sind mit uns von der Hoffnung, ja von der festen Zuversicht besetzt, daß wenn Wissenschaft und Bildung auf eine breitere Grundlage im Volke gestellt werden, dann auch die Aufklärung im Volke gleichen Schritt mit dieser Bildung halten muß. Das Licht der Aufklärung wird manche Finsternis beseitigen. (Beifall.)

Im Anschluß daran wird die Wahl eines befohlenden Stadtrats vollzogen. Gewählt wird Stadtrat Dr. Münsterberg.

An der hierauf wieder aufgenommenen Debatte über die Verlegung des Steindepot-Platzes beteiligen sich ferner Stadtver. Dinske (R. L.), der den Ausschussantrag befragt, Stadtr. Rast (R. L.), der die Vorlage empfiehlt, da die Krankenhaus-Verwaltung keinen Widerspruch mehr erhebe, das Einmischen von Ratten im Krankenhaus durch das Steindepot mindestens nicht gefördert werde und da anderweitige Plätze von genügender Größe nicht vorhanden seien.

Stadtver. **Dinske** (Soz.): Ich wohne zur Zeit in der Bankstraße, in der Nähe des jetzigen, zu verlegenden Steindepot. Aus eigener Erfahrung kann ich bezeugen, daß von einer Störung durch das An- und Abfahren der Steine absolut nichts zu merken ist. Das Ausladen auf dem vorgeschlagenen Platz selbst kann ebenfalls nicht störend sein, denn die nächsten Pavillons des Krankenhauses liegen mindestens 300 Meter entfernt. Die Krankenhaus-Deputation hat das ja selbst anerkannt, indem sie schließlich der Vorlage zugestimmt hat. Die Schwierigkeit der Anfuhr zum Steinplatz besteht auch nicht in dem Grabe, wie man dies behauptet. Das leidet der Angenehmheit, wenn man die Anfuhr der für das Krankenhaus benötigten Steine vom Kanal über das Nordufer nach den Baustellen beobachtet. Wieble nur noch die Sperrung der Seestraße. In diesem Punkte ist der Ausschuss einzig, die Offenhaltung für den Verkehr zu beschließen. Wir werden deshalb für die Vorlage mit den Amendements des Kollegen Rast stimmen.

In der Abstimmung wird nach einem langwierigen Streit über die Reihenfolge der Abstimmungen schließlich die Vorlage mit den Amendements Rast mit großer Mehrheit genehmigt.

Abgelehnt worden ist in der Ausschussberatung auch der Magistratsvorschlag, die taximäßigen Gebühren der Taxatoren bei der städtischen Feuer- und Wasser-Verwaltung zu erhöhen.

Die Debatte bezieht sich die Versammlung in gleichem Sinne. Die Vorbereitung der in gemeinschaftlicher Sitzung beider Gemeindebehörden zu bewirkenden Wahl von 8 Mitgliedern (und deren Stellvertretern) des Steuer- und Ausschusses der Gewerbesteuerklasse I für den Veranlagungsbezirk Berlin auf die Steuerjahre 1902—1904 wird einem Ausschusse von 10 Mitgliedern überwiesen.

**Die Händlingsbaracken in Neubieren und Heinerdors** sollen zu Schütterbaracken umgewandelt und eingerichtet werden und diese Arbeit unverzüglich begonnen und so beschleunigt werden, daß die freien Arbeiter, die an Stelle der bisherigen Händlingskommandos in den Administrations-Bezirken Großbeeren und Odors beschäftigt werden sollen, schon im Anfang 1902 gemietet und untergebracht werden können. Die dafür erforderliche Summe von 10 500 M. soll bewilligt und als Etatüberschreitung verrechnet werden.

Nach einer kurzen Diskussion, an der sich Stadtverordneten-Vorsteher Langerhans und Stadtrat Marggraf beteiligen, wird die Vorlage angenommen.

Für die

**Eingziehung der Kosten der Fürsorge-Erziehung** von den Jünglingen und den zu ihrem Unterhalt Verpflichteten und für die Berechnung des Staatszuschusses soll nach dem Vorschlag des Magistrats zunächst für 1901 und 1902 ein Einheitsfuß von 60 Pfennig festgesetzt werden. — Entsprechend der Vorlage des § 17 des Fürsorge-Erziehungsgesetzes vom 2. Juli 1900 legt der Magistrat ferner je ein Reglement für die Ausführung der Fürsorge-Erziehung und für die Verwaltung der städtischen Erziehungs- und Besserungsanstalten Lichtenberg, Kleinbeeren und Rummelsburg vor. Der Entwurf für das erstgenannte Reglement schießt sich genau dem vom Minister des Innern erlassenen Ausführungsbestimmungen an.

Stadtver. **Griffith** (R. L.) hält den Satz von 60 Pf. für zu niedrig. Die Anstalten, die derartige Pflegekinder in Pflege nehmen, hätten in jüngster Zeit ihre Sätze erheblich gesteigert. Da der Staat nur Zweidrittel erzeuge, so werde die Stadt sehr bedeutende Beiträge für diese Aufwendungen zuschießen haben. Zur weiteren Aufklärung sei Ausschussberatung nötig, der auch die Reglements unterworfen werden müßten.

Stadtver. **Stadthagen** (Soz.): Auch wir sind für Ausschussberatung. Die Materie ist eine der wichtigsten, über die die Stadtverwaltung überhaupt zu befinden hat. Das Gesetz bindet uns, aber durch das Reglement des Ministers sind wir nicht gebunden, und ich bedaure, daß der Entwurf sich so eng an das Reglement des Ministers anschließt, welches in der Hauptsache darauf hinaus will, die Ausbeutung der betr. Kinder in der Landwirtschaft möglichst wenig zu hindern. Es fehlt in dem Reglement jede vorbeugende Maßregel gegen die Ueberweisung an ungeeignete Familien; der Hinweis auf die religiöse Seite der Erziehung genügt doch nicht. Bei der Beratung im Abgeordnetenhaus hat man Fülle zur Sprache gebracht, wo politische Philantropen stattgefunden haben; wird hier die Religion ausdrücklich hineingesezt, so sind dergleichen Vorkommnisse nicht ausgeschlossen. Bei der Ueberweisung an Familien findet vielfach, besonders bei ländlichen Familien, eine Ausnutzung statt, welche nichts mehr von der Liebe zur Jugend erkennen läßt. Wir haben keine Veranlassung, nach derselben Richtung hin mit unserem Reglement zu wirken. Der Minister hat damals ausgeführt, daß die Jünglinge zu geisteten, brauchbaren Arbeitern, namentlich für die Landwirtschaft, erzogen werden sollen. Das kann uns von einem Minister in unserem preussischen Staats nicht wundern, aber dazu hat doch die Stadt und der Berliner Magistrat keine Veranlassung. Die Reglementsentwürfe schlagen aber ganz in dieselbe Kerbe; außerdem nehmen sie die Ueberweisung in die Hausindustrie in Aussicht, was ganz und gar nicht angemessen ist. Von der Fürsorge für Kranke, von ärztlicher Untersuchung kein Wort in dem Entwurf! Wir sollen doch die Erziehung dieser Kinder übernehmen, weil die Eltern nicht dazu im Stande sind! Ich bedaure, daß die Vorlage so spät an uns gelangt, woran der Wechsel in den Deputierten schuld ist; aber das darf uns nicht abhalten, die genaueste Prüfung einzutreten zu lassen. In den Ausschuss sollte der Magistrat auch Mitglieder der Schulverwaltung, nicht bloß der Wasserverwaltung delegieren. Auch bedürfen wir eines größeren statistischen Materials, um Reglements von solcher Tragweite zu erlassen. Die vorgelegten Entwürfe lehnen sich in höchstlicher Weise an die Ausführungsbestimmungen des Ministers, welche ich vorhin charakterisiert habe. Diese Bestimmungen haben für uns und irgend eine Gefesellschaft nicht.

Stadtrat **v. Friedberg**: Die Ausschussberatung wird ergeben, daß die vorgeschlagene Maßregel der vorzugsweisen Unterbringung der Kinder in Familienpflege die zweckmäßigste ist. Von einer Ausbeutung der Kinder oder von einer Verschlebung der Ausnutzung kann nicht die Rede sein; wie und ganz besonders ich würden sofort mit aller Energie in solchem Fall da-

gegen einschreiten. Ein Vorwurf gegen die Wasserverwaltung kann aus den Entwürfen absolut nicht hergeleitet werden.

Der Antrag auf Ausschussberatung der Vorlagen wird angenommen.

Den Eigentümern der Grundstücke Siegmundshof 6, 8 und 10 sollen für die ihnen aus der Höhelegung der Straße in Folge des Baues der Albenbach-Brücke erwachsenden Nachteile Entschädigungen von 25 000 bzw. 23 000 und 15 000 M. gezahlt werden.

Die Versammlung stimmt ohne Debatte zu. Eine lange Reihe minder wichtiger Vorlagen gelangen ohne Diskussion zur Annahme. Schluß gegen 8 Uhr.

## Sociales.

**Ein Rotlaufdantrag** unserer Parteigenossen wurde in der bremischen Bürgerchaft verhandelt. Er wurde nach sehr lebhafter Debatte einer Kommission zur Vorberatung überwiesen.

Auch im Stadiparlament von Frankfurt a. M. gab es eine Rotlaufdebatte. Genosse Quard hatte eine Interpellation eingebracht, worin die städtischen Behörden angefragt werden, was sie gegen die herrschende Arbeitslosigkeit zu thun gedächten und ob sie eine statistische Aufnahme über die Arbeitslosigkeit zu machen gedächten. Der Oberbürgermeister antwortete in seiner Antwort, zu der er noch Quards Begründung das Wort ergriff, eine ganze Reihe von „Anregungen“ auf, die der Magistrat den einzelnen städtischen Ressorts zur Beschleunigung geplanter Arbeiten gegeben habe. Herr Sonnemann regte die Gründung einer Arbeitslosenversicherung an. Beschlüsse wurden nicht gefaßt.

**Eine Arbeitslosenversammlung** fand am Dienstagnachmittag in Dresden statt. Die von etwa 2000 Personen besuchte Versammlung war für Dresden gewissermaßen ein Ereignis, das die Polizei seit Jahren alle Arbeitslosenversammlungen verboten hatte. Angezeigt war allerdings eine „Volksversammlung“. Ob's das Wort gethan hat? Die Versammlung nahm eine Resolution an, die von der Stadtverwaltung die Aufnahme einer Arbeitslosenstatistik, Inangriffnahme von Rotlaufarbeiten und sonstige Maßnahmen zur Steiner der Arbeitslosigkeit verlangte und die noch nicht organisierten Arbeiter zum Eintritt in die Organisation aufforderte.

**Die paritätischen Arbeitsnachweise der Buchdrucker**, die nach den Beschlüssen des Tarifausschusses in Zukunft an die Stelle der bisherigen, von den Einzelorganisationen selbständig betriebenen Arbeitsnachweise zu treten haben, begannen nach einer Bekanntmachung des Tarifamtes am 2. Januar 1902 ihre Thätigkeit. Das Tarifamt fordert deshalb die bisherigen Arbeitsnachweise auf, ihre Kataloglisten am 30. Dezember dem Verwalter des neuen Arbeitsnachweises zu übergeben, der von den Kreisämtern eingerichtet ist.

## Letzte Nachrichten und Depeschen.

### Hannoversche Straßenbahn.

Hannover, 14. November. (B. Z. B.) Die heutige außerordentliche Generalversammlung der „Hannoverschen Straßenbahn“, in welcher 590 Personen mit 14 652 Stimmen anwesend waren, nahm den Antrag des Aufsichtsrats und der Revisionskommission auf Zahlung von 25 Proz. pro Aktie gegen Ausbändigung von Gewinn-Anteilscheinen mit 11 294 Stimmen gegen 2843 Stimmen nach siebenstündiger Debatte an. Unter Voraussetzung der Annahme dieses Antrages hatte die Dresdener Bank bereits vorher ihre Vereinstätigkeit erklärt, falls die Barmittel zur Durchführung der Oberleitung nicht ausreichen sollten, den Fehlbetrag zu 4 1/2 Proz. Zinsen vorzuschießen, mit der Einschränkung, daß vor Tilgung dieses Vorschusses eine Dividende ohne Zustimmung der Dresdener Bank nicht verteilt werden dürfe.

### Glücklicher Kassenbeamter.

Budapest, 14. November. (B. Z. B.) Der Kassenbeamte des städtischen Steueramts Victor Reckemeth ist nach Unterschlagung von Steuergeldern im Betrage von 590 000 Kr. hängig geworden.

### Deputiertenkammer.

Paris, 14. November. (B. Z. B.) Das Haus vertrat die vom Senat zurückgelassene Vorlage betreffend die Regelung der Arbeitszeit der Bediensteten der Eisenbahnen, sowie die Altersversorgung derselben. Verseauz tritt für eine Gegenvorlage ein, durch welche die Dauer der Arbeitszeit auf 10 Stunden für je 24 Stunden beschränkt und nach 20 Dienstjahren eine mit der Zahl derselben steigende Altersversorgung gewährt wird. Finanzminister Gallixar betonte, man dürfe das Gleichgewicht im Budget nicht in Frage stellen. Die Gegenvorlage werde für den Staat neue Kosten und damit dort neue Steuern mit sich bringen. Verseauz erklärt die Behauptung der Eisenbahn-Gesellschaften für unrichtig, wonach seine Vorlage ein Mehr von 60 Millionen Ausgaben im Gefolge haben werde. Hierauf wird die Gegenvorlage Verseauz mit 338 gegen 87 Stimmen angenommen. Sodann wird durch Handaufheben eine Resolution angenommen, durch welche die Regierung aufgefordert wird, mit thunlichster Eile die Einbringung im Senat für die Vorlage Verseauz einzutreten. Auf Antrag Gallixar beschließt die Kammer, die Vorlage, betreffend die Deckung der Kosten der China-Expedition, am Montag zu beraten. Hierauf wird die Sitzung geschlossen.

### Mädchenraub.

Tanger, 14. November. (Weldung der „Agence Havas“.) Die Kabylen von Nemessorra, die dem Sultan zeigen wollten, daß sie zum Kampf bereit seien, stiegen in die Ebene hinab und griffen die Kabylen von Mesnuda an. Nach einem mühseligen Kampfe raubten sie 18 Mädchen und viel Vieh und steckten die Getreidefelder in Brand.

### Untergegangene Dampfer.

South Shields, 14. November. (B. Z. B.) Eine Hochsee-Depesche meldet: Der deutsche Dampfer „Kaiser“, von Shields nach Königsberg bestimmt, ist vergangene Nacht in der Nordsee untergegangen. Der Kapitän und dreizehn Mann von der Besatzung wurden gerettet, drei Mann sind ertrunken.

Philadelphia, 14. November. (B. Z. B.) Der Dampfer „Stella“ sah in der Nacht vom 7. November unter dem 41. Grade nördlicher Breite und dem 59. Grade westlicher Länge ein brennendes Schiff untergehen. Es schien eine Explosion stattgefunden zu haben. Von Mannschaft und Schiff wurde keine Spur gefunden. Der Kapitän der „Stella“ glaubt, das Schiff sei ein Dampfer gewesen.

Gießen, 14. November. (B. Z. B.) Vor der Strafkammer des hiesigen Landgerichts begann heute die Verhandlung gegen 26 Angeklagte aus Wiesbaden wegen Aufstiebs, Landfriedensbruchs, öffentlicher Beleidigung und groben Unfugs, begangen am 20. und 21. Mai d. J. vor und in dem katholischen Schulhaus in Wiesbaden. London, 14. November. (B. Z. B.) Bei den Schiffbrüchen, die in den letzten Tagen an den Küsten von Großbritannien infolge der dort wütenden Stürme vorliefen, sind, soweit bis jetzt festgestellt ist, 129 Personen umgekommen.

Rom, 14. November. (B. Z. B.) Das Parlament ist auf den 27. November einberufen.

Hierzu 2 Beilagen u. Unterhaltungsblatt.



**Zum Apotheken-Boycott.**

Das Stenogramm der „Einigungsverhandlungen“ vom 26. Oktober — vergleiche „Vorwärts“ Nr. 258 — ist nunmehr endlich der „Central-Kommission“ zugegangen, und diese ist daher jetzt in der Lage, die — Unrichtigkeiten aufzudecken, welche von Seiten der Apotheker und ihrer Hinterlassen inzwischen verbreitet wurden. Als Probe dafür ist besonders bemerkenswert ein Aufsatz der „Berliner Arbeiter-Korrespondenz“ (Nr. 44), schon deshalb, weil er ganz unzweifelhaft der Feder des Dr. Paul Meißner, des angeblichen „Unparteiischen“ auf Seiten der Apotheker entstammt. Als „Unparteiischen“ bezeichnet sich Herr M. in dem Aufsatz selbst, während allerdings seine Tätigkeit bei den Einigungsverhandlungen bewies, daß er von den Pflichten eines „Unparteiischen“ oder „Obmannes“ bei solchen Verhandlungen auch nicht die leiseste Abnung hat. Herr M. sah vielmehr offenbar seine Aufgabe darin, unter allen Umständen stets den jeweiligen Standpunkt seiner Auftraggeber zu vertreten — selbst auf die Gefahr hin, daß er sich dadurch mit eignen früheren Ausführungen in schroffen Gegensatz stellte.

Im Dienste dieser seiner Aufgabe schrieb Herr M. auch den Bericht für die „Berliner Arbeiter-Korrespondenz“ und behauptete darin nämlich:

„Es sei noch bemerkt, daß ein scheinbar absichtlich inszeniertes Mißverständnis der Massen die Diskussion über den Antrag des Vorsitzenden und der Obmänner sehr in die Länge zog.“

Im Fall einer Annahme dieses Antrages (der dahin ging, durch eine Enquete die Höhe der von einem „Rezepturrabatt“ zu erwartenden Ersparnis festzustellen, und zu untersuchen, ob auf andrem Wege eine ähnliche Ersparnis zu erzielen sei) nämlich müßte der Verechnung ein Rezepturrabatt von bestimmter Höhe zu Grunde gelegt werden. Die Apotheker schlugen, um die ganze Rechnung ausführlicher zu gestalten, vor, für dieses Rechenexempel einen Rabatt von 15 Proz. anzunehmen. Dieser Vorschlag wurde von Seiten der Massenvertreter dahin aufgefaßt, als hätten die Apotheker de facto einen Rezepturrabatt von 15 Proz. angeboten, davon war natürlich gar keine Rede, sonst hätte ja auch der erwähnte Antrag durchaus keinen Sinn gehabt.“

Das letztere ist ganz unzutreffend. In der Diskussion über die Anstellung der erwähnten Enquete sahen die Massenvertreter vorläufig von ihrer grundsätzlichen Stellung in der Frage des Rezepturrabatts ab und machten ihre Zustimmung nur davon abhängig, daß die Apotheker sich unter allen Umständen vorher bereit erklärten, ein „Äquivalent“ (gleichwertige Vergünstigung) für einen Rezepturrabatt in noch strittiger Höhe zu gewähren. Eine weitere Frage ist, ob die Massenvertreter wirklich, wie Herr M. behauptet, nur durch ein „absichtlich inszeniertes Mißverständnis“ zu der Annahme gelangen konnten, daß ein solches „Äquivalent“ in Höhe von 15 Proz. Rezepturrabatt seitens der Apotheker anfänglich bereits zugestanden sei. — und diese Frage kann gerade an der Hand des Stenogramms beantwortet werden.

Danach hat während der Einigungsverhandlungen Herr Dr. Meißner selbst ausgeführt:

„Die Herren (nämlich die Apotheker) haben also wohl den guten Willen, bei der Nachrechnung des Materials der Massen den Rezepturrabatt resp. auf andrem Wege diejenige Quote zu erreichen, die die Massen als wünschenswert annehmen. Ich nehme also an, daß die Herren Apotheker den Herren Vertretern der Massen zunächst überlassen, eine Quote nach vernünftigen Ermessen anzusetzen und wollen sich bemühen, diese Quote möglichst zu erreichen.“

Habe ich Sie recht verstanden?

(Zuruf von Seiten der Apotheker: Ja wohl!)  
Und als dann die Apotheker von den Massenvertretern aufgefordert wurden, ihrerseits die Quote zu präzisieren, antwortete schließlich Herr Margraff:

„Die heutige Forderung betrifft doch nur einen Rezepturrabatt, aber über die Höhe ist noch nicht debattiert worden. Es soll auf Vorschlag des Herrn Vorsitzenden und der Herren Obmänner ein Exempel gemacht werden, und um zu einem Resultat zu kommen, muß man doch das erforderliche Material haben. Uns stehen aber die Rechnungen der Krankenkassen und die betr. Verträge nicht zur Verfügung. Um nun aber zu einem möglichen Resultat zu kommen, würde ich es nicht für gerechtfertigt halten auf 25 Prozent zu beharren. Teilen wir doch, nehmen wir die größere Hälfte, also 15 Prozent — das ist wohl das höchste, was gewährt werden kann.“

Ja weiter, als dann die Frage auftauchte, ob von der „Kassentage“ oder der privaten Handverlausstätze ausgegangen werden solle, sagte Herr M. an, die Kassentage gemäß den Wünschen der Apotheker zu nehmen, dafür aber einen Rezepturrabatt von 20 Proz. der Rechnung zu Grunde zu legen.  
Supponieren Sie dies, und rechnen Sie die Quote der Ersparnisse aus, welche Ihnen nach Durchrechnung eines bestimmten Zeitabschnittes in einem Normal-Geschäftsjahr resultiert, und die Apotheker werden Mittel und Wege finden müssen, dies zu erreichen.“

Wir könnten diese Citate noch vermehren; wir wollen andererseits nicht verschweigen, daß bei ganz ruhiger und sehr sorgfältiger Durchsicht des Stenogramms — also bei einer Betrachtungsweise, für welche die erteilte mündliche Verhandlung keinen Raum gab — daneben vereinzelte Stellen zu finden sind, die vielleicht eine Deutung in dem zuletzt von den Apothekern geäußerten Sinne zulassen; in dem Sinne nämlich, daß nur eine Rechnung festgestellt werden sollte, nicht aber eine Quote für die von den Apothekern bewilligten Vergünstigungen.

Jedenfalls beweisen aber die oben citierten Stellen das eine ganz unüberleglich: es gehört in der That schon etwas dazu, wenn Herr Margraff am Schluß der Verhandlungen von „Verdrehungen“ und „Unterstellungen“ sprach und wenn Herr Meißner in dem oben wiedergegebenen Sinne von einem „absichtlich inszenierten Mißverständnis der Massen“ schreibt. Und ist es mehr als zweifelhaft, ob hier wirklich „Mißverständnisse“ obtarrten und ob nicht die Meinungsverschiedenheiten einfach dadurch zu erklären sind, daß die Wortführer der Apotheker verabsichtlich mit ihren letzten Zugeständnissen zu früh herausgeplatzt sind und dies Versehen dann nachträglich wieder gut machen wollten. Sind es aber „Mißverständnisse“, dann sind sie nicht hervorgerufen durch den bösen Willen der Massenvertreter, sondern durch die geradezu phänomenale Ungeschicklichkeit des Herrn Margraff, man kann vielleicht sogar sagen, durch seine gänzliche Unzulänglichkeit für solche Verhandlungen.

Herr Meißner aber kann mildere Umstände dieser Art für sich nicht geltend machen. Er hat — das beweisen die Citate — die Apothekerklärungen zunächst genau ebenso aufgefaßt, wie dies die Massenvertreter getan haben, als dann allerdings Herr Margraff diese Auffassung als irrig bekämpfte, daß Herr M. mit der Anempfindungslosigkeit des Polonus das Kamel für ein Miesel, und den Miesel für einen Elefanten erklärt. Das verleiht ihm aber nicht das Recht, den Massenvertretern, die glücklicherweise nicht mit solcher Stupidität ihre Auffassung ändern können, ein absichtliches Mißverständnis vorzuwerfen, weil — dieselben genau dieselbe Ansicht auch am Schluß der Verhandlungen vertraten, wie Herr Meißner am Anfang.

Es ist übrigens nicht das erste Mal, daß Herr Dr. Meißner, der als Herausgeber und Mitbesther eines medizinischen Annonzenblattes in engen geschäftlichen Beziehungen zu Apothekern steht, zu Gunsten der Apotheker in der medizinischen Presse das Wort ergreift. Bereits im Beginn des Kampfes wurde vielmehr Herr M. durch einen in der „Berl. Arbeiter-Korr.“ veröffentlichten Aufsatz in eine längere Diskussion mit dem Vertrauensarzt der „Central-Kommission“, Dr. Curt Freundberg, verwickelt. Im Verlaufe dieser Erörterungen erklärte Dr. Freundberg mehrere Zahlen,

die Herr Meißner angeführt und trotz Bemängelung aufrecht erhalten hatte, für falsch und erbot sich den Beweis dieser seiner Behauptung vor einem Forum (Gerichtshof) anzutreten. Herr Meißner aber ignorierte dies! Troy dieser Vorgesichte hält — das ist bezeichnend — die Redaktion der „Berliner Arbeiter-Korrespondenz“ es für journalistisch zulässig, einen Bericht des Herrn Meißner unkontrolliert und unredigiert in ihre Spalten aufzunehmen!

Für die Massen aber ergeben sich einige Lehren für die Zukunft. Sollten die Einigungsverhandlungen fortgesetzt werden, trotzdem sie ja gegenwärtig herzlich wenig Aussicht auf Erfolg bieten, so werden die Massenvertreter mit aller Entschiedenheit darauf zu dringen haben, daß auch der „Unparteiische“ der Apotheker, Herr Dr. Meißner, sich auf die seine Rolle beschränkt, und nicht, wie bisher, durch fortgesetztes rednerisches Eingreifen die Sachlage noch weiter verwirrt. Ferner aber sind die Massenvertreter es sowohl der Sache als sich selbst schuldig, zu verlangen, daß künftig alle nur irgend erheblichen Erklärungen der Apotheker sofort von ihnen selbst in authentischer Form zu Protokoll gegeben werden, damit im Zweifelsfalle eine sofortige Kontrolle möglich ist. Anders ist eben mit den Herren Margraff und Meißner nach den bisherigen Erfahrungen nicht zu verhandeln.  
C. Fr.

**XI. Generalversammlung des Deutschen Senefelder-Bundes.**

Antwessend auf der Versammlung, die am 10. und 11. November in Saalfeld tagte, waren 49 Delegierte, je 1 Vertreter des Vorstandes und der Kontrollkommission sowie 1 Vertreter des Vereines der Lithographen, Steinbruder und Berufsge nossen Deutschlands. Nach dem Rechenschaftsbericht des Vorstandes, den Dietrich-Frankfurt gab, war diese außerordentliche Generalversammlung nötig wegen der mit dem Vereine der Lithographen, Steinbruder und Berufsge nossen Deutschlands durch Uebertragung beschlossenen Gebietsabgrenzung, wonach der Senefelder-Bund die Meise-, Arbeitslosen-Unterstützung und Umzugskosten sollen läßt und dies dem Vereine der Lithographen, Steinbruder und Berufsge nossen Deutschlands überläßt. Im Rechenschaftsbericht wird weiter auf verschiedene Eingriffe der Behörden hingewiesen, welche teilweise darauf gerichtet sind, den Senefelder-Bund in seiner Tätigkeit zu hindern und zu verbieten, ehe selbiger nicht die staatliche Genehmigung als Versicherungs-Gesellschaft nachgefragt habe. Eine vom Vorstand nachgesuchte Genehmigung als Versicherungsgesellschaft ist von den Behörden nicht genehmigt resp. blieb bis jetzt seit 1899 unberücksichtigt. Zur Zeit schwebt dierüber eine Berufungsklage in Halle wegen eines von der Polizei verfügten Strafmandates.

Nach dem vorliegenden Kassensbericht hatte die Allgemeine Unterstütkungs-Kasse des Bundes seit 1. Oktober 1899 bis 1. April 1901 eine Gesamtsumme an Beiträgen und Eintrittsgeldern von 211 806,30 M. dazu ein Bestand von 89 650,49 M., so daß eine Gesamtsumme von 301 456,79 M. zu verzeichnen war. Dem steht eine Ausgabe von 200 231,35 M. gegenüber. Bestand am 1. April 1901 101 225,47 M.

Die Allgemeine Jubiläumskasse verzeichnete in derselben Zeit an Beiträgen z. B. 688,20 M., dazu ein Bestand vom 1. Oktober 1899 von 170 712,70 M. Dem steht eine Ausgabe von 37 583,89 M. gegenüber, so daß hier am 1. April 1901 ein Bestand von 133 128,81 M. zu verzeichnen war.

Der Mitgliederbestand betrug am 1. November 1901 7970 Mitglieder; gegen 1. Oktober 1899 eine Zunahme von 1418 Mitgliedern.

Von den angenommenen Beschlüssen ist zu erwähnen, daß der Gebietsabgrenzung wegen die Altersgrenze zum Eintritt von 40 auf 30 Jahre herabgesetzt wurde. Bis zum 1. Juli 1902 werden noch Mitglieder bis 40 Jahre aufgenommen. Die in Frage der Gebietsabgrenzung im Prinzip angenommene Abstammung legte fest, daß im Senefelder-Bund Kranke, Jubilanten und Witwen-Unterstützung sowie Sterbegelder gezahlt werden. Einige darauf hinzielende Anträge, Arbeitslosen- und Meise-Unterstützung sowie Umzugskosten einzuführen resp. beizubehalten, wurden gegen 1 Stimme abgelehnt.

Der Beitrag bleibt in alter Höhe (50 Pf. pro Woche) bestehen. Um den Lebenswirdigkeiten der Behörden zu entgegen, wurde im Statut der Posten ausgenommen: Unterstützung „lamm“ gezahlt werden. Ebenso wurden Bestimmungen getroffen, daß alle Unterstützungen „freiwillige“ sind und den Mitgliedern kein Klagbares Recht darauf zusteht.

Neben dem bisher angestellten Beamten Dietrich-Frankfurt wurde als zweiter Beamter Lange-Offenbach mit 2000 M. jährlich angestellt. Die nächste Generalversammlung findet in drei Jahren in Saalfeld statt. Wegen der mit den streitigen und andern ausländischen Vereinen bestehenden Gegenseitigkeit wurde beschlossen, den Ostern 1903 in Wien tagenden Kongreß der streitigen Vereine graphisch zu fördern mit einem Delegierten zu beschicken.

Der Vertreter des Vereines der Lithographen, Steinbruder und Berufsge nossen Deutschlands, Siller-Berlin, gab zum Schluß seine Freude über die gefassten Beschlüsse kund. Dadurch ist der dauernde Friede zwischen beiden Organisationen gesichert. Im Schlußwort des Vorsitzenden der Generalversammlung, Mähring-Berlin, äußerte auch dieser sich in zustimmendem Sinne.

**Partei-Nachrichten.**

**Parteiliteratur.** Im Verlage der Buchhandlung Vorwärts erscheint in nächster Zeit eine Agitationschrift: **Krach, Krise und Arbeiterklasse.** Von G. Verhard. Schon auf dem Lübecker Parteitag sollte die Krisenfrage zur Erörterung gebracht werden, an der Ueberlastung der Tagesordnung ist der Antrag gescheitert. Unterdessen hat die Krisis leider noch an Bedeutung gewonnen, ihr Verheerungskreis erweitert sich von Tag zu Tag. Da ist es wohl angebracht, in einer zusammenfassenden Schrift die Grundüberlegungen der bürgerlichen Gesellschaft zu erörtern, die Korruption der bürgerlichen Presse, den Zusammenhang der Hypotheken- und Bankwünder mit der frommen Hoffliques und neben diesen Erscheinungsformen die Ursachen der Krisis, ihre Einwirkung auf die Lage der Arbeiterklasse und daneben die Aufgaben, welche der gewerkschaftlichen Organisation wie der politischen Agitation gestellt sind.

**Gemeindevahlen.** In Fürstenaalder a. d. Spree ergielten die Parteigenossen einen bedeutenden Wahlungserfolg. Unsere drei Kandidaten erhielten 194 bis 177 Stimmen, während die bisherigen Vertreter mit 300 bis 385 Stimmen wiedergewählt wurden. Im Jahre 1897 hatten wir bis 80 Stimmen, während 1899 von einer Befähigung ganz abgesehen wurde.

In Eisenberg (Sachsen-Altenburg) erhielten die beiden socialdemokratischen Kandidaten 142 und 137 Stimmen, die Gegner 150 und 142. Es mußte um ein Mandat gelost werden, das leider zu Gunsten des Gegners entschied.

In Gieschenda (Schwarzburg-Sonderhausen), berührt geworden dadurch, daß dort den Mädchen der Wirtschäufelbesuch verboten ist, wurde ein Parteigenosse in den Gemeinderat gewählt.

In Hagen in Westfalen wurde der Genosse Weis als erster Socialdemokrat in das Stadterordneten-Kollegium gewählt. In Marienfeld-Dhligs behaupteten unsere Genossen ihre beiden Mandate. In dem Dorfe Sieker bei Wieselried eroberten unsere Parteigenossen ein Mandat in der dritten Klasse und blieben in der zweiten Klasse nur um eine Stimme hinter dem siegreichen Gegner zurück.

Einen opferwilligen und tapferen Mitkämpfer dürften die Parteigenossen in Reichenbach in Sachsen in der Person des Genossen Robert Müller verloren haben. Müller entfernte sich dergangenen Sonnabend aus seiner Wohnung, um noch etwas frische Luft zu schnappen“ und ist bis jetzt nicht wieder zurück.

gekehrt. Inzwischen ist ein von ihm geschriebener und aus Hamburg datierter Brief eingetroffen, in welchem er Abschied von seinen Angehörigen nimmt und mittelt, daß er sich ein Leid antun will. „Ich bin lebensmüde“, schreibt er, „und gehe weg. Komme niemand daher. Geht Euch weiter durch und seit einig! Mein Lebenszweck war, allen zu helfen, doch reichten dazu die Kräfte nicht. Ich habe schon lange genug gelebt und viel gearbeitet!“

Alle Nachrichten nach dem Verschwindenden waren bisher erfolglos und die Annahme, daß er sich das Leben genommen, ist kaum noch von der Hand zu weisen.

Genosse Müller, der in den nächsten Tagen sein 59. Lebensjahr vollenden würde, der den größten Teil seines Lebens hinter dem Handwebstuhl zugebracht hat, hat sich um die Parteibewegung des gesamten Voglandes sehr verdient gemacht. Er war Vertrauensmann der socialdemokratischen Partei des 22. Reichstags-Wahlkreises, so lange diese Einrichtung bestand. Während des Socialistengesetzes landbierte er mehreremal zur Reichstagswahl und lehnte nur selbst eine Wiederaufstellung ab. Dem Stadterordneten-Kollegium in Reichenbach gehörte er seit 1870 periodenweise, seit 1891 aber ständig an. In diesem seinem Wirkungskreis hat er eine große Tätigkeit entfaltet und manche praktische Anregung gegeben, der man auch Folge leistete.

Die Genossen von Reichenbach und Umgegend verehrten in Müller seit vielen Jahren ihren weisgemäßigten Berater und Führer.

**Von der Agitation.** Auf einer Agitationstour durch Schleswig-Holstein, welche durch wichtige Abstimmungen im Berliner Notend Hause mehrmals unterbrochen wurde, sprach Genosse Adolf Hoffmann in folgenden Orten: Eutin, Tychow, Kägedorf, Segeberg, Lauenburg, Schiffbeck, Tönning, Tonzen, Sülsum, Wüdelndorf, Rendsburg, Flensburg, Hadersleben, Schleswig, Kappeln, Neumünster, Kiel, Elmshorn und Glückstadt vor überall gut besuchten, teilweise überfüllten Versammlungen. In einer Reihe von Versammlungen, in welchen Genosse Hoffmann über den Drotwucher sprach, wurden Resolutionen in scharfster Fassung gegen den neuen Zolltarif und die nimmererliche Habgier der Junker angenommen, sowie auch die Petition gegen den Drotwucher mit zahlreichen Unterschriften versehen, die auch besonders in der Gegend von Sülsum von Klein- und Großbauern bereitwillig unterschrieben wurden. In Tönning und Tonzen, in welchen Genosse Hoffmann über das Thema „Durch Bildung zur Macht“ sprach, wurden Bildungsvereine gegründet, zu denen sich zahlreiche Anwesende sofort zum Eintritt meldeten, so daß auch hier an der nordischen Wasserfront Vorposten für Verbreitung der socialdemokratischen Lehren geschaffen sind. Ganz besonders interessant gestaltete sich die Versammlung in Hadersleben dicht an der dänischen Grenze, einer Stadt mit einer fast ganz dänischen Bevölkerung, hier sprach Genosse Hoffmann über „Vaterlands-Liebe“. Minutenlange Unterbrechungen durch stürmischen Beifall zeigten, daß es der Referent verstand, den Zuhörern aus dem Herzen zu sprechen, besonders als er den Kollerturs und die neuesten Kundgebungen unter der Stichmarke „Der Kollerturs“ — der „Kollerturs“ scharf geißelte, war der Beifall einseitiger. Da Hadersleben (1. Schleswiger Wahlkreis) infolge Ablebens des dänischen Abgeordneten vor einer Neuwahl zum Reichstage steht, hoffen die dortigen Genossen von der Versammlung eine nachhaltige Wirkung. In Flensburg, wo Genosse Hoffmann am Mittwoch, den 6. Novbr., sprach, endete die Versammlung mit einem begeisterten dreifachen Hoch auf das Klassenbewußte Berliner Proletariat. Durch freundliche Vermittlung eines Berliner Genossen hatte Genosse Hoffmann telegraphisch die Nachricht über den Ausfall der Berliner Stadterordneten-Wahl erhalten, dessen Verkündigung einen wahrhaft stürmischen Jubel hervorrief. Die Schleswig-Holsteiner Genossen sind, wie vor allem die Berichte in der „Nieler Volkszeitung“ beweisen, mit den Resultaten der Agitationstour sehr zufrieden und erwarten eine nachhaltige Wirkung.

**Aus dem Parteileben.** Der socialdemokratische Vereine von Ottenen hatte im letzten Jahre, wie in der Generalversammlung berichtet wurde, eine Einnahme von 6704 M. und eine Ausgabe von 5324 M. In der Versammlung führte dann der Bericht über die Aufhebung der Ausschließung des Genossen Winkelmann durch das Schiedsgericht zu längeren Auseinandersetzungen. Durch die Aussprache wurde die Sache schließlich als erledigt angesehen.

Der socialdemokratische Vereine für den 2. Hamburgischen Wahlkreis hatte im 3. Quartal d. J. eine Einnahme von 5796 M. und behielt einen Kassensbestand von 3250 M. Es wurde deshalb beschlossen, 2000 M. an die Hauptkasse in Berlin abzuführen und 500 M. dem Agitationskomitee für die Provinz zu bewilligen.

Eine Kreisversammlung für den ersten schlesischen Reichstags-Wahlkreis (Buzgen) erklärte sich einstimmig mit den Beschlüssen des Parteitages einverstanden. Die Einnahmen des Kreis-Vertrauensmannes betragen 737 M. Es wurden eine größere Anzahl öffentlicher Protestversammlungen gegen die Chinopolitik und gegen den Drotwucher abgehalten. Flugblätter wurden 30 000 und Kalender 6500 verteilt.

Auch eine Parteiverammlung in Gera erklärte sich mit dem Beschlüssen des Lübecker Parteitages einverstanden.

**Für Agitation unter den Dänen.** In Rücksicht auf die Bedürfnisse der Arbeiter dänischen Stammes in Schleswig führt die Buchhandlung der „Schleswig-Holsteinischen Volks-Zeitung“ von jetzt ab auch dänische Parteiliteratur und offeriert deshalb besonders empfehlenswerte Werke im Annoncenteil.

**Zurücknahme einer Klage.** Wegen der am 24. Juli d. J. von den Genossen Siebert und Reich in Raruberg gegen den Genossen Schern erhobenen Beschuldigungen hatte letzterer Weleidigungsklage erhoben. Durch die Intervention der socialdemokratischen Landtagsfraktion wurde jedoch Schern bestimmt, die Klage zurückzugeben. Die Sache wird nur vor einem Partei-Schiedsgericht, das in den nächsten Tagen zusammentreten wird, verhandelt werden.

**Polizeiliches, Gerichtliches u. s. w.**

— **Die baupolizeiliche Bedenklichkeit öffentlicher Angelegenheiten.** In Krefeld bei Reiz war eine Abteilung des Socialdemokratischen Vereines für den Reizer Kreis gebildet und wollte am 10. November eine Vereinsversammlung abhalten. Der Einberufer erhielt auf die Anmeldung folgenden Bescheid: „Amtsvorstand in Gladitz, Gladitz, den 8. Nov. 1901. Herrn

Auf die Anmeldung einer Versammlung des politischen Vereines „Socialdemokratischer Vereine für den Reichstags-Wahlbezirk Rammberg-Weihensfeld-Feig, Zahlstelle Krefeld“ für den 10. November, nachmittags 3 Uhr, im Rudeschen Restaurant in Krefeld wird hiernit mitgeteilt, daß, falls in der Versammlung öffentliche Angelegenheiten erörtert (werden) oder Nichtmitglieder Zutritt haben, die Versammlung hiernit polizeilich untersagt werden muß, indem die Rudeschen Lokalitäten als zu öffentlichen Versammlungen ungeeignet erscheinen.  
Der Amtsvorsteher,  
H. Otto.“

Die Versammlung eines Vereines wird selbstverständlich noch nicht dadurch zu einer öffentlichen, daß eine oder die andre Person zugelassen wird, die noch nicht Mitglied ist; es kann auch ebenso selbstverständlich einem politischen Vereine nicht untersagt werden, öffentliche Angelegenheiten zu erörtern. Die Erörterung öffentlicher Angelegenheiten ist ja der Zweck eines politischen Vereines. Das merkwürdigste an der Verfügung ist aber, daß das Lokal d a n n als ungeeignet zu der Versammlung gelten soll, wenn öffentliche Angelegenheiten darin erörtert werden sollen.

Ein Lokal kann aus bau- oder gesundheitspolizeilichen Gründen zur Ansammlung einer großen Menschenmenge ungeeignet sein; es kann sogar aus solchen Gründen ungeeignet sein zur Ver-



anstellung eines Langvergnügens. Aber wenn es von der Welprechtung beispielsweise eines Langvergnügens nicht einfällt, dann kann es doch von der Welprechtung einer politischen Angelegenheit auch nicht einfallen.

Die sozialdemokratische Agitation hat zwar schon die sonderbarsten Polizei-Einfälle zur Folge gehabt, aber Hausereinfälle noch nicht.

Durch einen kritischen Bericht über eine Gerichtsverhandlung soll der Redakteur der „Rhein. Westf. Arbeiter-Ztg.“, Genosse L. Scheibe, einen Zeugen, den Gerichtsberichterstatter der „Tremonia“ beleidigt haben und dafür wurde er vom Schöffengericht zu 30 M. Geldstrafe verurteilt. Es hatte sich in der fraglichen Verhandlung um den Genossen Ledius gehandelt. Durch eine Notiz darüber in der „Tremonia“ war Scheibe erst zu seinem angeblichen beleidigenden Artikel veranlaßt worden.

### Gewerkschaftliches.

#### Lohnherabsetzungen und Arbeitszeit-Verkürzungen.

Ein Bild darüber, wie in den Zeiten der Krise das Unternehmertum es versteht, den Profit hochzuhalten und das sogenannte Unternehmer-Risiko auf die Arbeiterkraft abzuwälzen, geben die von allen Seiten einlaufenden Meldungen über Lohnherabsetzungen und Arbeitszeit-Verkürzungen.

Wie wir schon berichteten, verteilt die Aktiengesellschaft für Eisengießerei und Maschinenfabrikation vorm. Freund u. Co. zu Charlottenburg trotz schlechten Geschäftsganges eine Dividende von 12 Proz. Wenige Tage, nachdem dieser Beschluß gefaßt war, wurde den ca. 600 Arbeitern des Betriebes bekanntgegeben, daß vom 4. November ab eine zehnprozentige Lohnkürzung eintreten werde, obgleich die Löhne der genannten Firma nicht zu den hohen zu rechnen sind.

In der Emailier-Anstalt „Silesia“ zu Breslau beschäftigt man, allen Arbeitern die einen Stundenlohn von 20 Pf. und mehr verdienen, zehn Prozent vom Lohn abzuziehen, bei den Accordarbeitern machen die Abzüge bis zu 40 Prozent aus. Diese Abzüge werden ebenfalls begründet mit der schlechten Lage des Geschäftes. Die Arbeiter haben dort allerdings vom schlechten Geschäftsgange bisher nichts gemerkt. Es werden immer neue Emailier-Öfen aufgestellt, Ueberstunden eingelegt und Nachtarbeit verrichtet. Auch ist kein Lager vorhanden.

Aus den Düsseldorf-Fabriken werden Lohnabzüge über Lohnabzüge gemeldet. Das Pledboeffische Werk daselbst hat jetzt folgenden Kllas angeschlagen:

Da es uns nicht möglich ist, unsere Erzeugnisse zu Preisen zu verkaufen, welche nicht bedeutende Verluste mit sich bringen, sind wir genötigt, nochmals fünf Prozent abzuziehen. Auch sind wir gezwungen, wegen Mangel an Arbeit die Woche nur vier Schichten zu machen. Wer unter diesen Verhältnissen nicht arbeiten will, kann sofort seine Papiere bekommen.“

Nochmals fünf Prozent! Im Vorjahr wurden nämlich schon einmal fünf Prozent abgezogen; macht zusammen zehn Prozent. Dazu kommen 33/3 Proz. Abzug für zwei ausfallende Arbeitstage, so daß das Einkommen der Arbeiter bei Pledboeff, wo der durchschnittliche Tagelohn 3,50 M. beträgt, sich um mehr als 40 Proz. vermindert hat.

Bei der Firma Krupp wurde ca. 40 Leuten in der Sachschendeherei gefündigt, daneben wurde aber in der fünften mechanischen Werkstatt eine höchst originelle Strafform eingeführt. Wer nämlich von den Hilfsarbeitern dortselbst am Montag zu spät kommt, darf dafür die ganze Woche keine Ueberstunden machen. — Offenbar eine neue Krupp'sche Wohlfahrts-Einrichtung!

Die Alsen'sche Portland-Cement-Fabrik in Uetersen hat den Klinkerschleibern 20 Proz. abgezogen. Auch den Klinkern- und Kohlenanfchiebern sind bedeutende Abzüge gemacht worden. Da auch die Arbeitszeit im Winter auf acht Stunden herabgesetzt ist, trifft der Lohnabzug die Arbeiter um so schwerer.

Die Braunschweiger Maschinenbau-Anstalt setzte im Einverständnis mit den Arbeitern die Arbeitszeit auf 6 Stunden täglich fest, nicht im Einverständnis mit denselben drückte sie aber auch die Arbeitslöhne auf 28—30 Pf. pro Stunde herab, ja, den Lehrlingen, denen je nach Dauer ihrer Lehrzeit Schichtlöhne von 50 Pf. bis 1 M. gezahlt werden, sind von ihrem Verdienst bei Einführung der kürzeren Arbeitszeit genau nach Stunden berechnete Lohnabzüge gemacht worden! Dabei zahlte diese Fabrik ihren Aktionären im letzten Berichtsjahr noch 20 Prozent Dividende gegen 18 Prozent im Vorjahr.

Gegen die Arbeitszeitverkürzungen an sich wird sich kaum etwas einwenden lassen, wenn dieselben lediglich den Zweck haben, Massenentlassungen von Arbeitern während der Krise zu vermeiden. Wenn es aber nun schon schlimm genug ist, daß die Arbeiter die Kosten dieser Arbeitszeitverkürzung aus eigener Tasche zu tragen haben, während sie an dem Gewinn während der glänzigen Konjunktur keineswegs in gleicher Weise partizipierten, so zeugen die Herabsetzungen der Stundenlöhne bei gleichzeitig verkürzter Arbeitszeit von einem derartig tiefstehenden sozialen Empfinden untes Unternehmertums, daß uns die parlamentarische Aussmachsähigkeit fehlt, ein solches Gebahren genügend zu kennzeichnen. Und dabei sehen wir solche Lohnkürzungen teilweise bei Werken erfolgen, wo der durch die Krise verursachte Notstand noch keineswegs seine Werten bis in die Kreise von Aufsichtsrat und Aktionären geschlagen hat. Die Phrase vom Unternehmerrisiko zerfällt an den nackten Thatfachen; auch das Risiko schlechten Geschäftsganges trifft den Arbeiter mindestens ebenso wie den Unternehmer, wenn das Unternehmertum es nicht gar versteht, dieses Risiko auf den Arbeiter allein abzuwälzen.

#### Berlin und Umgegend.

##### Händler und Händlerinnen!

Wie Ihr alle wißt, ist unsre Lage durch die heutige Krise eine der elendesten. Außerdem droht und immer noch das Gespenst der in Aussicht genommenen Polizeiverordnung, welche geeignet ist, das bisherige Existenz, welches wir heute noch haben, zu vernichten. Der Kommission ist es durch eifrige Agitation gelungen, die Gegner, welche glaubten, uns mit einem Schlag vernichten zu können, zum Stillschweigen zu bringen. Aber diese scheinbare Ruhe ist nur die Ruhe vor dem Sturm.

Die unterzeichnete Agitations-Kommission der Händler und Händlerinnen appelliert nun an die Kollegen und Kolleginnen, sie in ihrem schweren Kampf zu unterstützen, indem alle etwaigen Beschwerden über ungerechtfertigte Schädigung im Handel der Kommission mitgeteilt werden, damit derselben bei geeigneter Gelegenheit genügend Material zur Verfügung steht. Ferner ersucht die Kommission die Kollegen und Kolleginnen, sich der Organisation der Händler anzuschließen, welche unter dem Namen „Verein der zielbewußten Händler und Geschäftsinhaber Berlins und Umgegend“ existiert. Nur durch eine starke, geschlossene Organisation ist es möglich, etwas zu erreichen.

In einer demnächst stattfindenden öffentlichen Versammlung sollen die Zwecke und Ziele dieser Organisation erörtert werden. Agitiere jeder schon heute für den Erfolg dieser Versammlung!

Die Agitationskommission der Händler und Händlerinnen Berlins und Umgegend. J. A. P. Trunsch, Köderstr. 2.

#### Deutsches Reich.

Aufs Pfaffen geworfen wurden die sämtlichen Arbeiter der Schiffswerft von Vlohm u. Voh in Hamburg, welche die bekannte Lage auf Schadenersatz wegen der Aussperrung der Werftarbeiter gegen die Werksbesitzer, auch gegen Vlohm u. Voh, angefordert haben. Es handelt sich um sechs Arbeiter, die in den letzten Tagen entlassen worden sind. — Werden die Herren Werksbesitzer auch auf die bevorstehende Massenlage

wieder mit einer Massenansperrung antworten? Vielleicht bringt man in einer nächsten Justizhandlung auch noch einen Paragraphen an, der den Arbeitern in Lohnstreitigkeiten das Recht der Zivilklage absperrt!

Bei der Gewerbegerichtswahl in Höchst a. M., welche am Dienstag, den 12. d. M., stattfand, wurde die Arbeitnehmerliste des Gewerkschaftsartikels glatt gewählt. Von 998 eingetragenen Wählern übten 412 ihr Wahlrecht aus. Außerdem wurden acht Kandidaten der Arbeitgeberliste des Gewerkschaftsartikels neben vier des freisinnigen Gewerbevereins zu Besitzern gewählt.

Achtung, Holzarbeiter! Ueber die Firma S. Jürgens in Braunschweig ist die Sperre verhängt. — Arbeiterfreundliche Blätter werden um Abdruck gebeten.

In einen Abwehrstreik wegen Lohnabzugs sind die Handschuhmacher der Firma Müller in Arnstadt getreten. Eine versuchte Einigung scheiterte an der Hartnäckigkeit der Fabrikanten. Einige Richtverbandsmitglieder haben sich mit den Streikenden solidarisch erklärt.

Die Buchdrucker-Gehilfen in Amdach haben erklärt, daß sie wegen Ungunst der Zeiten auf eine Erhöhung des Lohnzuschlages verzichten. Sie fürchten nämlich, daß sonst viele Amdacher Druckaufträge an Nürnberg verloren gehen würden und sie ihre Stellungen verlieren könnten.

#### Ausland.

##### Internationales Vergarbeiter-Komitee.

Auf starkes Drängen Lamendinis des Vertreters im internationalen Vergarbeiter-Komitee, hat sich nach einer umzuwendenden Privatmeldung endlich der Sekretär desselben W. Bickard-Barney entschlossen, daselbe nach einem englischen Kistenort für diese Woche telegraphisch einzuberufen. Der deutsche Vergarbeiter-Verband hat L. Schröder und G. Müller dahin delegiert.

#### Aus der Frauenbewegung.

Im Verein für Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse hielt am Montag Herr Dr. Bentler ein sehr interessantes und mit lebhaftem Beifall aufgenommenes Referat über die Alkoholfrage. Die nächste Vereinsversammlung findet am 25. November in den Arminkäulen, Kommandantenstr. 20, statt. Herr Dr. J. Hirschfeld wird über die Hygiene des Kindes referieren. Gäste willkommen. Der Vorstand.

Die Forderungen der Diensthöten, wie solche seit längerer Zeit in der Öffentlichkeit vertreten werden, wird der Verein der Berliner Diensthöten und Diensthöten in einer Petition dem Reichstag unterbreiten. Er erhielt den Auftrag dazu von einer öffentlichen Versammlung von Diensthöten und Hausfrauen, in der Frau Marquardt und Frau Deutsch die Forderungen nochmals verteideten und begründeten. Die wesentlichsten dieser Forderungen, die auch von der Sozialdemokratie längst vertreten worden sind: Abschaffung der Gefinde-Ordnung, Abschaffung der Diensthöden, Kranken- und Unfallversicherung für Diensthöten, Ausdehnung der Zuständigkeit der Gewerbegerichte auf Streikigkeiten aus dem Dienstverhältnis.

Die Petition wird im Reichstag die Zustimmung der Sozialdemokraten, aber keiner anderen Partei finden.

In der erwähnten Versammlung soll es zu heftigen Auseinandersetzungen zwischen Diensthöten und Hausfrauen gekommen sein. Es wird ferner berichtet, daß die industrielle Krise den Mangel an Diensthöten stark beeinträchtigt habe, da sich jetzt massenhaft Arbeiterinnen um Dienststellen bewürben. Wenn das richtig ist — und es hat viel Wahrscheinlichkeit für sich — dann dürfte auch die Begleichung mancher „Hausfrau“ für Besserstellung der Diensthöten gar bald verrauchen.

#### Versammlungen.

Eine öffentliche Tabalarbeiter-Versammlung fand am Dienstag bei Könnemann, Brunnstr. 188, statt. Die Versammlung erhob sich zunächst zu Ehren des verstorbenen Genossen Dr. Schoenlant von ihren Plätzen. Rosenthal nahm dann das Wort zur Abrechnung. Nachdem dieselbe verlesen und von den Revisoren ihre Richtigkeit bestätigt worden war, erfolgte seitens der Versammlung die Denkmals-Erteilung. Sodann erstattete Kollege Butry den Bericht über die bisherige Thätigkeit der Kommission. Er berührte dabei den Streik der Hünserwälder Kollegen, sowie denjenigen der Firma Schefflenberg, den von Nordhausen, den Sortierereistreik der Firma Juhl usw. Der Bericht gipfelte darin, daß die Thätigkeit der Kommission trotz der ihr gezogenen engen Grenzen und der geringen Beteiligung an der roten Karte wohl eine zufriedenstellende gewesen sei. Nachdem die Versammlung Kenntnis davon genommen, wurde ein Antrag Dehand angenommen. Derselbe lautet: Die heutige öffentliche Versammlung der Tabalarbeiter Berlins beschließt von einer Wiederwahl der Kommission Abstand zu nehmen und die bisherigen Arbeiten dieser Kommission den Bevollmächtigten des Tabalarbeiter-Verbandes zu übertragen. Um aber mit der gesamten Arbeiterschaft Berlins in ständiger Fühlung zu sein und so vorkommendenfalls die Interessen der Tabalarbeiter nach jeder Richtung hin wahren zu können, werden die jeweiligen Delegierten zur Gewerkschaftskommission zu Vertrauensmännern erhoben.

Bezüglich der Vertreter der Tabalarbeiter in der Gewerkschaftskommission führte dann Rosenthal noch an: Die Tabalarbeiter hätten bereits eine Mitgliederzahl von ca. 600 und wären berechtigt, laut Reglement der Berliner Gewerkschaftskommission, sich in derselben durch einen zweiten Delegierten vertreten zu lassen. Er unterbreitet der Versammlung einen dementsprechenden Antrag, welcher angenommen wird. Als zweiter Delegierter wurde Butry gewählt. Zum Schluß forderte Kiesel die Anwesenden auf, für die noch circa 300 ausgesperrten Tabalarbeiter in Nordhausen thätig weiter zu sorgen, damit dieselben vor der größten Not bewahrt bleiben. Abdann machte er noch aufmerksam, daß man jedenfalls bei der Beratung des Holzarbeiter auf den Tabak mit einer neuen Steuer bedenken wird. Mit der Aufforderung, energisch gegen eine jede Belastung des Tabaks Stellung zu nehmen und sich zur Wahrung der Berufsinteressen im Deutschen Tabalarbeiter-Verband zusammenzuschließen, schloß der Vorsitzende die Versammlung.

Der Verband der Graveurs und Eislerer hielt am 3. November eine Mitgliederversammlung ab. Vor Eintritt in die Tagesordnung erhob sich die Versammlung zu Ehren des verstorbenen Mitgliedes Herrn Kadärg sowie des verstorbenen Genossen Bruno Schoenlant von den Plätzen. Unter Geschäftlichem wurde der von Hoffmeister verfaßte Leitartikel in Nr. 21 des Jahrgangs stark kritisiert. Hierzu stellte Kollege Siwert folgende Resolution: Dem Delegierten zur außerordentlichen Generalversammlung ist ein ungebundenes Mandat zu dem Zwecke gegeben, auf der Generalversammlung zu Tage tretenden besseren Ansichten Gehör zu schenken. Gehehen derartige Einwürfe nicht, so erwartet die heutige Versammlung von den Vertretern der hiesigen Zunftstelle eine mohnhafte Vertretung aller angenommenen und eine ebenfalls so entscheidende Bestätigung aller in hiesiger Zunftstelle abgelehnten Anträge. Die Resolution wurde mit großer Majorität angenommen. Hoffmeister gab den Bericht über die in einzelnen Werkstätten von der Agitationskommission vorgenommene Revision. Da Hoffmeister sein Amt in der Agitationskommission niederlegte, eine Neuwahl aber nicht zu stande kam, wurde dieselbe bis zu einer der nächsten Versammlungen vertagt. Abdann wurde der Bericht des Gewerkschafts-Delegierten von Bräuner und dem Vertreter desselben, Keiling, gegeben. Zum Bericht der Bibliothekare ist zu bemerken, daß die Bibliothek im vorigen Quartal von 51, im letzten von 71 Kollegen in Anspruch genommen wurde. Unter Verschiedenen wurden Wünsche in der Werkstätte Schule und bei der Firma Priester u. Eid kritisiert. Hierzu wurde ein Antrag Siwert angenommen, die

Angelegenheit zur näheren Untersuchung dem Hilfsvorstand zu überweisen, der dann Bericht darüber zu erstatten habe.

In der humanitären Gemeinde, Niederkirchstr. 12, in der Aula der Werderschen Ober-Realschule, hält am Sonntagvormittag 10 1/2 Uhr, Herr Dr. Rudolf Benzig den 6. Vortrag des Vortragszyklus: Das Soziale. 6. Vortragsabend. Damen und Herren haben freien Zutritt.

#### Marktpreise von Berlin am 13. November 1901

nach Ermittlungen des kgl. Polizeipräsidiums.			
*Weizen, gut	D. Gr.	—	—
mittel	—	—	—
gering	—	—	—
*Roggen, gut	—	14,10	14,08
mittel	—	14,08	14,00
gering	—	14,02	14,00
†Gerste, gut	—	14,40	13,70
mittel	—	13,60	13,00
gering	—	12,90	12,30
†Hafer, gut	—	16,40	15,80
mittel	—	15,70	15,10
gering	—	15,—	14,50
Mehlstroh	—	7,32	7,—
Heu	—	8,60	8,—
Grüne	—	40,—	25,—
Eisenbahn	—	50,—	25,—
Umsen	—	60,—	30,—
* ab Bahn.			
† frei Wagen und ab Bahn.			

Produktenmarkt vom 14. November. Getreide. Die Umsätze am Getreidemarkt waren heute sehr gering, doch neigten die meisten nominalen Notierungen zur Festigkeit, da England und Amerika höhere Preise meldeten. Vom Inlande zeigte sich überdies etwas bessere Barerträge, die bei der Vereinerung der amerikanischen Weizenofferten schwer zu beschreiben war. Mitteres Ostsee-Weizen blieb unbesocht. Bei keinen Umständen in Lieferungsabhandlung notierte Weizen vorne wie gestern, Walliserungen 1/2 M. höher; Roggen war durchschnittlich 1/4 M. gebessert. Mehl lag fest und unverändert, Tendenz zu Gunsten der Käufer. Hafer behauptete bei ruhigem Verkehr seine geringen Preise, während Mais auf Amerika etwas höher notierte. Rüböl unverändert fest. Spiritus unverändert; 70er loco 33,20 M. und Brief. — Schluß für Getreide wieder schwächer.

#### Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet am Dienstag, Donnerstag und Freitag von 7—9 Uhr abends statt.

Streitfrage Japan. Rein.  
R. Straßburg. Dagegen ist nichts einzuwenden.  
C. H. S. Die rechtliche Räumungsdauer besteht, falls nichts anderes vereinbart ist, ohne Rücksicht auf die Wohnform. — P. G. S. O. Der Verzichtsvollzieher kann pänden; die Ehefrau muß dann, um den Verkauf ihres Eigentums zu hindern, die Interventionsklage erheben und Einstellungsantrag stellen. — R. S. Knechtlerfrage. Ein Antrag ist zulässig. — Vertha 200. Der schlechte Gang des Geschäfts berechtigt den Mieter nicht zum einseitigen Rücktritt des Vertrages. — H. R. C. Negreda, Zürichhof, Fischerleben, Maschinenmeister; J. A. — R. R. 31. Rein. — R. M. 125 bis 150 M. täglich werden als angemessener Gehalt für Wohnung und Kost eines Dienstmädchens erachtet. — P. S. 67. 1. Ja. 2. Nein. 3. Nein; was Sie anführen, ist überhaupt kein Scheidungsgrund. — H. S. 119. Zur Zahlung sind Sie verpflichtet. Eine Geldschuldungsabgabe würde vor Ablauf von 3 Jahren kaum Erfolg haben, da die Untrene als Folge der Geisteskrankheit erachtet würde. — Köhler 101. Falls in Ihrem Verträge nichts Gegenteiliges vereinbart ist, hat der Witt die durch Zufall gesprungene Scheibe machen zu lassen. — G. M. 7. 1. Die Nachzahlung gilt als zulässig. 2. Die Eltern des zuerst Verstorbenen und der Ehegatte sind Erben des zuerst, die Eltern des Johann Verstorbenen sind Erben dieses zuletzt verstorbenen Gatten. — G. W. 100. 1. Ja. 2. Nein. Die Kündigung für ein Arbeitsverhältnis mit sechsmonatlicher Frist zum Quartalsersten muß spätestens am 17. (im Schaltjahr am 18.) Februar, 19. Mai, 19. August oder 19. November erklärt werden, um gültig zu sein. — H. 14. Wenden Sie sich an einen Kammerjäger. — J. S. W. 100. Einmal. 1. u. 2. Ja. — III 2. Der Befiger ist nach wie vor zur Erhaltung des Sauns verpflichtet. — R. Ja.

#### Witterungsübersicht vom 14. November 1901, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer hand um	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. u. G. 10°	Stationen	Barometer hand um	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. u. G. 10°
Emmende	739	SW	3	Regen	7	Japansaba	759	SW	—	bedeckt	-16
Hamburg	738	SW	3	Regen	7	Beltsburg	756	SW	1	bedeckt	-14
Berlin	740	SW	4	bedeckt	9	Loth	753	SW	3	bed.	-2
Frankf. M.	745	SW	6	bedeckt	9	Aberdeen	—	—	—	—	—
Wilmshagen	749	SW	7	bedeckt	9	Paris	747	SW	4	bed.	5
Wien	749	SW	—	bed.	—						

Weiter-Prognose für Freitag, den 15. November 1901. Köhler, vielfach heiter, aber noch veränderlich mit Niederschlägen und feldchen nordwestlichen Winden. Berliner Wetterbureau.

#### VI. Wahlkreis.

Am Sonntag, den 17. November, abends 6 Uhr, im Kolberger Salon, Kolbergerstraße Nr. 23:

#### Volks-Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Schriftführers M. Schütte über: „Der Ursprung der Erde.“ 2. Diskussion. Nach dem Vortrag: Geselliges Beisammensein. Um zahlreichem Besuch bitten. 220/12 Der Vertrauensmann.

#### Achtung! Bürstenmacher. Achtung!

Am Sonntag, den 17. November, vormittags 10 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15:

#### Defientliche Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Reichstags-Abgeordneten E. Worm über: „Gewerblicher Gesundheitschutz, insbesondere die Milchrindgefahr.“ 2. Diskussion. 127/16 3. Verschiedenes. Alle Interessenten sind hierzu freundlich eingeladen. Es ist Pflicht aller Kollegen, pünktlich und zahlreich zu erscheinen. Die Branchenkommission.

#### Achtung! Maurer Rixdorfs. Achtung!

Sonntag, den 17. November, nachmittags 2 1/2 Uhr: Versammlung sämtlicher organisierter Maurer mit Frauen im Lokale des Herrn Lanckner, Bergstraße 151-152.

Tages-Ordnung: 1. Vortrag der Genossin Frau Hensch über: „Die Frau im wirtschaftlichen Kampfe.“ 2. Diskussion. 144/16 Die Versammlung wird pünktlich eröffnet. Der Gesangverein „Freie Sängler“ wird die Versammlung durch Gesang eröffnen und schließen. Nach Schluß: Gemütliches Beisammensein mit Tanz. Guten Besuch erwartet. Die örtliche Verwaltung.

Freitag, den 15. November 1901, nachmittags 1 Uhr: Grosse öffentliche

#### Musiker - Versammlung

in Dräsel's Festsaal, Neue Friedrichstr. 35.

Tages-Ordnung: 1. Die Lage der Civilmusiker Deutschlands und wie stellt sich der Deutsche Musiker-Verband zur Deutung der wirtschaftlichen Lage der Musiker? Referent: Kollege Kuban-Breslau. 2. Die Wahrheitsliebe des Deutschen Musiker-Verbandes. Referent: Kollege Wille-Gannover. 3. Freie Diskussion. Zu dieser Versammlung sind alle Berliner Musiker, speziell die des „Bereins Berliner Musiker“ und ganz besonders das Präsidium des „Deutschen Musiker-Verbandes“ eingeladen. Der Einberufer: A. Schonert, Fischdorsstr. 22



Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

**Theater.**  
Freitag, 15. November.  
Opernhaus. Die Walküre. Anfang 7 1/2 Uhr.  
Schauspielhaus. Der wilde Reutlinger. Anfang 7 1/2 Uhr.  
Neues Opern-Theater (Kroll). Jülicher. Anfang 7 1/2 Uhr.  
Schiller. Ausland's Mädchen. Hierauf: Die Komödie der Irrungen. Anfang 8 Uhr.  
Deutsches. Der Sibirier. Anfang 7 1/2 Uhr.  
Berliner. Nacht und Morgen. Anfang 7 1/2 Uhr.  
Leitung. Raja. Anfang 7 1/2 Uhr.  
Reichens. Sein Doppelpass. Im Coupé. Anfang 7 1/2 Uhr.  
Neues. Das ewig Weibliche. Anfang 7 1/2 Uhr.  
Westen. Don Juan. Anfang 7 1/2 Uhr.  
Rezeptionsbühne. Dittes. Anfang 8 Uhr.  
Central. Der Seefahrer. Anfang 7 1/2 Uhr.  
Thalia. Ein tolles Geschäft. Anfang 7 1/2 Uhr.  
Luisen. Schiedsmann Hempel. Anfang 8 Uhr.  
Carl Weiß. Das Schloss am Meer. Anfang 8 Uhr.  
Friedrich-Wilhelmstädtisches. Offenbach-Gesellschaft. Die Straßensängerin. Anfang 7 1/2 Uhr.  
Velle. Alliance. Frey Reuter. Die beiden Reichenmüller. Anfang 8 Uhr.  
Casino-Theater. Berlin W. Berlin N. Spezialitäten. Anfang 8 Uhr.  
Metropol. Spezialitäten-Vorstellung. Schön war's doch. Anfang 8 Uhr.  
Apollo. Spezialitäten-Vorstellung. König Aqua. Anfang 8 Uhr.  
Passage-Theater. Spezialitäten-Vorstellung. Anfang nachmittags 5 Uhr.  
Vollge. Panoptikum. Spezialitäten-Vorstellung.  
Reichshallen. Sächsischer Sänger. Anfang 8 Uhr.  
Palast. Spezialitäten-Vorstellung. Großstadtzauber. Anfang 8 Uhr.  
Hrania. Tanzrevue. Anfang 8 Uhr. (Im Theateraal.) Anfang 8 Uhr.  
Ueber den Wolken.  
Zentralstrasse 57/62.  
Täglich: Sternwarte.

**Schiller-Theater**  
(Wallner-Theater).  
Freitagabend 8 Uhr:  
Lysanders Mädchen.  
Dramatisches Lustspiel in einem Akt von J. B. Wilmann.  
Hierauf:  
Die Komödie der Irrungen.  
Lustspiel in 3 Akten von H. Schaeffgotsche.  
Sonabendabend 8 Uhr:  
Hans Huckebein.  
Sonntag nachmittags 3 Uhr:  
Die Braut von Messina  
oder:  
Die feindlichen Brüder.  
Sonntagabend 8 Uhr:  
Jugend.

**Central-Theater.**  
Heute 7 1/2 Uhr in prächt. Ausstattung (nur noch 3 Aufführungen):  
**Der Seekadett.**  
Operette in 3 Akten von H. Genée.  
Morgen und folgende Tage: **Der Seekadett.**  
Mittwoch, den 20. d. M. (Publikum) Mit hoher Bewilligung: Geistliches Konzert. Anfang 7 Uhr.

**Thalia-Theater.**  
**Ein tolles Geschäft.**  
Große Ausstattungspose mit Gesang u. Tanz in 4 Bildern. Paula Worm in 8 Verwandlungen. Guido Thielscher in 11 Verwandlungen. Fritz Helmmerding als Wolzogen. Junkermann, Böse. Anfang 7 1/2 Uhr.  
Sonntag, 17. November, nachmittags 3 Uhr: Kleine Preise: **Kiane, die zweite Frau.**

**Metropol-Theater.**  
Zum 84. Mal:  
**Schön war's doch.**  
Gr. Berliner Ausstattungspose mit Gesang u. Tanz in 5 Bildern.  
E. Thomas a. G. J. Josephi.  
H. Bender. G. Kaiser.  
E. de Veré. Frid-Frid.  
**!! Bender als Saharet !!**  
Anfang 8 Uhr.  
Rauchen überall gestattet.

**Sanssouci**  
Kottbuserstr. 4a.  
Bilderaufführung von **Adolf Hoffmann.**  
Jeden Sonntag, Montag und Donnerstag **Hoffmanns Norddeutsche Sängerkörpers.**  
Nach jeder Sotree: **Tanz.**  
Anfang Sonntags 7 Uhr, von 6-7 Uhr Konzert.  
Entrée 50 Pf. und 75 Pf. Wochentags Anfang 8 Uhr, Entrée 30 u. 50 Pf. Wochentags Serrinsbillet gültig und Tanz frei. Alle andern Tage bleiben die Orte zu Festlichkeiten und Versammlungen frei.

**Urania.**  
Tauben-Strasse 48/49.  
Im Theater um 8 Uhr:  
**Ueber den Wolken**  
Invalldenstr. 57/62.  
Tägl. Sternwarte.  
**Castans Panopticum.**  
Friedrichstr. 165.  
Horwarths wunderbare **6 Liliputaner**  
mit ihren kleinsten Pferden der Welt und Pracht-Equipage!

**Carl Weiss-Theater.**  
Große Frankfurterstr. 132.  
Soll's Verstellung: Keine Preise.  
Barfett 60 Pf.  
**Das Schloss am Meer.**  
Romant. Schauspiel in 5 Akten von D. Walter. Regie: L. Gubla.  
Sonabendnachmittags 4 Uhr: Der Rattenfänger von Hameln. Abends: Berliner Rangen. Sonntag: Berliner Rangen.  
**Apollo-Theater.**  
Mit kolossalem Erfolg! Abends 9 Uhr:  
**König Aqua**  
mit dem Luftballon „Grigolatis“.  
Vormer:  
8 auserlesene Spezialitäten.  
Kasseneröffnung 7 Uhr. Anfang 8 Uhr.

**Passage-Theater.**  
Anfang Wochentags 5 Uhr, Sonntags 2 Uhr. Ende 11 Uhr.  
**Lotte Sebus**  
der neue Stern der Variétébühne.  
Auftreten 10 Uhr.  
**„Mascagni“**  
Italienisches Opera-Trio.  
Auftreten 9 Uhr 30 Min.  
**Die 24 Togomädchen**  
mit ihren Kriegstänzen und Gesängen um 10 Uhr 30 Min.  
**16 erstkl. Nummern!**

**Theater Schall und Rauch.**  
Unter den Linden 44.  
Freitag, den 15. November 1901, abends 8 1/2 Uhr:  
**Premiere.**  
Bruderherz von Elio de Bassano. Familien-Idyll von Métrier. Unbalanschte Momente von R. Valentia. Kasperle-Theater von R. Valentia. Herbstzauber von R. Prosser. Abschluss von Nordhausen.

**Casino-Theater.**  
Goßtriergerstr. 37.  
U. a.: Schauspiel der **„Fougères“.**  
Berlin N.  
Auf. Woch. 8 Uhr. Sonnt. 7 1/2 Uhr. Sonntag, nachm. 3 Uhr: Keine Preise.  
**Der Raub der Zabinerinnen.**

**Reichshallen.**  
Stettiner Sängerkörpers. **„Bosco“.**  
Meyssel. Britton. Anfang 8 Uhr. Sonntag 7 Uhr.

**Cirkus A. Schumann.**  
Freitag, den 15. November 1901, abends präc. 7 1/2 Uhr:  
**Große außerordentl. Vorstellung.**  
Auftreten der neu engagierten Spezialitäten, sowie familiärer Clowns und Kunstge mit ihren neuesten Entrees und Intermezzen. Vorführung der anerkannt unerreichbar besten Originals derselben des Direktors Alb. Schumann.  
Vormer: die wunderbar dreifürten **Elefanten**  
**Mr. Thompsons.**  
Stärklichen Beifall erweisen allabendlich die wirklich phänomenalen Leistungen des Amerikaners **Mr. Chester Johnstone.**  
Zum erstenmal auf dem Kontinent.  
Sinn Schluss zum 35. Mal, der Schläger der Saison:  
**Quer durch Paris**  
(A Travers Paris).  
Schlussakt: Nordseebad Scheveningen. Sonntag: 2 große Vorstellungen.

**W. Noacks Theater.**  
Brunnerstr. 16.  
**Philippine Welser.**  
Schauspiel in 5 Akten von D. v. Kneipig. Sonntagabend:  
**Die Gistmischerin von St. Tropes.**  
**100 Mille Cigarren**  
sollen schnell u. Rasch verkauft werden. Klosterstr. 72 Hof 1. 16530\*

Achtung! Achtung!  
**Arbeitslose!**  
Montag, den 18. November, vormittags 10 Uhr,  
**Acht große Arbeitslosen-Versammlungen**  
in folgenden Lokalen:  
**Norden:** Ballschmieder, Badstraße Nr. 16. Kösliner Hof, Köslinerstraße 8. Kronen-Brauerei, Alt-Moabit 80.  
**Centrum:** Englischer Garten, Alexanderstr. Nr. 27c.  
**Osten:** I. Keller, Kopenstraße Nr. 29.  
**Südosten:** Gewerkschaftshaus, Engelauer 15. Konzerthaus Sanssouci, Kottbuserstr. 4a.  
**Westen:** Bock-Brauerei, Tempelhofer Berg.  
Tagesordnung in allen Versammlungen:  
**Die gegenwärtige Krise, die Arbeitslosigkeit und wie ist Abhilfe möglich?**  
Referenten: Reichstags-Abgeordnete J. Auer, R. Fischer, W. Pfannkuch, M. Schippel, A. Stadthagen, E. Wurm, F. Zubeil und Stadtverordneter Th. Glöck.  
Arbeiter und Arbeiterinnen! In Anbetracht der Wichtigkeit dieser Versammlungen ersuchen wir um zahlreiches Erscheinen.  
Der Ausschuss der Berliner Gewerkschafts-Kommission.

**Tischler-Verein zu Berlin.**  
Sonabend, 16. November, abends 8 1/2 Uhr, Reichstr. 15:  
**Versammlung.**  
Tages-Ordnung:  
1. Vortrag des Herrn Joh. Rein. 2. Diskussion und Vereinsangelegenheiten. Aufnahme neuer Mitglieder, Gäste (auch Frauen) haben Zutritt. Regen Besuch erwartet.  
Der Vorstand.

**Achtung, Bretterträger u. Brettschneider!**  
Sonntag, den 17. November, vorm. 10 1/2 Uhr:  
**Mitglieder-Versammlung**  
im Lokale Holzmarktstraße 72.  
Tages-Ordnung:  
1. Vortrag und Diskussion. (Der Referent wird in der Versammlung bekannt gemacht.) 2. Vereinsangelegenheiten und Beschiedenes. Jedes Mitglied ist verpflichtet, sein Recht in Ordnung zu haben wegen der Ausgabe der Billets zum Rosenball.  
Der Vorstand. 84/19

**Cirkus Busch**  
Freitag, 15. Novbr., abends 7 1/2 Uhr:  
Große Vorstellung.  
Brossa Elefanten und Brandenburg.

**Palast-Theater**  
(früher Fern-Palast)  
Burgstr. 22.  
Direktion: Winkler u. Fröbel.  
Freitag, den 15. November 1901:  
**Ganz Berlin staunt über das durchweg neue Sternen-Programm.**  
Um 9 Uhr. Novität. Um 9 Uhr. Die allabendlich mit jubelndem Beifall aufgenommenen große Ausstattungsstücke  
**Grossstadtzauber**  
Gugo Lustig - Dir. Rich. Winkler.  
Anfang Punkt 8 Uhr.  
Entrée 50 Pf.  
Vorverkauf von 11-1 Uhr.

**Todes-Anzeige!**  
Allen Genossen und Bekannten die schmerzliche Mitteilung, daß meine langgeliebte Frau und unsere gute Mutter **Frau Emilie Schulz geb. Schumann** nach langjährigem Leiden an einer heimatlichen Lungenerkrankung am Mittwoch, den 14. d. M. um 12 Uhr entschlafen ist.  
Die Beerdigung erfolgt Sonntag, den 17. November, nachm. 1 1/2 Uhr, vom Trauerhause (Waldstraße in Köpenick) aus.  
**Robert Schulz, Glasmacher, nebst Kindern.**

**Todes-Anzeige.**  
Hiermit die traurige Nachricht, daß mein vielgeliebter Mann, unser Vater, Bruder und Onkel, der fromme **Hermann Lubbe** am 7. d. M. im 44. Lebensjahre am Schlaganfall plötzlich verstorben ist.  
Die Beerdigung findet am Freitag, den 15. November, nachmittags 2 Uhr, vom Schauhause, Dannewerderschtr., aus nach dem Himmelfahrts-Kirchhof, Nieder-Schönhausen, statt.  
Die trauernden Hinterbliebenen.  
**Herren-Vortrag**  
**Carl Bruckhoff,** Friedrichstr. 10, über: „Sogenannte ungeliebte Männer.“ Freitag, den 15. Novemb., abends 8 1/2 Uhr, im Brodhaus-Gewerkschaftshaus, Webersstr. 17. Rat für Herren! Eintritt frei!

**Deutsche Konzerthallen.**  
An der Spandauer Brücke 3. Vornehmst. Vergnügungsort!  
Täglich: **Internationale Konzerte.**  
Spezialität: **Doppel-Vorstellung** von nur erstklassigen Kräften.  
**Special-Ausschank der Berliner Bock-Brauerei.**  
Vorzügliche Küche. Gut gepflegte Biere.

**Deutscher Holzarbeiter-Verein.**  
Heute Freitag, abends 8 1/2 Uhr:  
**Sitzung der Orts-Verwaltung**  
im Gewerkschaftshaus, Engelauer 15.  
Sonntag, den 17. November, vormittags 10 1/2 Uhr, im Lokale des Herrn Schüssler, Stromstraße 28:  
**Bezirks-Versammlung für Moabit.**  
Tages-Ordnung:  
1. Vortrag des Kollegen **Koblenzer.** 2. Diskussion. 3. Verbandsangelegenheiten und Beschiedenes.  
Um recht zahlreiches und pünktliches Erscheinen ersucht  
**Die Ortsverwaltung.**  
127/15

**Verband der Sattler.**  
Mitglieder-Versammlungen der Berliner Filialen:  
**Filiale 1** am 16. November, abends 8 1/2 Uhr, im „Englischen Hof“, Neue Köpenickerstr. 3.  
Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Genossen Rein. 2. Diskussion. 3. Beschiedenes.  
**Filiale 2** am 16. November, abends 8 1/2 Uhr, bei Bude, Grenadierstraße 33.  
**Filiale 3** am 19. November, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engelauer 15, Saal 7.  
**Filiale 4** am 16. November, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engelauer 15, Saal 7.  
Tages-Ordnung: 1. Vortrag. 2. Diskussion. 3. Beschiedenes.  
Zahlreichen Besuch erwarten  
**Die Vorstände.**

**Achtung! Achtung!**  
**Große Versammlung**  
aller Mitglieder der Neuen Maschinenbauer-Krankenkasse (Fabrik-Kasse)  
am Sonntag, den 17. November, im „Palast-Theater“ (früher Heintz-Palast), Burgstr. 22, Eingang Wolfgangstraße.  
Tages-Ordnung:  
1. Das Urteil des Reichsgerichts in unserer Klage mit der Allgemeinen Elektricitäts-Gesellschaft und die Weiterlage im Bewaltungsstreitverfahren und Was bezwecken unsere Anträge zur außerordentlichen Generalversammlung am 11. Dezember d. J. Referent: Reichstags-Abgeordneter **Arthur Stadthagen.** 2. Die Erhöhung der Beiträge und des Krankengeldes und die Ergebnisse des Apotheken-Vergleichs. Referenten: Kollegen **Grise und Albrecht.** 3. Beschiedenes.  
Jeder Delegierte ist verpflichtet, für regen Besuch der Versammlung zu sorgen.  
**Die Kommission der Delegierten.**  
J. A.: E. Naumann, Landberger-Allee 147.

**Achtung! Vergolder. Achtung!**  
Verband der im Vergoldergewerbe beschäftigten Arbeiter u. Arbeiterinnen Deutschlands (Filiale Berlin).  
Montag, den 18. November, abends präcise 8 Uhr, in den Armin-Hallen, Kommandantenstraße Nr. 20 (großer Saal):  
**Mitglieder-Versammlung**  
Tages-Ordnung:  
1. Ergänzungswahlen zum Filialvorstand. 2. Vortrag über: „Der Konflikt gegen England und unsere Stellungnahme dazu.“ Referent: Kollege **H. Späthe.** 3. Diskussion. 4. Beschiedenes.  
In Anbetracht der hochwichtigen Tagesordnung erwartet einen zahlreichen Besuch  
**Der Vorstand.**

**Versammlung**  
aller bei Zinnungsmeistern beschäft. Klempnergehilfen Berlins  
Freitag, den 15. November, abends 8 1/2 Uhr, im **Gewerkschaftshaus, Engelauer Nr. 15.**  
Neuwahl von zwei Beiräten und zwei Beiräte-Stellvertretern für den Gefellen-Ausschuss der Klempnerzinnung.  
Um zahlreiches Erscheinen ersucht  
**Der Vorsitzende des Gefellen-Ausschusses: W. Suppé.**

**Steinarbeiter!**  
Sonntag, den 17. November, nachmittags 1 Uhr, im „Englischen Garten, Alexanderstr. 27c:  
**Öffentliche Versammlung.**  
Tages-Ordnung:  
1. Abändern wir unseren Tarif? 2. Neuwahl des Gewerkschafts-Delegierten. 3. Beschiedenes.  
Zahlreichen Besuch erwartet  
**Der Vertrauensmann.**

**Cirkus Renz-Konzert-Tunnel**  
Karlstrasse.  
Wochentags 7 Uhr. Nur erstklassige. Direktion:  
Sonntags 5 Uhr. **Spezialitäten. J. M. Hätt.**  
Jeden Sonnabend nach der Vorstellung: **Tanz ohne Nachzahlung.**

**Betriebs-Werkstätte für Knaben-Konfektion.**  
**Gustav Taser, Brunnenstr. 81.**  
**Knaben-Anzüge und Paletos in grösster Auswahl zu Engros-Preisen.** 27972\*  
Anfertigung nach Maß in kürzester Zeit. Großes Stofflager.  
10 Jahre Garantie. Vollkommen schmerzlos. Jahrgängen 1. W. Blumen 1,50 M. Teilzahl, wochentl. 1 M. Zahnarzt Wolf, Weipzigerstr. 130. Spr. 9-7.

**Kranz Reinfeldt, Gr. Frankfurterstr. 105.**  
empfehlen sein Lager in **Uhren und Goldwaren.**  
Reparaturen bestigt unter Garantie. 29014\*

**Puppen-Fabrik**  
**Otto Kreyszig** 20541A  
Brunnenstrasse 119, Laden und 1. Etage.  
**Grösstes Special-Geschäft für Puppen.**

**Achtung! Zimmerer. Achtung!**  
Sonntag, den 17. November, vormittags 10 Uhr, bei Cohn (großer Saal), Bentzstr. 20:  
**Mitglieder-Versammlung**  
des Vereins der Zimmerer Berlins u. Umgegend.  
Tages-Ordnung:  
1. Abrechnung vom letzten Stiftungsfest und Vereinsangelegenheiten. 2. Vortrag über: **Der Militarismus und die Socialdemokratie.** Referent: Genosse **Waldeck Manasse.** 3. Diskussion. 4. Gewerkschaftliches.  
Die Wichtigkeit der Tagesordnung erfordert zahlreiches Erscheinen der Mitglieder.  
**Achtung!** Die reichhaltige und neu ergänzte Vereins-Bibliothek steht den Mitgliedern zur Verfügung.  
**Der Vorstand.**



**Achtung!** Socialdemokratischer Verein im 5. Berliner Reichstags-Wahlkreise.  
Am **Freitag, 16. November**, abends präc. 8 Uhr, in den Räumen  
des  
„Schweizergarten“ am Königsthor  
**Feier des 5. Stiftungsfestes.**  
**Vokal- und Instrumental-Konzert**  
ausgeführt vom „Berliner Konzert-Orchester“ unter Leitung des Herr G. Graf.  
**Festrede.**  
Auftreten der „Berliner Volkssänger-Gesellschaft Lewandowsky“ 2c.  
Nach dem Konzert: **Grosser Ball.**  
Billets a 25 Pf. sind in den mit Plakaten belegten Handlungen und bei den Bezirksführern zu haben.  
Um zahlreiche Beteiligung bitten  
Das Fest-Komitee.

**Freireligiöse Gemeinde**  
(Zum Besten des Baufonds)  
**Sonntag, den 17. November 1901**  
**Kunter-Buntes-Theater!**  
in Kellers Festfälen, Koppenstr. 29.  
**Heber-Heberbrettel**  
unter persönlicher Leitung des  
**Direktors E. von Ungezozen.**  
Sämtliche Nummern des Programms sind von  
**Dichter-Fürsten**  
der Gegenwart und Vergangenheit!  
und werden dargestellt  
von den ersten Künstlern und Künstlerinnen der Zukunft.  
(Ausgeführt ausschließlich von Kindern der Gemeinde.)  
Dazu  
**Grosses Konzert**  
vom  
**Berliner Sinfonie-Orchester**  
unter persönlicher Leitung des Dirigenten Herrn M. Fischer.  
Nachher:  
**GROSSER BALL.**  
Anfang des Konzerts präcise 5 Uhr. Eintrittskarten 30 Pfennig, Kinder 15 Pfennig.  
Eintrittskarten erhalten Mitglieder an den bekannten Kassellen. — **Abendkasse findet nicht statt.** — Rauchen während der Vorstellung im Saal verboten! — Während der Vorzüge bleiben die Saalthüren geschlossen!

**Aktien-Brauerei Friedrichshain** vorm. Lipps.  
Sonntag, 24. November (Totensonntag)  
**Konzert**  
veranstaltet von den Gesangsvereinen „Kreuzberger Harmonie“, „Norddeutsche Schiffe“ und „Sorgenfrei“ (M.d.A.-S.-B.) Leitung: Musikdir. H. Bleil.  
Mitwirkende:  
**Berliner Tonkünstler-Orchester**  
Leitung: Herr E. v. Blon.  
Frau Peterson-Münch, Konzertsängerin.  
Herr A. Pätzner, Oratoriensänger.  
**Auserwähltes Programm!**  
Zur Aufführung gelangt u. a.:  
**Max Bruch: Frithjof,**  
Oratorium für Männerchor, Orchester und Solostimmen.  
Eröffnung 5 Uhr. Anfang 6 Uhr.  
Freunde und Gönner bestens eingeladen!  
Kinder unter 10 Jahren haben keinen Zutritt.  
Das Reservieren der Plätze ist nicht gestattet.  
Eine Wiederholung des „Frithjof“ findet am 3. Weihnachtstags statt.

**Mittellung**  
der  
**Molkerei-Genossenschaft**  
**Rheinsberg**  
an  
**Herrn Wilhelm Rosner,**  
Berlin, Pankstr. 53a.  
Rheinsberg i. Pr.,  
den 14. November 1901.  
Hiermit beschließen wir Ihnen auf Ihren Wunsch, daß nicht Sie, sondern der Milchhändler Fritz Rosner, Rosenerstr. 12, unsere Milch gepachtet hat, und zwar bis zu 2000 Liter täglich, mit welchem Quantum wir in keiner Weise der Centrale verpflichtet sind, und keine Projekte von dieser Milch an die Centrale zahlen, trotzdem wir von Herrn Fritz Rosner pro Liter 13 1/2 Pf. erhalten. 18815  
Der Vorstand  
der Molkerei-Genossenschaft  
Rheinsberg.

**Grosses Konzert**  
vom  
**Berliner Sinfonie-Orchester**  
unter persönlicher Leitung des Dirigenten Herrn M. Fischer.  
**GROSSER BALL.**  
Anfang des Konzerts präcise 5 Uhr. Eintrittskarten 30 Pfennig, Kinder 15 Pfennig.  
Eintrittskarten erhalten Mitglieder an den bekannten Kassellen. — **Abendkasse findet nicht statt.** — Rauchen während der Vorstellung im Saal verboten! — Während der Vorzüge bleiben die Saalthüren geschlossen!

**Socialdemokrat. Wahlverein**  
**Rixdorf.**  
Sonntag, den 16. November 1901,  
im **Apollo-Theater, Hermannstr. 49:**  
**Stiftungs-Fest,**  
bestehend in  
Konzert, Gesang, Vorträgen, lebenden Bildern und Tanz.  
Auftreten des beliebtesten Berliner **Uik-Trio**,  
sowie des Gesangsvereins „Melodia“ (Mitgl. d. Arbeiter-Sängerbundes).  
„12 Jahre Verbannung“,  
ausgeführt von Mitgliedern des Arbeiter-Radfahrer-Vereins Rixdorf.  
Anfang 8 1/2 Uhr. Der Vorstand.

**Geld!**  
Wer Darlehen oder  
Hypothek sucht, ver-  
lange Prospekt von  
**H. Pittner u. Co.,**  
Hannover B.

**Dr. med. Schaper**  
homöop. Arzt u. Spez.-Arzt f.  
**Haut- u. Harnleiden,**  
**Frauenkrankheiten.**  
Königsplatzstr. 27. Spr. 9-1. 4-7.

**Herren-Anzüge, Paletots**  
eleg. Ausführung bei nur gering. Preis.  
**J. Kurzberg, Raubbergstr. 13.**  
parterre. 20562\*

**Herren-Kragen,**  
rein leinen, garantiert 4 fach,  
sämtliche neue Fassons, in allen Breiten  
Stück 15 Pf., so lange der Vorrat  
reicht.  
Geschlossene Kragen  
per Dutzend 3 M. u. 3 M. 50 Pf.  
Manschetten, prima, garantiert 4 fach,  
Dutzend 2,25 Mark,  
Eberharden, Zerbitzurs, Kra-  
watten in größter Auswahl. Tri-  
kotagen, Strümpfe. Detailverkauf  
zu Engrospreisen. 26241.\*  
**Ernst Marcuse, Münzstrasse 23.**

**Große Betten 12 M.**  
(Oben- u. Untenbett, zwei Kissen) mit  
gereinigtem neuem Federbett  
bei **W. K. K. Berlin S.,** Brünn-  
str. 46. Preisliste kostenlos. Viele  
Anfragen willkommen.

**Wer liefert**  
Sturzgußformen, Gußformen für  
Schleichen als auch Gußformen  
für Figuren, alle zum Gießen  
aus Zinn? **Rich. Zsche,**  
Wablonz a. R., Vaugasse 9. 1852b

**Brauerei**  
**Germania**  
Aktien-Gesellschaft  
Berlin O. 34  
Frankfurter Allee 53  
Teleph. Amt VII 2645  
empfehlen für **1,50** frei Haus  
18 Fl. 1/10 Lagerbier [27420\*  
15 Fl. 1/2 Lagerbier  
15 Fl. 1/10 Pilsener Art  
15 Fl. 1/10 Münchener Art  
15 Fl. 00 Weissbier  
20 Fl. Doppel-Weissbier.

**Charlottenburg.**  
**H. Schmorberg** [24032\*  
Wilmersdorfer-Strasse 127,  
Uhrmacher und Goldarbeiter.  
Großes Lager von Uhren  
und Goldwaren zu  
äußerst billigen Preisen.  
Optische Artikel. Christbäume  
werden schmerzlos gestochen.

Wegen drohenden  
**Abbruchs**  
des Hauses **Breite Strasse 20,** gegenüber  
dem Köllnischen Fischmarkt,  
löse ich mein seit 43 Jahren bestehendes  
Geschäft auf.  
— **Gänzlicher** —  
**Ausverkauf**  
der grossen Lager von  
**Trypischen**  
**Gardinen**  
**Portieren**  
**Steyppdecken**  
**Schlafdecken**  
**Läuferstoffen**  
etc. etc.  
Verkauf von morgens 8 Uhr bis abends 8 Uhr  
nur gegen Kasse.  
Der **Ausverkaufspreis** ist auf jedem Gegenstand  
neben dem alten Preise mit Blaustift vermerkt.  
**A. Löwenthal**  
**Breite Strasse 20**  
Ecke Schurranstrasse.

**Warnung!**  
Seit einiger Zeit haben Reisende einer anderen Firma ihre und noch  
dazu minderwertigen Produkte als Genossenschafts-Tabak usw. verkauft. In  
Zukunft werden wir derartige Schwendeleien gerichtlich verfolgen. Wir bitten  
die Konsumenten, nur solchen Tabak zu verlangen, wo in jedem Packchen  
ein Zettel mit folgender Firma enthalten ist:  
**Nordhäuser Santabakarbeiter-Genossenschaft**  
(E. G. u. S. S.).  
Unser alleiniger Generalvertreter für Berlin und Vororte ist nur  
**Wilh. Boerner, Berlin, Ritterstr. 15.**  
**Möbel-Fabrik** u. Lager kompletter  
Wohnungs-Einrichtungen  
zu Fabrikpreisen — Eigne Werkstätten — empfiehlt  
**Julius Apelt, Skalitzerstr. 6,** am Kottbusser  
Thor. [24081\*]

**Kleine Anzeigen.**

**Verkäufe.**  
**Gardinenhaus** Große Frankfurter-  
str. 9, parterre. 137\*  
**Vorjährige elegante Herren-Winter-**  
paletots und Anzüge aus feinsten  
Stoffen 25-40 Mark. Verkauf Sonn-  
abend und Sonntag. Verkaufshaus  
Germania, Unter den Linden 21, II.  
**Vorjährige elegante Anzüge und**  
Paletots aus feinsten Stoffen ver-  
kauft Sonnabend und Sonntag  
W. Rosnowitz, Alexanderstr. 22,  
Königsplatz. 6072\*  
**Große elegante Anzüge und Paletots**  
nach Maß von 25,00 an. W. Ros-  
nowitz, Schneidermeister, Alexander-  
str. 22, Königsplatz. 6068\*  
**Stoffe, Herrengarderobe, wegen**  
Aufgabe billig zu verkaufen. Raub-  
bergstr. 25. 16745\*  
**Elegante Herrenmäntel 15 Pfennig,**  
bessere Sachen sonnend billig verkauft  
das Fabrikkomptoir früher Bornim-  
str. 10, jetzt Köpferstr. 25a, I. Ecke  
Alexanderstr. 9238\*

**Spottbillig!** Teppiche, Betten,  
Steyppdecken, Gardinen, Herren, Winter-  
paletots verkauft Velghaus, Raub-  
bergstr. 6. 157/5\*  
**Wegenheft!** In meinem großen  
Wollspeicher mit eigener Fabrik-  
werkstatt verkaufe ich spottbilligen  
Wollen: Trummans, Kücheneinrich-  
tungen, Ausdauerstoffe 55, Dage-  
matratze 62, Taschensofa 55, Dage-  
betten 18, Schlafsofa 40, Möbel-  
garnitur 100. Komplette Zimmer-  
einrichtungen in jeder Preislage.  
W. Rosenkrantz, Wollspeicher, Stoll-  
schreiberstr. 5. 9168\*

**Nähmaschinen, preiswerteste Be-**  
zugsanzeige, ohne Anzahlung, Woche 1,00,  
Lieferung nach allen Stadtteilen so-  
fort, Raubbergstr. 82\*, Köpfer-  
str. 60/61. 11218\*

**Steyppdecken billigst** habe ich  
Frankfurterstr. 9, parterre. 137\*  
**Spielbälle mit 45 Stiche zu ver-**  
kaufen. Bennekestr. 22, Quer-  
gebäude II links. 18745

**Wett, praktisches, 17,00. Teppich,**  
Richter, Köpferstr. 26. 18788

**Kanarienvogel** verkauft Brandt,  
Goldmarkstr. 9. 18776\*

**Wahrsager, Adler, gutgehender, 45,00**  
Schönhauser Allee 177a, Hof parterre.

**Kostümröcke** von 5,00 an, fertige  
nach Maß. Jede Art Damen-  
schneidererei elegant, billig. Raub-  
bergstr. 25, parterre links. 16726\*

**Der Stoff** hat liefern elegante  
Anzüge und Paletots nach Maß von  
15,00 an. W. Rosnowitz, Alexander-  
str. 22, Königsplatz. 9092\*

**Uhren repariert** Glade, Putz-  
str. 45. 178\*

**Bücherantast** und Beleuchtung  
Hannemann, Kochstr. 56, I, Amt 6,  
3397. 8872\*

**Division!** Wer sich über die  
nachfolgende Grundaufstellung unserer  
Unterricht will, verlange die Pro-  
grammblätter des Weltbundes gegen  
Bezahlung, welche unentgeltlich ver-  
sendet werden vom Verein für  
Königsplatzstr. 108. Um gütigen  
Erfolg wird gebeten. 161b

**Augustabad, Köpferstr. 60**  
Häuser jeder Art für sämtliche Kranke-  
nlassen. 7952\*

**Verdunstzimmer, geräumig, Simeon-**  
str. 23. 8452\*

**Schlafstellen.**  
**Freundliche, separate Schlafstelle**  
für zwei Herren oder Zimmer, leer,  
vermietet sofort Kessel, Raubbergstr. 25,  
Ausgang E, II. 1883b

**Saubere Schlafstelle** Adolfs-  
str. 5, hinter Ausgang, vom IV.  
rechts. Schöning. 197

**Schlafstelle für Herren** bei Raub-  
bergstr. 65a, III. 1875b

**Arbeitsmarkt.**  
**Stellengesuche.**

**Strickweber-Gesellschaft, Pankow,**  
Wollanstr. 111. Noch frei: Toten-  
sonntag, zweiten Weihnachtstags-  
abend, 28. und 29. Dezember, sowie  
ersten Weihnachtstagsfeier, Matinee.  
**Hilber** Schuhmacher Mittel am  
Arbeitsmarkt. Stelle werden zu den  
billigsten Preisen gesucht, werden  
abgeholt und unentgeltlich zurück-  
geschickt. Adresse: Mulandstr. 27,  
H. Wäcker. 1889b

**Frau** wünscht Aufwartestelle vor-  
und nachmittags Antonstr. 5, Quer-  
gebäude I Treppe. Frau Koppel. \*

**Stellengebote.**  
**Rahmenmacher** verlangt Krizan,  
Kottbusser Ufer 32. 1876b

**Belegemeister und Presser, tüch-**  
tiger, für eine größere Goldblei-  
fabrik bei hohem Gehalt sofort gesucht.  
Offerten unter D. 5 Expedition dieses  
Blattes erbeten. 1884b

**Handwerker, tüchtige, sofort gesucht**  
Mechanische Schuhfabrik Delligsch,  
Sonntag & Brande. 1385\*

**Goldbleier, tüchtige, für die**  
Goldbleierfabrik, sofort gesucht. Adressen unter  
E. 5 Expedition des „Vorwärts“. 1876b

**Tüchtiger Grundbesitzer, der**  
selbstständig arbeiten und Eifen machen  
kann, wird gesucht. Bewerbungen unter  
E. 5 Expedition des „Vorwärts“. 1880b

**Handwerker** verlangt Max  
Pankow, Schickstr. 31. 1880b

**Geübte Schneiderinnen** für  
fabrik Partens, Neue Schönhauser-  
str. 16. 1873b

**Im Arbeitsmarkt** durch  
besonderen Druck hervorgehobene  
Anzeigen kosten 40 Pf. pro Zeile



Der Raubmordprozess Kneißl.

Aus Augsburg wird uns vom 13. November geschrieben: Augsburg und noch mehr dessen ländliche Umgebung steht vollständig unter dem Eindruck des Prozesses. Man könnte fast sagen, Kneißl ist der Held des Tages, denn er soll bei den Dorfbewohnern des ganzen Gebiets, in dem er gehaust hat, als eine Art Held gelten und zwar ganz besonders deshalb, weil er es verstanden hat, sich so lange Zeit seiner Verhaftung zu entziehen. Es herrscht bei der hiesigen Bevölkerung keineswegs ein Geist der Aufregung gegen die Gesehe oder die öffentliche Ordnung, aber eine große Abneigung gegen die „Grünröcke“, das heißt gegen die Gendarmen. Deshalb ist man allgemein der Ansicht, der Wahrspruch der Geschworenen wird den Mord verneinen, sondern höchstens auf Todschlag lauten. Im übrigen soll der Vorsitzende des Schwurgerichtshofes, Oberlandesgerichtsrat Rehbolz, die Absicht haben, die Verhandlung, deren Beginn am morgen (Donnerstag) vormittag halb 9 Uhr angefangen ist, allen sensationellen Beigefchmacks zu entleiden. Fest steht jedenfalls, daß weder der Tod des Vaters Kneißl noch die Befangenahme des Angeklagten Erwähnung finden wird, zumal diese Dinge mit der eigentlichen Anklage keinerlei Beziehung haben. Dagegen dürfte die Frage, ob und inwiefern der Mitangeklagte, Fleckbauer Kieger, an der Ermordung des Stationskommandanten Brandmaier und des Gendarmen Scheidler beteiligt ist, einen sehr breiten Raum in der Verhandlung einnehmen. Da Kneißl behaupten soll, er habe die Gendarmen nicht töten, sondern nur kampfunfähig machen wollen, um Gelegenheit zum Entkommen zu finden, so soll eine örtliche Augenzeugen in dem Dorfe Truchbrunn in dem Hause des Fleckbauern in Aussicht genommen sein. Angesichts dessen und in Berücksichtigung des Umstandes, daß etwa 150 Zeugen und eine Anzahl Sachverständige zu vernahmen sind, dürfte sich die Verhandlung bis in die nächste Woche hineinziehen. Aus diesem Grunde hat auch der Vorsitzende bereits einen Ergänzungsrichter in der Person des Landgerichtsrats Folger bestellt. Die ordentlichen Richter sind die Landgerichtsräte Mater und Edelmann. Es ist eine sehr große Zahl von Zeitungsberichterstattungen eingetroffen und es hat begrifflicherweise ein förmlicher Ansturm nach Eintrittsarten stattgefunden. Der Mutter des Angeklagten Kneißl soll ohne weiteres auf Ansuchen ein bevorzugter Platz eingeräumt worden sein. Kneißl soll vollständig wiederhergestellt sein und mit großer Ruhe seinen ferneren Schicksal entgegensehen. Das Untersuchungsgefängnis, in dem die Angeklagten untergebracht sind, ist etwa 15 Minuten vom Justizgebäude entfernt. Es sollen daher die größten Vorsichtsmaßregeln getroffen sein, um die Angeklagten ungefährdet vom Untersuchungsgefängnis nach dem Schwurgerichtssaal zu transportieren. Aus Augsburg wird über den gestrigen Beginn der Verhandlungen telegraphiert: Heute vormittag begann vor dem hiesigen Schwurgericht der Prozess gegen den Raubmörder Kneißl und Genossen. Nach einer Aufforderung des Vorsitzenden an die Geschworenen, sich nicht durch angebliche Stimmungen in der Bevölkerung, noch durch Zeitungsartikel beirren zu lassen, erfolgte der Aufruf der 122 vorgeladenen Zeugen.

Lokales.

Zur Lokalliste! Wiederholt ist schon darauf hingewiesen, daß Vereine in Lokalen ihre Festlichkeiten abhalten, welche der gesamten Arbeiterschaft zu Versammlungen nicht zur Verfügung stehen. Trotzdem versuchen diese Vereine, in Arbeiterkreisen ihre Botschaft abzulegen. Wo dieses Anerkennen gemacht wird, ist dieses unbedingt zurückzuweisen. — Es veranstaltet der Naturheilverein Berlin V. am Sonnabend, den 23. November in Köhns Festhallen, Niederwallstraße ein Vergnügen, ebenso hat am Sonntag, den 24. November (Totensonntag) der Schafische Gesang- und Musikverein der Eiser bei Keller, Neue Wilhelmstraße, Köpnickstr. 66—67 ein Konzert. Diese Vergnügungen sind strengstens zu meiden, da diese Säle der Arbeiterschaft zu Versammlungen nicht zur Verfügung stehen und ersehe die Parteigenossen, hiervon Kolleg zu nehmen. Die Lokalkommission.

Auf dem Arbeitsmarkt.

Dem Eintritt des Winters sehen die Arbeiter Reis mit dem Gefühl des Mangels entgegen. Bedeutet die kalte Jahreszeit doch für viele Berufswege eine Zeit der Arbeitslosigkeit, des Mangels und der Entbehrung. In diesem Jahre aber dringt der Winter nicht nur das gewöhnliche Maß von Arbeitslosigkeit, sondern mit seinem Eintritt macht sich auch die seit einiger Zeit schon bemerkbare wirtschaftliche Krise für die Arbeiter ganz besonders fühlbar. Wenn man auch in den Bureaus staatlicher und städtischer Behörden zur Zeit noch nichts von ungewöhnlich großer Arbeitslosigkeit weiß, wenn auch eine hochweise Regierung erst langwierige Erhebungen veranstalten muß, um den Grad der Arbeitslosigkeit zu ermitteln, so steht doch jeder, der mit offenen Augen durch die Straßen Berlins wandert, auch ohne daß man es durch Zahlen zu beweisen nötig hat, wie ungemein groß die Scharen derer sind, die arbeitslos umherirren, ohne doch zu finden, was sie so eifrig und oft unter Aufgebot ihrer letzten Mittel suchen. Dafür, daß die Arbeitslosigkeit zur Zeit einen sehr hohen Grad erreicht hat, wollen wir heute nur ein Beispiel anführen.

Bekanntlich wird an verschiedenen Stellen der Stadt jeden Nachmittag der Arbeitsmarkt hiesiger Zeitungen verteilt. Schon im Laufe des vergangenen Sommers konnte man sehen, daß die Mengen der Arbeitsuchenden, die an jenen Stellen zusammenströmen, erheblich größer waren, als im vorigen Jahre. Die Krise gewonn in den letzten Monaten an Ausdehnung und mit ihr vermehrten sich in erschreckender Weise die Scharen der Arbeitslosen. Wenn man jetzt die Ausgabestellen des Arbeitsmarktes besucht, so genügt ein Blick, um sich zu überzeugen, daß die Zahl der Arbeitslosen, die sich hier jeden Nachmittag aufstellen, wohl drei- bis viermal so groß ist, als sie zu derselben Zeit des vorigen Jahres war. Aber nicht nur die größere Zahl der Stellenlosen spricht für die ungeheure Ausdehnung der Arbeitslosigkeit, sondern auch die Art, wie man nach Arbeit sucht.

Für den Arbeitsuchenden hängt viel davon ab, daß er der erste an der Stelle ist, wo man eine Arbeitskraft benötigt. Lange bevor die Ausgabe der Zeitung erfolgt, finden sich deshalb die Arbeitsuchenden ein. Den Behörden ist, wie gesagt, noch nichts bekannt von einer hochgradigen Arbeitslosigkeit. Doch aber sehr große Mengen von Arbeitslosen sind täglich an den Ausgabestellen des Arbeitsmarktes einfinden, das weiß wenigstens unsere Polizei, denn sie sendet regelmäßig eine nicht geringe Zahl von Schutzeinheiten an diese Stellen, damit die Beamten dafür sorgen, daß durch die Aufstellung der Arbeitslosen keine Störungen im Straßenverkehr stattfinden. Nicht in den Hauptstraßen, wo sich die Zeitungsausgaben befinden, sondern in einer stillen Nebenstraße müssen sich die Arbeitslosen aufstellen, weil die vielen Hunderte, die an jeder derartigen Stelle erscheinen, in der Hauptstraße tatsächlich den Verkehr behindern würden. Sorgfältig wachen die Schutzeinheiten darüber, daß die Scharen der Männer, Frauen und jugendlichen Personen in wohlgeordnetem Zuge hart an der Vordrängung aufstellen. In dumpfem Schweigen, mit sorgenvollen Gesichtern, harren die Kolonnen der Arbeitslosen auf die Ausgabe des Blattes. Da endlich erscheint der Zeitungsbote. Jetzt kommt Bewegung in die schweigende Menge. Hunderte von Händen strecken sich dem Zeitungsbote entgegen, um das ersuchte Blatt, die Möglichkeit einer Arbeitsgelegenheit, zu erhalten. Jeder möchte der erste sein, der es in die Hand bekommt. Wenige Minuten, und der wohlgeordnete Zug hat sich aufgelöst. Mit eiligen Schritten wird das

Blatt durchflogen. Wer eine für ihn passende Arbeitsstelle angezeigt findet, beeilt sich, dieselbe zu erreichen, und zwar schnell, denn die Zahl der Bewerber ist groß, und von wenigen Minuten kann es abhängen, ob man die ausgeschriebene Stelle erreicht, bevor sie durch einen Schicksalsgefährten besetzt ist. Das ist kein Arbeit suchen, nein, das ist im wahren Sinne des Wortes eine Jagd nach Arbeit, bei der der jugendkräftige, schnelle Läufer die besten Aussichten hat, während der ältere, abgeradete Arbeiter, dessen Seine den Wettbewerb mit denen der jüngeren Kollegen nicht mehr aufnehmen können, ins Hintertreffen gerät. Freilich, die meisten der Arbeitsuchenden brauchen an solchen Wettläufen nicht teilzunehmen. Sie haben nichts im Blatte gefunden. Niedergeschlagen lehren sie langsam Schritte heim, um am nächsten Tage, und wer weiß noch wie oft, wiederum auf die Jagd nach Arbeit und Brot zu gehen. Aus dem Fenster seines beschlagene Zimmers schaut der behäbige Bürger auf dies Treiben herab: Eine Krift gibt es nicht, die Behörden wissen nichts davon, also sind die Tausende und Aber-tausende von Arbeitslosen doch wohl nichts anderes als arbeitscheues Gesindel.

„An ihren Früchten sollt ihr sie erkennen!“

Die Zunahme des jugendlichen Verbrechertums hat den Berliner „Verein zur Besserung der Strafgefangenen“ in seiner Generalversammlung beschäftigt. Die Frage ist in der That sehr ernst. Von 1882 bis 1896 ist die Zahl der Verurteilungen Jugendlicher, wie Oberstaatsanwalt Henkel ausführte, von 30 719 auf 47 512 gestiegen. Dabei hat die Zahl der Rückfälligen besonders stark zugenommen. Das spricht nicht gerade für die Wirksamkeit der verhängten Strafen, und gegenüber solchen Ergebnissen begreift man es, wenn auf Mittel zur Abhilfe gesonnen wird.

Die Vorschläge, die der Vortragende hierzu machte, bewegten sich sämtlich auf dem Gebiete der Strafrechtspflege. Anerkennend soll hervorgehoben werden, daß er die Prügelstrafe verwirft. Für unwirksam hält er andererseits auch den bloßen Verweis, auf den gegen die Jugendlichen so oft erkannt worden, ohne daß ihnen die Bedeutung dieses Strafmittels klar sei. Oberstaatsanwalt Henkel empfiehlt, das Strafalter von 12 Jahren auf 10 Jahre herabzusetzen, aber dann die Jugendlichen einer besonderen Jugend-Strafbehörde zu überweisen, deren Urteile nicht in das Strafregister kommen dürfen, und gleichzeitig einen möglichst umfangreichen Gebrauch von der bedingten Begnadigung zu machen.

Daß der Erziehung bei der Bekämpfung des jugendlichen Verbrechertums die wichtigste Rolle zufällt, wurde zwar von dem Vortragenden nicht verkannt. Er ging aber den Folgerungen, die sich hieraus ergeben, aus dem Wege. Das ist erklärlich; denn diese Folgerungen weisen auf Reformen hin, von denen unsere bürgerlichen Sozialreformer nicht viel wissen wollen, weil sie einschneidender und für die bürgerliche Gesellschaft unbequemer sind als eine Aenderung der Strafrechtspflege. Es giebt kaum eine andre sociale Erscheinung, bei der in gleicher Deutlichkeit wie bei der Erscheinung des jugendlichen Verbrechertums die Unhaltbarkeit der Verhältnisse, in denen ein großer Teil der besitzlosen Klassen zu leben gezwungen ist, hervortritt.

Abhilfe wäre zu erwarten von einer rechtzeitig bewahrenden Fürsorge. Wo diese fehlt, da darf man sich nicht wundern, wenn nachher alle Strafmittel wirkungslos bleiben. Aber wer soll die Fürsorge ausüben, wer soll das heranwachsende Kind bewahren, wenn es in einer Familie aufwächst, die als Familie im eigentlichen Sinne des Wortes nicht gelten kann, weil sie ein wirkliches Familienleben nicht kennt! Gewiß, diese Zustände sind auch der besitzenden Klasse bekannt und werden von ihr beklagt. Doch mit dem bloßen Lamentieren und Schelten wird nichts geändert. Man entschleie sich zu einer durchgreifenden Besserung der Wohnungsverhältnisse, um eine der ersten Bedingungen für die Entwicklung eines gesunden Familienlebens zu schaffen; man verkürze die Arbeitszeit, um die Eltern den Kindern zurückzugeben; man verbiete die kindliche Erwerbsarbeit, um den Kindern den Genuß ihrer Jugend zu sichern. Oder aber, wenn man das alles nicht will, dann nehme man die Kinder der Besitzlosen von vornherein in öffentliche Erziehung. Das wäre ja wohl dann der „Beginn des sozialistischen Zukunftsstaats“, wie die besitzende Klasse zu sagen pflegt.

„An ihren Früchten sollt ihr sie erkennen!“ Auch das jugendliche Verbrechertum gehört zu den Früchten, die die gegenwärtige, von der besitzenden Klasse so sorgsam geschützte und gesüßte Gesellschaftsordnung zeitigt.

Die Gewerbe-Deputation des Magistrats beschäftigte sich in ihrer letzten Sitzung am Mittwochabend mit einem Gesuch der Geschäftsinhaber der Lederbranche, welches ihr vom Polizeipräsidenten zur Begutachtung zugegangen war. Die Interessen der Lederbranche haben das ganz vernünftige Verlangen an die zuständigen Behörden gestellt, durch Erlass einer Verordnung zu bestimmen, daß die Geschäftsolale der genannten Branche nicht vor 7 Uhr morgens geöffnet und abends um 8 Uhr geschlossen werden müssen. Diefem Antrage, welcher bezweckt, den Auktur-Ladenschluß für die Ladengeschäfte einzuführen, ging eine Enquete voraus, an der sich 245 Geschäftsinhaber beteiligten, von denen sich ca. 230 für den Auktur-Ladenschluß erklärten. Die gesetzlich erforderliche Zweidrittel-Majorität ist demnach weit überschritten worden. — Die Gewerbe-Deputation beschloß, sich mit dem Wünsche der Petenten einverstanden zu erklären. — Demnach ist zu hoffen, daß in Berlin wenigstens in einer Branche mit dem Auktur-Ladenschluß baldigt der Anfang gemacht wird.

Auf Antrag der hiesigen Tischler-Zinnung beschloß die Deputation, dem Tischlermeister König, Kolladenstr. 34, der, wie in einer Gerichtsverhandlung festgestellt wurde, in der Verhandlung der Lehrlinge viel zu wünschen übrig läßt, die Befugnis zum Galten von Lehrlingen auf die Dauer eines Jahres zu entziehen. — Wir wollen hoffen, daß sich die Tischler-Zinnung-Zinnung künftig nicht nur in den Werkstellen der Gelehrten des Zinnungsweges um die Verhältnisse in Lehrlingswesen kümmert, sondern auch die Werkstellen der Zinnungsgewerbetreibenden in dieser Hinsicht einer scharfen Kontrolle unterzieht, in denen vielfach Mißstände ärgerer Art zu verzeichnen sind. Auch die gewerkschaftlichen Organisationen der Arbeiter würden hier ein Feld der Thätigkeit finden.

Der Verband „Bund deutscher Schuhmacher-Zinnungen“ hat bei den Staatsbehörden die Gewährung von Beihilfen zur Errichtung einer Musterwerkstatt für das Schuhmachergewerbe beantragt, in welcher der Maschinenbetrieb möglichst berückichtigt werden soll. Die Gewerbe-Deputation, welcher dieser Antrag zur Beratung überwiesen worden ist, wählte eine aus 5 Personen bestehende Subkommission, welche mit den Interessenten des Schuhmachergewerbes in Verhandlung treten und später dem Plenum der Gewerbe-Deputation Bericht erstatten soll. Die Beschlußfassung über die Auswehl eines Termins für die neu zu errichtende technische Mittelschule wurde vertagt. Weiteren hiesigen Handwerkschiffen wurden Beihilfen von je 100 Mark zum Besuche von gewerblichen und kunstgewerblichen Fachschulen aus der Heise-Stiftung gewährt.

Bei der Wahl von 2 Mitgliedern in das Kuratorium der Fachschule für Photographen kamen die Klagen der Photographen über die Konkurrenz solcher Warenhäuser zur Sprache, welche sich mit der Herstellung billiger photographischer Erzeugnisse beschäftigen.

Unser Parteigenosse Rechtsanwalt Dr. Karl Liebknecht, der bei den letzten Stadtverordnetenwahlen zweimal, und zwar im 32. Wahlbezirk (Roabit) gewählt worden ist, hat dem Magistrat angezeigt, daß er die Wahl für den 45. Bezirk III. Abteilung annimmt. Im 32. Wahlbezirk, umfollend die Stadtbezirke 228—236 (Anklamer-, Schwedter-, Ruppinerstraße usw.), muß ein Hausbesitzer gewählt werden. Die Wahl dürfte Anfang Dezember stattfinden.

Die Verwaltung der Wöchnerinnen-Abteilung der königlichen Universitäts-Frauenklinik in der Kettlerstraße läßt hinsichtlich der Zulassung von Krankenbesuch eine Vorsicht walten, die durchaus nicht notwendig scheint. Mehr als zwei Besucher dürfen nicht gleichzeitig am Bett der Kranken anwesend sein. Diese Anordnung mag gewiß geboten erscheinen. Anders aber als den nächsten Verwandten wird der Zutritt zu den Kranken überhaupt verweigert. Es kommt sehr oft vor, daß Personen, die eine weite Reise nicht scheuen, um einen solchen Besuch abzustatten, ununterrichteter Sache wieder abziehen müssen. Es ist wohl zu verstehen, daß bei Zulassung von Krankenbesuch weitgehendste Rücksicht auf das Befinden der Kranken genommen wird, doch erscheinen die hier durchweg angewandten Maßregeln allzu hart, ja sogar dazu angethan, ungünstig auf das Befinden der Kranken einzuwirken.

Aber nicht nur Rücksichtnahme auf die dort untergebrachten Kranken, sondern auch „moralische“ Erwägungen eigenartiger Natur spielen bei der Zulassung oder Abweisung von Besuch eine Rolle. Einem Manne, der als Pränuptigam seine in dieser Anstalt befindliche Verlobte besuchen will, wird der Zutritt zu seiner Braut und seinem Kinde verweigert. Daß jedoch die Verwaltung auch dann, wenn es gilt, das „sündhafte“ Geld eines solchen Mannes anzunehmen, aus denselben moralischen Erwägungen solches zurückgewiesen hätte, konnten wir nicht in Erfahrung bringen. Die Praktizierung derartig mittelalterlicher Anschauungen steht der Verwaltung eines modernen Instituts nicht besonders zu Gesicht.

Zur Verbindung der Olivier- und Knieprobe-Strafe ist die Anlegung einer neuen Straße geplant worden, durch die nicht nur eine bessere Verbindung geschaffen wird, sondern auch die dortige Gegend der Bebauung erschlossen wird. In nicht allzu ferner Zeit wird dort, voraussichtlich in der Olivierstraße, eine neue Feuerwache für einen Dampftrienzug der 1. Compagnie erbaut werden müssen, zur Erhöhung der Feuericherheit jener Gegend und des Central-Vieh- und Schlachthofes.

Beauftragte Stadtverordnetenwahl. Wegen die Wahl des Landtags-Abgeordneten Redakteur Karl Goldschmidt I in der II. Abteilung des 9. Wahlbezirks (Stadtbezirke 79—113 und 133—140) Wahllokal: 80. Gemeindefchule, Brangelstr. 128, ist wegen angeblicher Wahlbeeinflussung, wegen Unzulänglichkeit des Wahllokals, wegen verschiedener Unregelmäßigkeiten von mehreren Personen beim Magistrat Einspruch erhoben worden.

Von einem Straßenbahnwagen der Firma Siemens u. Halske wurde gestern abend 5 1/2 Uhr in der Wienerstraße, nahe bei der Forsterstraße, eine ältere Frau überfahren und so schwer verletzt, daß an ihrem Aufkommen gezweifelt wird. Der Name der Verunglückten konnte nicht festgestellt werden.

Die Angelegenheit des Pr. Milpacher, bei welcher es sich um die verurtheilte Erpressung gegen die Erben eines verstorbenen Mitgliedes eines deutschen Fürstenauses handelt, dürfte noch einmal die Strafkammer beschäftigen. Für den mitangeklagten gewesenen Zimmervermieteter Eger, der zu mehreren Monaten Gefängnis verurteilt worden war, hatte Rechtsanwalt Dr. Schwind Revision eingelegt. Das Reichsgericht hat das Urteil gegen Eger aufgehoben und dessen Sache wird deshalb nochmals vor der ersten Strafkammer des Landgerichts I verhandelt werden.

In ihrer Stube tödlich verunglückt ist die 70 Jahre alte Witwe Luise Adam geb. Führer aus der Kansteinstr. 15. Die alte Frau, die sonst noch sehr rüthig war, glitt bei einem Gang durch die Stube aus und fiel so unglücklich hin, daß sie sich einen Schädelbruch zuzog. Zwei Aerzte bemühten sich gleich um die Verunglückte, legten ihr einen Verband an und ließen sie in das Krankenhaus am Urban bringen. Dort starb sie aber an den Folgen der Verletzung.

Durch vier Revolvererschüsse versuchte sich vorgestern abend der 45 Jahre alte Steyger Gustav R. aus der Gerichtstraße 32 zu töten. R. ist zum drittemal verheiratet. Seine Frau ist um zwanzig Jahre jünger und gab ihm Veranlassung zur Eifersucht. Das Eheleben ließ viel zu wünschen übrig und das verschlechterte sich noch, als die Arbeitsverhältnisse ungünstiger wurden. Vorgestern nachmittag gab es in der Wohnung wieder einen Aufruhr, der alle vorhergegangenen an Heftigkeit übertraf. Um 11 Uhr ging der Mann zu Bett. Als dann bald darauf alles ruhig geworden war, erhob er sich heimlich wieder und schoß sich aus seinem Revolver vier Kugeln in die Brust. Auf das Hilfereschrei der Frau holten Hausgenossen die Polizei und diese ließ den Schwerverwundeten mit einem kuppeligen Rettungswagen in ein Krankenhaus bringen.

Beschlagnahmtes Fleisch. Im Schlachthaus von Spahn in Lichterberg sind vier Rinderquartel, die von hochgradig erkrankten Vieh stammten, beschlagnahmt worden. Ueber den Verbleib der Gedärme z. konnte nichts festgestellt werden, ebenfalls war der gewissenlose Eigentümer nicht zu ermitteln.

Arbeiterrißo. Einen schrecklichen Tod fand gestern der 23 Jahre alte Arbeiter Otto Dohrmann, der aus Wollersdorf stammt, in der Kolladenstr. 28 wohnte und auf den Wörlerswerken in der Mühlengstr. 81—83 beschäftigt war. Dohrmann bediente den in einem Schacht stehenden Elevator, der den Sand aus den Käben hebt und zugleich für die Wörlersbereitung reinigt. Seine Mitarbeiter wunderten sich, als um 9 1/2 Uhr die Maschine plötzlich stehen blieb. Nach der Ursache forschend, fanden sie Dohrmann tot im Schacht liegend. Er war beim Wegschaffen von Sand in den Treibriemen geraten.

Zur Passage-Vanoyfikum sind jetzt zwei fremde Völkerschiffen vertreten. Es handelt sich um eine aus 7 Männern und 24 Frauen bestehende Gruppe von Logonern und um eine Eingaleisen-Karawane von der Insel Genlon. Unstre afrikanischen Landleute entsprechen gerade nicht dem griechischen Schönheitsideal, doch werden sie mit ihren seltsamen Tänzen und Kriegsbildungen immerhin Interesse erregen. Kuschlicher und anscheinend auch intelligenter sind die Eingaleisen; ihr „Teufelstanz“ und eine von ihnen aufgeführte Pantomime zogen sogar von einem gewissen darstellerischen Talent. Recht geschmacklos war es von den Führern der Truppen, daß sie den Regern das preussische Lied von der Wonnezang, sowie das „Deutschland, Deutschland über alles“ eintrichterten. Die exotischen Patrioten trugen dieses Gesangsstück just ebenso öde vor, wie unsere siebenjährigen Volksschüler.

Aus den Nachbarorten.

Auflösung der Nizdorfer Wohnungs-Deputation. In der Sitzung der Nizdorfer Wohnungs-Deputation vom Mittwoch erhaltete der Vorsitzende Bericht über das Resultat einer vom Magistrat veranstalteten Erhebung, betreffend das Angebot von Wohnungen und die Bauthätigkeit. In der Zeit vom 1. bis 5. November waren von den vorhandenen Wohnungen nicht vermietet 88 kleine, wozu auch die von zwei Zimmern und einer Küche gerechnet werden, und 70 große. Im Bau begriffen sind



50 große Wohnhäuser, die 1017 kleine Wohnungen und 241 große Wohnungen enthalten werden. Rund dreiviertel davon sind noch unvermietet; also ein Viertel der Wohnungen in den misertigsten Häusern hat bereits Mieter gefunden. Festgestellt werden von diesen Häusern 9 etwa am 1. Januar, 34 etwa am 1. April, 5 am 1. Juni. Zur Zeit der größten Wohnungsnot beherbergte die Stadt 70 wohnungslose Familien mit gegen 300 Köpfen, augenblicklich befinden sich im städtischen Oddach noch 42 Familien mit 184 Köpfen, wovon 6 bis 10 Familien schon vor dem Hervortreten des Wohnungsmanagements das Armenhaus bewohnten, so daß der Magistrat als wohnungslos noch 30 Familien ansieht. Von diesen werden nächstens noch weitere sieben Familien abgehen, die Wohnungen gemietet haben. Mit Rücksicht auf diese Besserung der Verhältnisse und die Hebung der Bauhätigkeit erklärte der Vorsitzende, erster Bürgermeister Wobdinn, das Weiterbestehen der Wohnungsdeputation für sich für möglich. — Stadtverordneter (Soz.) teilt nicht die Zustimmung des Bürgermeisters. Im übrigen verwies er auf den von dem der Mehrheit abweichenden Standpunkt seiner Freunde, wonach die Kommune auch gegenüber den Bürgern als Wohnungsmieter wie auf vielen anderen Gebieten die Pflicht sozialer Fürsorge hätte. Da seine Anträge auf städtischen Regiebau von Häusern mit kleinen Wohnungen und eventuelle Unterstützung von Baugewerkschaften seiner Zeit abgelehnt worden seien, wolle er darauf nicht wieder eingehen. Er wünsche aber das Fortbestehen der Deputation, damit sie die Entwicklung des Wohnungswesens ständig beobachten und im Notfall schnell eingreifen könne, und zwar möge man dann die Bekämpfung des Mieterschwebers berücksichtigen und nicht jetzt ohne weiteres darüber hinweggehen. — Nach kurzer Debatte beschloß die Deputation gegen die eine Stimme des sozialistischen Mitgliedes, über die Petition zur Tagesordnung überzugehen und sich selbst als überflüssig aufzulösen, indem sie die Erwartung ausdrückt, daß sich die Stadtverordnetenversammlung schließlich damit einverstanden erkläre. — So hat denn nun die Verwaltung von Oddach, unterstützt von den Vertretern der Grundbesitzervereine im Stadtparlament, die Wohnungsfrage gelöst — durch Schaffung eines Oddachs und durch Armenunterstützung. Die Kosten der baulichen Einrichtungen belaufen sich auf etwa 12 500 M. Das Geld soll aus Ueberflüssen entnommen werden.

**Die Charlottenburger Armenverwaltung** veröffentlicht in der neuesten Nummer ihrer amtlichen Nachrichten Mitteilungen über die Gestaltung des nächstjährigen Etats, die von hohem allgemeinem Interesse sind, da sie treffend die wirtschaftliche Lage wieder spiegeln. Es wird berichtet, daß die Tätigkeit der Armenverwaltung im laufenden Jahre außerordentlich stark in Anspruch genommen wurde, und zwar ist die Zahl der Gesuche um Unterstützung irgendwelcher Art von 1885 in der Zeit vom 1. April bis 31. Oktober 1900 auf nicht weniger als 3081 in der gleichen Zeit des laufenden Jahres gestiegen. Die erhöhten Anforderungen sind auf drei Ursachen zurückzuführen, auf eine gesteigerte Zahl von Krankheitsfällen, auf die Arbeitslosigkeit und auf die Wohnungsnot. Was speziell die Arbeitslosigkeit betrifft, so hat sich diese bisher nur in verhältnismäßig geringem Umfange als Ursache der Steigerung der Ausgaben der Armenverwaltung bemerkbar gemacht. Während im ganzen Jahre 1900 nur in 164 Fällen Unterstützungen wegen Arbeitslosigkeit gewährt worden sind, ist diese Zahl im laufenden Jahre schon bis zum 31. Oktober, also während des Sommers, auf nicht weniger als 165 angewachsen. Da in der gleichen Zeit des vorigen Jahres nur 29 Personen wegen Arbeitslosigkeit unterstützt worden sind, ist hier eine Steigerung auf fast das Sechsfache eingetreten. Es entfallen auf die Monate August, September und Oktober allein 104 Fälle, und es muß mit Sicherheit erwartet werden, daß im Winter eine erhebliche weitere Steigerung eintritt. Auf die Unterstützungen wegen zu geringen Verdienstes, die in den Monaten August, September und Oktober in nicht weniger als 200 Fällen bewilligt werden müssen, dürften zu einem großen Teil auf die verminderte Arbeitsgelegenheit zurückzuführen sein. Im Jahre 1900 hat die Gesamtzahl so begründeter Bewilligungen nur 415 betragen.

Eine weitere Ursache, die die Gestaltung des Armenetats wesentlich beeinflusst hat, ist die herrschende Wohnungsnot und die Steigerung der Mieten für kleine Wohnungen. Die Aufwendungen der Armenverwaltung aus diesem Anlaß erschöpfen sich nicht in den Summen, die ausdrücklich zu dem Zweck gezahlt worden sind, um Ermäßigungen zu verfahren oder bereits ermittelten Familien eine neue Wohnung zu beschaffen. Viel wesentlicher ist die Belastung des Armenetats durch die Notwendigkeit der Erhöhung von Unterstützungen infolge der Steigerung der Mieten. Bei einer im November 1900 vorgenommenen statistischen Aufnahme ergab sich als damaliger Durchschnittspreis für die von den laufenden Unterstützten bewohnten Wohnungen von einem Zimmer und Küche 16,84 M. und von zwei Zimmern und Küche 24,08 M. Diese Zahlen übersteigen sogar die bei einer gleichzeitigen Aufnahme in dem außerordentlich teuren Hamburg ermittelten Wohnungspreise sehr erheblich, da hier der Durchschnittspreis aller, nicht bloß der einzimmerigen Wohnungen der Armenbevölkerung nur 182,54 M. jährlich beträgt und obwohl die Mietpreise in Charlottenburg bereits früher höher als irgendwo sonst waren, sind die Mieten für einzimmerige Wohnungen im Laufe des letzten Jahres noch um 20,50 Proz., die für zweizimmerige um 26,00 Proz. gestiegen. In Wirklichkeit aber ist die Steigerung noch höher, da sich, wie die Armenverwaltung nachweist, unter den sogenannten Wohnungen auch Gassen befinden, die sonst als Wohnungen überhaupt kaum in Betracht kämen und nur mit Rücksicht auf die augenblickliche Wohnungsnot zu Wohnzwecken vermietet werden. Durch die Mitählung des Preises dieser „Wohnungen“ stellt sich der Durchschnittspreis für alle Wohnungen, so hoch er an sich ist, aber naturgemäß noch niedriger, als es dem wirklichen Stande des Wohnungsmarktes entspricht. Läßt man diese Wohnungen unberücksichtigt, so ergibt sich ein Durchschnittspreis von 20,50 M. für die Wohnungen von 1 Zimmer, und von 27,09 M. für die Wohnungen von 2 Zimmern, also eine Steigerung gegen das Vorjahr um 26,01 und 50,28 Proz. Nimmt man an, daß bei etwa 2000 laufend unterstützten Familien nur, gering gerechnet, in etwa 500 Fällen infolge der Steigerung der Wohnungsmieten eine Erhöhung der Unterstützung um, gleichfalls gering gerechnet, nur je 5 M. monatlich notwendig geworden ist, so ergibt sich schon daraus allein eine Summe von 2500 Mark monatlich oder 30 000 Mark jährlich, um die der Armenetat, ohne daß den einzelnen Armen irgendwie ansieblicher als vorher geboten würde, lediglich infolge der Steigerung der Wohnungsmieten und zu Gunsten der Vermieter höher belastet wird. Noch erhöht wird dieser Betrag, wenn man die Unterstützungen an bisher nicht unterstützte Familien hinzurechnet, die sich jetzt infolge der außerordentlichen Erhöhung der Mieten nicht mehr ohne Hilfe aus Armenmitteln durchbringen können.

Die Erhöhung der Wohnungsmieten ist aber auch auf die Ausgabe an Pflegegeldern nicht ohne Einfluß gewesen. Seit dem 1. Januar d. J. sind die Pflegegeldsätze allgemein erhöht worden, weil es nicht mehr möglich war, für die bisherigen Sätze geeignete Pflegestellen in genügender Zahl zu finden. Die Ursache liegt auch hier in erster Reihe mit in der Erhöhung der Wohnungsmieten.

Und trotz alledem hat die Mehrheit des Stadtparlaments im Frühjahr dieses Jahres, als unsere Vertreter den Magistrat interpellierten, was er zur Milderung der Arbeitslosigkeit zu thun gedenkt, rüdweg jedes Einschreiten abgelehnt. Dieselbe Mehrheit ist auch jetzt wieder an der Arbeit, die Vorschläge zur Linderung der Wohnungsnot zu hintertreiben.

**In den Stadtverordnetenwahlen in Schöneberg** schreibt man uns: Die sogenannten „bürgerlichen Parteien“, deren innige Freundschaft untereinander kaum bis zur Wahl angehalten hat, haben bei den Wahlen zur 8. Abteilung zwei Ergänzungsmandate (Schindl und Treugebrodt) verloren und zwei Erweiterungsmandate (Scheider und Dr. Naurenbrecher) gewonnen. Auf das Verhalten des Dr. Naurenbrecher im Stadtparlament wird die Wählerhaft besonders gespannt sein. Uebrigens wird die fehlerhafte Beschaffenheit der den Parteien

zur Verfügung gestellten Wählerlisten noch Anlaß zu Erörterungen geben.

Die Stichwahl im ersten Bezirk zwischen Obk (Soz.) und Lulay (Kartell) und Wollermann (Soz.) und Vothhauer (Kartell) ist auf Freitag den 2. November festgesetzt.

**Vom Schöneberger Arbeitsnachweis.** Nach einer Uebersicht über die Stellenvermittlung im Monat Oktober waren vorhanden: Offene Stellen für männliche Arbeitskräfte 43, für weibliche 220, zusammen 272 (im September zusammen 289); Arbeitsuchende waren gemeldet: 147 männliche, 291 weibliche, zusammen 438 (im September zusammen 289); besetzte Stellen: 25 männliche, 207 weibliche, zusammen 232 (im September zusammen 175). Es zeigt sich nach diesem Nachweis, der leider noch immer nicht genügend in Anspruch genommen wird, daß die Arbeitslosigkeit im Berichtsmontat gegenüber seinem Vorgänger um ziemlich das Doppelte zugenommen hat und daß eine Besserung in dieser Hinsicht für die nächste Zeit wohl nicht zu erwarten ist. Die Nachweisung von Arbeit und Stellen im städtischen Arbeitsnachweis, Kaiser-Wilhelmplatz 3, erfolgt kostenlos.

**Zur Schöneberger Mordaffaire.** Gestern ist der Milchhändler Jung aus der Haft entlassen worden. Das gesamte Ermittlungsverfahren ist jetzt in das Stadium des Stillstandes getreten, da gegen die drei noch in Haft befindlichen, Scholten, Nikolas und Keizer, anderes als das bereits bekannt gegebene Belastungsmaterial nicht vorhanden ist, die Beschuldigten aber jede Teilnahme an dem Verbrechen bestritten. Die Akten gegen sie sind der Staatsanwaltschaft überwiesen worden, doch liegt bis jetzt noch keine Entscheidung darüber, ob die Anklage zu erheben ist, vor. Der Arbeiter Hupe, der infolge von Blutleiden an seiner Nase ebenfalls der Teilnahme an dem Verbrechen beschuldigt war, kommt bei der Untersuchung nicht mehr in Betracht, da seine Behauptung, daß die Flecke von Tierblut herrühren, durch die chemische Untersuchung bestätigt worden ist.

## Gerichts-Beitrag.

**Die Frage, ob die sozialdemokratische Agitationskommission für die Provinz Brandenburg ein Verein im Sinne des Gesetzes sei,** unterlag gestern auch der Beurteilung der 8. Strafkammer des hiesigen Landgerichts I. Die Sache hat schon viel Staub aufgewirbelt. Das Polizeipräsidium verlangte von dem Buchdruckerbesitzer Karl Dimmid, den sie für den Vorsitzenden des „Vereins“ hielt, die Einreichung von Statuten und eines Mitgliederverzeichnisses. Da die Kommission Statuten nicht besaß, so wurde der Polizei ein leeres Blatt Papier eingereicht und die Streiffrage im Verwaltungs-Streitverfahren bis zum Oberverwaltungsgericht gebracht. Letzteres hatte dahin erkannt, daß, wenn keine Statuten existierten, solche auch nicht eingereicht werden könnten. Darauf wurde gegen Dimmid strafrechtlich wegen Uebertretung des § 2 des Vereinsgesetzes vorgegangen. In der Verhandlung wurde von dem Angeklagten und den Mitgliedern der Kommission, u. a. vom Reichstags-Abgeordneten Stadthagen entschieden bestritten, daß es sich um einen „Verein“ handle oder daß event. Dimmid als „Leiter“ eines solchen Vereins anzusehen sei. Das Schöffengericht sprach i. J. den Angeklagten frei, weil zwar ein Verein in Frage stehe, der Angeklagte aber nicht als „Leiter“ anzusehen sei. — Vor der achten Strafkammer plaidierte gestern der Staatsanwalt, der Berufung eingelegt hatte, auf schuldig und beantragte 30 M. Geldstrafe. — Rechtsanwält Heinemann hielt dagegen eine Freisprechung für geboten. Es handle sich hier um eine Kommission, deren Mitglieder von den einzelnen Wahlkreisen gewählt worden seien und die eine gemeinsame Kasse führten. Diese ökonomische Verbindung reiche noch nicht aus, um einen „Verein“ zu konstituieren, dazu gehöre noch ein rechtliches Band. Ein Verein könne nur physische Personen umfassen, wenn aber nur physische Personen als Vertreter von Korporationen in Frage kommen, so müsse sie ein rechtliches Band umfassen. Eventuell beantragte der Verteidiger Freisprechung aus dem Grunde, weil der Angeklagte Statuten, die es nicht gebe, nicht einreichen konnte und weil bezüglich der Einreichung der Mitgliederliste Verjährung vorliege. — Der Gerichtshof nahm an, daß die Agitationskommission ein Verein und der Angeklagte auch Leiter des Vereins gewesen sei. Er erkannte jedoch aus den von dem Verteidiger geltend gemachten Gründen aus Freisprechung. Der Angeklagte habe Statuten nicht einreichen können, weil die Kommission ausdrücklich beschloßen hatte, keine Statuten zu schaffen. Bezüglich der Mitgliederliste verjährung vorliege.

**Ein Ehe-drama mit entsetzlichem Ausgange** beschäftigte gestern das Schwurgericht des Landgerichts II. Aus der Untersuchung wurde der Restaurateur Rudolf Cccarius vorgeführt, der beschuldigt war, seine Ehefrau mit den Händen erdrosselt zu haben. Die Anklage lautete auf lebensgefährliche Mißhandlung mit tödlichem Erfolge. Cccarius betrieb seit einigen Jahren auf dem Gemütsfeld Wilhelmshofstraße 16 zu Ober-Schöneweide ein Schankgeschäft. Er soll häufig den Epiuosen in überreichlichem Maße zugeprochen haben und im angetrunkenem Zustande geneigt gewesen sein, Ausschreitungen zu begehen. Er ist dem auch zweimal wegen Körperverletzung und einmal wegen Verleumdung und Widerstandes gegen die Staatsgewalt bestraft worden. Im trunkenem Zustande war auch die That begangen, wegen welcher er jetzt vor Gericht stand. Am Vormittag des 2. August d. J. erhielt der Angeklagte den Besuch eines Weinhändlers, mit dem er in Geschäftsverbindung stand. Der Angeklagte geriet dadurch in eine Aneiperei, die sich bis zum Mittag ausdehnte. Dann kam es zwischen ihm und seiner Ehefrau zu einem Streit, was nicht zu den Seltenheiten gehörte. Cccarius hatte seine im fünf Jahre ältere Ehefrau im Jahre 1881 geheiratet, ein Kind, das der Ehe entpflog, ist wieder gestorben. Das Zusammenleben der Eheleute war nicht gerade unglücklich zu nennen, nur der leidige Gemüß von Epiuosen verursachte trübe Stunden. Der Streit, der in der Mittagstunde entstand, kam daher, weil nach Ansicht des Angeklagten die Gasse nicht schnell genug bedient wurden; als seine Ehefrau in unmutigem Tone antwortete, geriet der Angeklagte demnach in Wut, daß er mit einer Weidwiesische noch seiner Frau warf, dieselbe aber nicht traf. Der Epiuosen des Hauses, Rentner König, hielt den Wütenden von weiteren Mißhandlungen ab, konnte es aber nicht verhindern, daß Cccarius seiner Frau nach der Küche folgte. Bald darauf hörte man Wehgeschrei und als Frau Cccarius später die Kasträume wieder betrat, hatte sie ein blaues und geschwollenes Auge. Der Angeklagte verließ das sein Geschäft und machte eine Rundreise durch andre Lokale, um seinen Kerger zu betäuben. Als er gegen 5 1/2 Uhr zurückkehrte, war er gereizter als zuvor. Er nahm mit einem Bekannten, den er mitgebracht, vor der Handthür Platz und verlangte von seiner Ehefrau zwei Glas Bier. Frau Cccarius soll ihm durch eine unvorsichtige Bewegung gereizt haben. Der Angeklagte erhob sich und ging ins Lokal, wo sofort wieder ein Streit entstand. Die draußen Sitzenden hörten die Worte der Frau Cccarius: „Ach, Rudolf, sei doch wieder gut, wir wollen uns wieder vertragen!“ Die streitenden Eheleute begaben sich dann ins Nebenzimmer und von hier ertönten bald darauf einige laute Flüsterer. Der Rentner König eilte hinein und traf das Ehepaar hier in folgender Situation: Frau Cccarius lag auf einem Stuhl, den Kopf hinten übergelehnt. Vor ihr stand ihr Ehemann, der sie mit der Linken an der Gurgel gepackt hielt und ihr mit der Rechten fortgesetzt Faustschläge ins Gesicht versetzte. König packte den Angeklagten und riß ihn mit solcher Gewalt von seinem Opfer zurück, daß derselbe zu Boden fiel und sich am Kopfe leicht verletzte. Cccarius erhob sich wieder und begab sich nach dem Keller, wo er sich mit seinem Bierapparat zu schaffen machte, als sei nichts geschehen. König und mehrere andre Gäste bestürmten sich um Frau Cccarius, die sich in einem bejammernswürdigen Zustande befand. Sie war fast bewußtlos, die Augen traten ihr zu den Höhlen heraus. Sie stöhnte wiederholt: „Ich sterbe, ich sterbe!“ Als der herbeigerufene Arzt erschien, war sie bereits verstorben.

Der Angeklagte, der augenscheinlich seine That tief bereute, erklarte bei seiner Vernehmung, von häufigen Tränen unterbrochen,

daß er sich des letzten Vorganges mit seiner Ehefrau nur dunkel erinnern könne. Eine Absicht, seine Frau zu erwürgen, habe er sicher nicht gehabt.

Der Zeuge König bekundete, daß Streitigkeiten zwischen den Eheleuten nicht zu den Seltenheiten gehörten. Die Ehefrau scheine trotzdem ihrem Manne sehr zugethan gewesen zu sein, sie sei immer wieder diejenige gewesen, die die verschüdenen Worte sprach. Als der Zeuge den Angeklagten bei dem ersten Streit zur Rede stellte, sei Frau Cccarius aus seinen Armen getreten und habe erklart, daß dies Familiengeheimnisse seien, in die sich ein Dritter nicht mischen dürfe. Der Zeuge war mit den übrigen Zeugen der Ansicht, daß der Angeklagte nicht so sehr betrunken gewesen sein könne, denn sonst hätte er seine kräftige Frau nicht so leicht betwältigen können.

Durch die übrigen Zeugen werden häufige Nahrungsausbrüche mitgeteilt, die der Angeklagte gegen seine verstorbene Ehefrau verübte. Die medizinischen Sachverständigen gaben ihre Gutachten dahin ab, daß der Kehlkopf der Verstorbenen durch den Druck verletzt und dadurch eine Answellung herbeigeführt worden sei, die den Erstickungstod herbeigeführt habe.

Der Spruch der Geschworenen ging dahin, daß der Angeklagte im Sinne der Anklage unter Zubilligung von mildernden Umständen schuldig sei.

Der Staatsanwalt beantragte drei Jahre Gefängnis, das Urteil lautete auf zwei Jahre sechs Monate Gefängnis.

**Die Strafsache gegen den „Kapitän Wilson“** (Röhne) wird vom 29. d. M. vor der ersten Strafkammer unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Böllner verhandelt werden. Der Angeklagte ist der wiederholten Verleitung zum Meineide beschuldigt, die er gegen die Zeuginnen im Sternberg-Prozess, Frau Hausmann und Cassis, unternommen haben soll. Die Verteidigung des Angeklagten führt Rechtsanwalt Dr. Schwandt. Als einzige Belastungszugung wird voraussichtlich nur Frau Hausmann vernommen werden, da die Cassis nicht auffindbar ist. Sie soll verheiratet sein und mit ihrem Ehemann im Auslande sich aufhalten.

## Versammlungen.

**Schöneberg.** Die Bedeutung der Kommunalwahlen in Schöneberg bildete den Gegenstand einer äußerst zahlreich besuchten öffentlichen Versammlung am Sonntagmittag im Hofischen Lokale. Schon lange vor Beginn war der geräumige Saal bis auf den letzten Platz besetzt, so daß viele Hunderte sich um Stehplassen bemühen mußten. In Uebervollung, oft von Weisfall unterbrochener Rede legte Genosse August Vebel die Forderungen unseres sozialdemokratischen Kommunalprogramms dar. Trotz wiederholter Aufforderung durch den Leiter der Versammlung wollte sich kein Gegner zum Worte melden und so wurde nach kurzer Diskussion mit einem Hoch auf die Sozialdemokratie die Versammlung geschlossen.

**Neuikendorf (West).** Eine gut besuchte öffentliche Volksversammlung tagte am Dienstag im Lokale der Witwe Thomas hier. Genossin Jhrer sprach über „Wesen und Schaden der Hausindustrie und die wirtschaftliche Stellung der Frau“. Der Vortrag wurde mit Beifriedigung aufgenommen. An der Diskussion beteiligten sich die Genossen Ohl und Schilling. Nachdem Gen. Gram die Anwesenden noch eindringlich aufgefordert hatte, sich politisch sowohl wie gewerkschaftlich zu organisieren, wurde die Versammlung mit einem Hoch auf die Sozialdemokratie geschlossen.

**Tegel.** Am Mittwoch, den 6. d. M., tagte hier in W. Trapps Hofställe eine öffentliche Volksversammlung. Der 1000 Personen fassende Saal war vollständig gefüllt. Reichstags-Abgeordneter Emil Rosenow sprach über „Die politische Lage und der Kampf um die Handelsverträge“. Am Schluß seiner Ausführungen lochte lang anhaltender Weisfall den Redner. Zur Diskussion wählte seitens der Gegner, trotz mehrmaliger Aufforderung des Vorsitzenden, niemand das Wort. Eine Resolution, die für die Wahl von Arbeitervertretern in den Gemeinden eintrat, wurde gegen drei Stimmen angenommen. Das Resultat der Stadtverordnetenwahlen aus Berlin, welches in der Versammlung um 11 Uhr bekannt gegeben wurde, wurde von den Anwesenden mit stürmischem Weisfall begrüßt.

## Vermischtes.

**Ueber die Ursachen des Ehescheidungskonflikts am hiesigen Fürstenhofe** giebt eine der „Wormser Hg.“ zugegangene Meldung einige Andeutungen. Diese Korrespondenz, bei der man die höchsten Ehren mit in den Kauf nehmen muß, lautet: Darmstadt, 18. November. Es ist vielen im öffentlichen Leben stehenden Personen längst kein Geheimnis mehr gewesen, daß unser althergebrachter Landesfürst in seiner Ehe mit der Großherzogin Meilitta nicht das gefundene hat, was zur Führung eines glücklichen Familienlebens erforderlich ist. Bereits vor einigen Jahren ist die Großherzogin einmal plötzlich von Darmstadt abgereist und hat längere Zeit in Italien gelebt. Damals aber wurden die an jene Entfernung aus der Residenz geknüpften Vermutungen wieder gestreut, als Se. Königl. Hoheit seiner Gemahlin entgegenreiste und sie wieder nach Darmstadt zurückgeleitete. Inzwischen ist aber die Klust, die sich in den Anschauungen zwischen den beiden fürstlichen Ehegatten gebildet hatte, nur noch erweitert worden; es werden in untrüben Kreisen von dem Verhalten der Großherzogin Thatsachen erzählt, die in der englischen Gesellschaftssphäre vielleicht nicht weiter beachtet werden würden, die aber mit den „hausbackenen“ deutschen Anschauungen über die deutsche Frau und Mutter doch stark differieren. Unser Großherzog ist ein Fürst von echt deutscher Gesinnung und Gemüthsart, die Großherzogin ist dagegen trotz ihres mehr als siebenjährigen Ehelebens in Hessen in ihrem ganzen Wesen Engländerin geblieben. . . . Wenn jetzt trotz eigener gewissenhafter Bemühungen eine gütliche Verständigung zwischen den beiden hohen Ehegatten nicht zu erzielen war und unser Großherzog in seinem Familienleben nicht das fand, was für sein Lebensglück und eine geeignete Regierung ihres Landes erforderlich ist, so wird gewiß jeder Vaterlandsfreund den jetzt bevorstehenden Schritt der Ehetrennung als gerechtfertigt und als die einzig richtige Lösung des beklagenswerten Zustandes betrachten müssen. Die heftige Bevölkerung steht jedenfalls treu und voll Vertrauen zu ihrem angekommenen Fürstenhause und nimmt inwieweit, aufrichtigen Anteil auch an dem tiefen seelischen Weh, das unserm allverehrten und geliebten Landesherren bereitet wurde und ihn zu dem letzten, entscheidenden Schritte gezwungen hat.

Jetzt sollen, wenn auch anscheinend ansichtslose Vermittlungsversuche im Gange sein.

**Unglücksfälle im Fabrikbetriebe.** Das „Leipziger Tageblatt“ meldet aus Grotzschdorf, daß am Dienstagabend in einer dortigen Fabrik durch Plagen eines Dampfbehälters ein Maschinenschwächer getödet und der Betriebsleiter so schwer verletzt wurde, daß er nach wenigen Stunden starb.

**Das Casale** wird berichtet: Im Kernellanal herrscht ein fürchterliches Unwetter. Aus den verschiedenen Hofenorten werden zahlreiche Unglücksfälle gemeldet. Mehrere belgische Fischerboote werden vermisst. Die Zahl der Vermissten resp. Ertrunkenen beläuft sich nach den bisherigen Bestellungen auf 18.

## Eingegangene Druckschriften.

**Annalen des Deutschen Reiches** für Gesetzgebung, Verwaltung und Politik des Reichs. 3. Schweizer Verlag (Arthur Schöner). Die Nr. 11 des 34. Jahrganges enthält folgende Abhandlungen: Die Organisation der inneren Verwaltung auf rechtsvergleichender Grundlage. Von Professor Conrad Fohndat, Berlin. — Die Tabakbesteuerung in Deutschland. Von Ober-Justizrat Franz Graf, Passau. — Handelsverträge und Handelspolitik. Von Ober-Justizrat C. Wessinger in Altona.

**Der „Süddeutsche Postillon“** nimmt im Titelbild der Nr. 23 den Pöbelkämpfer in seinen Gottischen Kalender auf. Unkern f. Bruno Schoenlanz weist Graf Aar einen Kadral, dem ein Portrait Schoenlanz aus seiner Rühmender Zeit und eine Schilderung seines Wesens sich anreicht. Der Senor der Schweizer Sozialdemokrat, Karl Bürli, wird nach einem Porträt H. Eden's und mit einem Kadral verweist. Eine Sereenstimmungs-geschichte aus Deutschlands Gauen zeigt uns das Schlußbild.